

# darmstädter studenten zeitung

1F 2824 F

DM 0,60

Hochschulangehörige  
DM 0,30

Februar-März 1972  
20. Jahrgang

**Nr. 125-26**

## KUNDGEBUNG

des allgemeinen Studentenausschusses  
der Technischen Hochschule  
Initiativgruppe Wohnen

### Gewaltsame Räumung

Bankrotterklärung  
sozialstaatlicher Wohnpolitik



Samstag 22.1.1972 15Uhr  
im Audimax der TH  
Hochhaus neben Mollerbau

# Vorbemerkung der dsz-Redaktion zur Rede Jürgen Seiferts

Anzeige

**„... Mit Fingern wird auf einen gedeutet: Schaut, der kann, so alt er ist, nicht ausrechnen, daß zwei mal zwei gleich fünf ist! Schaut ihn Euch genau an, merkt ihn Euch, so sieht einer aus, der vom Teufel der Vernunft besessen ist! ... Er muß von irgendwoher bezahlt sein. Wie könnte er sonst, allen Beweisen der Regierung entgegen, immer noch behaupten, daß zwei mal zwei gleich vier ist?“ (Brecht)**

Bislang war es immerhin noch geduldet, über alles zu diskutieren, auch über die Überfälligkeit des Kapitalismus, ohne dadurch gleich unbedingt als „Staatsfeind“ oder „asoziales Element“ abqualifiziert und zur Ordnung gerufen zu werden; denn: „bloße Skepsis ist wesentlich ein Ausdruck dafür, daß die Grenzen der Theorie gewahrt werden“ (Horkheimer).

Ein solcher „Skeptiker“ war dann allenfalls ein Spinner oder „Nestbeschmutzer“, den gleich einem Hofnarren zu verkraften die bürgerliche Gesellschaft sich immer noch in der Lage sah, ja sie bediente sich sogar solcher Kritiker – vorausgesetzt ihre Zahl blieb unbedeutend –, sozusagen als Aushängeschild für „unsere Demokratie“. Anders jedoch, „wo der Gedanke eine unmittelbare zur Praxis treibende Gestalt annimmt, wo er in der akademischen Sphäre ‚unwissenschaftlich‘ wird; da hört die Gemütlichkeit auf“ (Horkheimer).

Allerdings: mit der hysterischen Reaktion von Politikern, Parteien und Presse auf die im folgenden abgedruckten Äußerungen Professor Jürgen Seiferts über die „rechtstaatlichen Maßnahmen“ in Sachen „Bader-Meinhoff“ und das rechte Kesseltreiben gegen linke Intellektuelle, ist klar geworden, daß inzwischen schon kritische Gedanken von Sanktionen bedroht sind, wofür das kürzlich beschlossene und bereits praktizierte Berufsverbot für Sozialisten im öffentlichen Dienst der organisatorische Ausdruck ist. In gewohnter und geübter Manier werden politische Minderheiten als „innere Feinde“ verteuftelt, weil sie den Anspruch jener „freiheitlichen Demokratie“ an ihrer kapitalistischen Wirklichkeit messen, eine „Grundordnung“, die jahrelang Freiheit für Faschisten wie den Chef derjenigen Organisation garantierte, die auch noch zum Schutz eben dieser „freiheitlichen Demokratie“ berufen ist, Herr Schübbers vom Bundesverfassungsschutz; eine „Grundordnung“, die „demokratisch“ allein für jene ist, die – im doppelten Sinne dieses Wortes – daran beteiligt sind, daß diese Wirklichkeit notfalls mit Gewalt aufrecht erhalten wird. Zu äußern, und mit einer Bestandsaufnahme der bürgerlichen Gesellschaft zu belegen, daß deren Ideologie von Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit mit ihrer eigenen Entwicklung längst ad absurdum geführt worden ist, wird geahndet, insbesondere wenn hinzugefügt wird, daß erst die Ablösung des Kapitalismus Voraussetzung für Freiheit und Gleichheit ist.

Mit den Worten von Werner Renners, Sprecher der CSU im Niedersächsischen Landtag: „Die Vorgänge um Brückner und Seifert in Hannover sollten nun endlich dem Demokraten deutlich gemacht haben: Es ist revolutionären Kräften gelungen, Positionen in den Hochschulen zu besetzen, von denen aus ein systematischer Kampf gegen die freiheitliche Demokratie geführt wird.

Wollen wir die Brandstifter der Demokratie auch noch beköstigen und beherbergen?“ (nach: Frankfurter Rundschau).

(Text der Rede Jürgen Seiferts s. Umschlagseiten 3 und 4)

## Werkstudenten dürfen der gesetzlichen Krankenversicherung (Ersatzkasse) freiwillig beitreten.

In jüngster Zeit mehren sich Presseveröffentlichungen über den Krankenversicherungsschutz für Studenten. Warum wird dieses Thema gerade jetzt so heiß diskutiert? Viele Studenten haben erkannt, daß sie nur unzulänglich gegen das Risiko Krankheit abgesichert sind. Das gleiche hat offensichtlich der Gesetzgeber erkannt, der sich um eine gesetzliche Regelung hinsichtlich der Krankenversicherung der Studenten bemüht.

Wie kann aber ein Student sich ausreichend versichern, ohne gleich ganz tief in die Taschen greifen zu müssen, solange der Gesetzgeber das entsprechende Gesetz nicht verabschiedet? Gibt es eine Möglichkeit, unter den derzeitigen gesetzlichen Bestimmungen Mitglied der gesetzlichen Krankenversicherung zu werden? Die Barmer Ersatzkasse Darmstadt informiert Sie:

Eine gesetzliche Regelung würde selbstverständlich jedem Studenten die Möglichkeit geben, sich ausreichend abzusichern. Dennoch, auch ohne die gesetzliche Krankenversicherung der Studenten gibt es – für die meisten Studenten zumindest – die Möglichkeit, einer gesetzlichen Krankenversicherung (Ersatzkasse) freiwillig beizutreten.

Bekanntlich bedienen sich viele Arbeitgeber in zunehmendem Maße zur Überwindung personeller Engpässe – z. B. in den Ferien oder bei besonderem Arbeitsanfall – der Hilfe von Studenten. Man bezeichnet sie in versicherungsrechtlichem Sinn als Werkstudenten. Für sie bedeuten solche Arbeitsangebote eine willkommene Hilfe zur Aufbesserung ihrer meist schmal bemessenen Mittel. Während üblicherweise jeder Arbeitnehmer in der sozialen Krankenversicherung versicherungspflichtig ist, also einen bestimmten Prozentsatz seines Arbeitsverdienstes als Beitrag entrichten muß, sind derartige Beschäftigungen von Studenten in der Kranken-, Renten- und Arbeitslosenversicherung versicherungsfrei, solange die Beschäftigung neben dem Studium ausgeübt wird und das Studium im Vordergrund steht. Regelmäßig ist das der Fall, wenn die Nebenbeschäftigung nicht über zwanzig Stunden wöchentlich hinausgeht. Ein Job während der Semesterferien ist ohne jede Einschränkung versicherungsfrei.

Diese als Wohltat des Gesetzgebers gedachte Befreiung von der Versicherungspflicht und damit von der Beitragszahlung schließt allerdings nicht aus, daß Studenten Mitglied der Barmer Ersatzkasse (BEK) werden können. Werkstudenten können nämlich als Versicherungsberechtigte die Mitgliedschaft zur BEK zu sehr günstigen Bedingungen erwerben, wenn sie eine Beschäftigung ausüben, die ihrer Art nach der eines Angestellten entspricht:

Studenten erhalten nämlich den umfassenden Versicherungsschutz der Barmer für einen Beitrag, der auf ihre wirtschaftlichen Verhältnisse zugeschnitten ist. Der ab 1. April 1972 gültige monatliche Beitragssatz beläuft sich auf DM 11,— oder DM 13,— bei Verheirateten. Das sind je Semester DM 66,— oder DM 78,—.

Mit diesen niedrigen Beiträgen will die Barmer Ersatzkasse einen allgemeinen Beitrag zur Beseitigung der Unzulänglichkeiten im Bereich der sozialen Sicherung der Studenten leisten. Was bietet die BEK für diesen Beitrag? Die nachstehenden Leistungen stellen nur einen Auszug aus dem Leistungskatalog dar.

Keine Wartezeiten – Versicherungsschutz vom ersten Tag der Mitgliedschaft an.

Kostenlose ärztliche und zahnärztliche Behandlung auf Krankenschein.

Ärztliche und zahnärztliche Behandlung im Ausland.

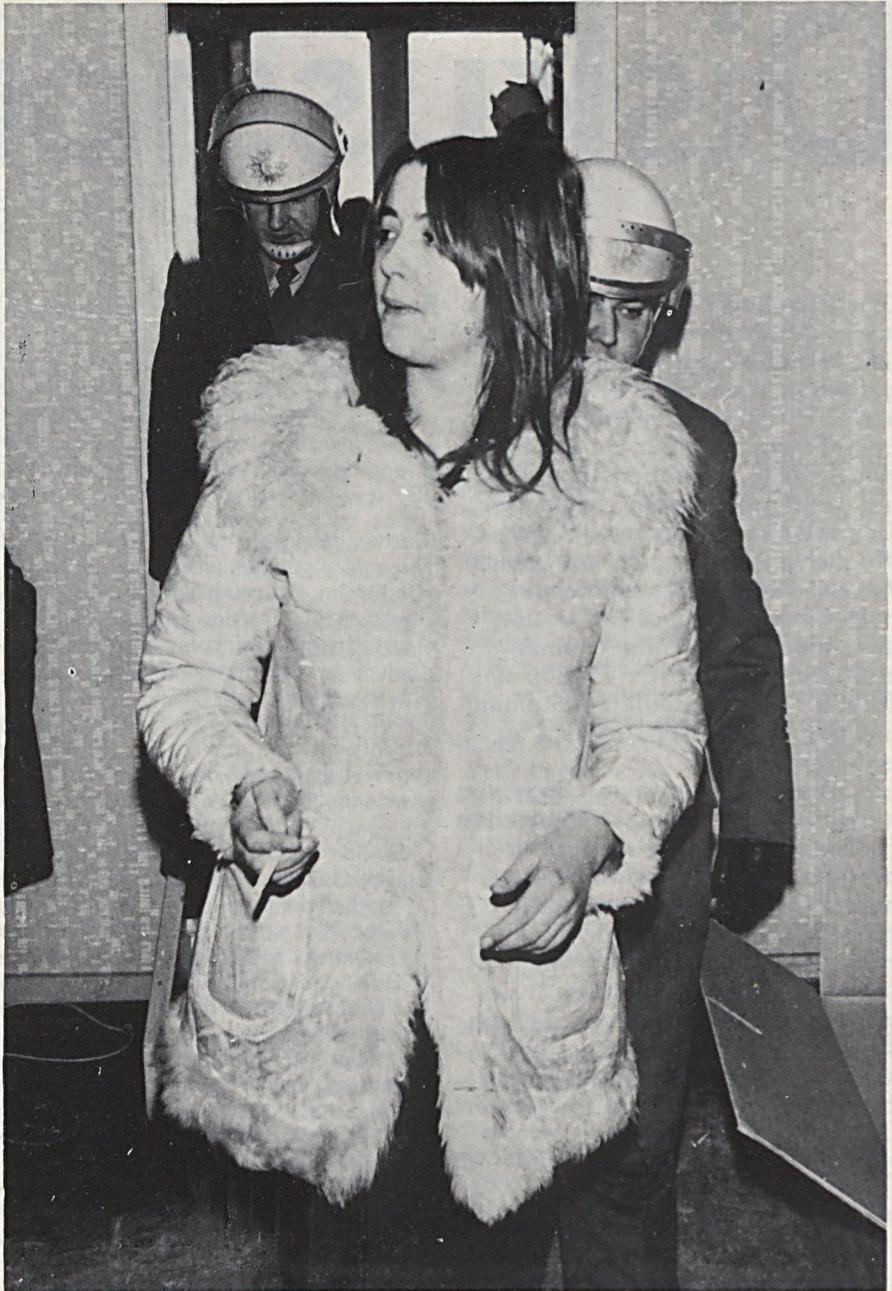
Hundertprozentige Krankenhauspflege von unbegrenzter Dauer.

Kuren im In- und Ausland.

Welche Formalitäten sind zu erfüllen, um Mitglied der Barmer Ersatzkasse zu werden? Der Beitritt ist denkbar einfach. Es ist lediglich ein Aufnahmeantrag zu stellen. Umfassende Aufklärung erhalten Sie durch die Geschäftsstelle der Barmer Ersatzkasse Darmstadt, Rheinstraße 23, Telefon 2 66 35.

# Inhalt

- 2 Diskussion
- 4 „Das können wir uns nicht länger bieten lassen“ –  
Hausbesetzungen in Darmstadt
- 12 Wohnungen – teure Mangelware
- 16 Fachhochschulingenieure –  
Unteroffiziere der Produktion
- 23 Interview mit OB Sabais  
zur Räumung der Oetinger Villa
- 24 Man nehme oder erfinde einige  
Details . . .  
Notizen zum Interview
- 33 Die Freiheit vom Denken –  
ein Blick in die Leistungsgesellschaft der Deutschen Industrie
- 39 Geh zur Bundeswehr, erlern ein  
Handwerk
- 43 TH – intern
- Gewerbelehrer
- 44 FH – intern
- Rektorwahl im Konvent
  - Der Fall Dr. Lee
- Innenteil:
- XII G. Cobler:  
Wissenschaft und Kapital



Räumung der Oetinger Villa –  
zur Wohnungsfrage siehe die Artikel auf den Seiten 4, 12, 23 und 24

**darmstädter  
studenten  
zeitung**  
**Nr. 125-26**

Die „darmstädter studentenzeitung“ erscheint zweimal im Vierteljahr. Verleger: Studentenschaft der TH Darmstadt (Körperschaft des öffentlichen Rechts) 61 Darmstadt, Hochschulstraße 1, Telefon 16/25 17, 33 09.

Verantwortlich: Friedhelm Ernst – Verlagsleiter: Wulf van Riesen.

Verkaufspreis: DM 0,60, Hochschulangehörige DM 0,30; Jahresabonnement incl. Postzeitungsversand DM 6,00 (Ausland DM 7,70). Konto: Stadt- und Kreissparkasse Darmstadt 541397.

Nachdruck – auch auszugsweise – nur mit Genehmigung der Redaktion.

Für unverlangt eingesandte Bücher, Manuskripte und Fotos wird keine Haftung übernommen.

Anzeigen: Jan Kettmann, 61 Darmstadt, Rheinstraße 67, Tel. 8 55 43. Konten: Stadtparkasse Darmstadt 10000 335, Postscheckamt Ffm 80597.

Satz und Druck: Ph. Reinheimer, Darmstadt.

# Diskussion

Die Artikel zum Fernstudium, die wir in der dsz Nr. 123 veröffentlichten, haben ein reges Interesse gefunden. Besonders erfreut waren wir, nach langer Zeit wieder zwei Leserbriefe erhalten zu haben.

Wir drucken sie nebenstehend ab und wollen gleichzeitig mit dieser Doppelseite „Diskussion“ die Möglichkeit aufzeigen, auf welche Art und Weise unserer Meinung nach in der dsz eine Diskussion über hier dargestellte Themen stattfinden kann. Wir würden uns freuen, künftig häufiger Stellungnahmen zu unseren Artikeln zu erhalten.

Leserbriefe sollten eine Länge von eineinhalb Schreibmaschinenseiten (Zeilenabstand 1½) nicht überschreiten. Der Vollständigkeit halber — um Mißbrauch auszuschließen — müssen wir darauf hinweisen, daß wir uns grundsätzlich das Recht vorbehalten, Kürzungen vorzunehmen, und daß ein Anrecht auf Abdruck unverlangt eingesandter Manuskripte nicht besteht.

## Fernstudium im Medienverbund

I

Die dsz hat in der Nr. 123 v. Nov. 71 meine Manipulation der Senatskommission für das Fernstudium und des Senatsbeschlusses über den Beitritt der TH zur Hochschulvereinigung für das Fernstudium zu meinem Schrecken kritisch hinterfragt und entlarvt.

Um die Parteilichkeit Ihrer Darstellung zurechtzurücken, bitte ich Sie, Ihre Leser in der nächsten Nr. durch folgende Ergänzungen breiter zu informieren:

1. Die Senatskommission wurde 1970 eingerichtet. Die TH trat der Hochschulvereinigung im WS 1970/71 bei. Das Bildungstechnologische Zentrum GmbH. existiert erst seit Oktober 1971, es ist schlecht geeignet, Assoziationen zur Verfilzung zwischen industriellen Interessen und Hochschulpolitik aufzubauen. Die weit spätere GmbH-Gründung und die Tatsache, daß das Land Hessen der alleinige Kapitalträger dieser Gesellschaft ist, sollten das von Ihnen gegebene Bild angeblicher Interessenverflechtung ergänzen.
2. Die Studentischen Vertreter in der Senatskommission für Fernstudien wurden vom AStA benannt. Ich habe dessen damaligen Vorsitzenden, Herrn Ernst, einmal auf die geringe, mir aber notwendig erscheinende sozialwissenschaftliche Untermauerung der studentischen Initiativen in der Kommission hingewiesen und gleichzeitig diesen Mitgliedern die Vertiefung des Kontaktes zu den aktiven studentischen Gruppen dringlich nahegelegt.
3. Die Initiative zum Beitritt der Hochschule zur Hochschulvereinigung kam von der Westdeutschen Rektorenkonferenz, die sich um meine Interessen kaum gekümmert haben dürfte. Sie haben in Ihrem Artikel sehr deutlich gemacht, daß die Hochschulen gegenwärtig privatkapitalistische Interessen in Gestalt direkter Beteiligung in Fernstudien-Institutionen abzuwehren versuchen. Sie zeigen

auch, daß Fernstudien bisher vom Studium Ausgeschlossenen eine Chance geben können. Sie hätten noch darauf hinweisen sollen, daß neue Studienzzielbestimmungen und neue didaktische Verfahren im Fernstudium zwangsläufig zu einer Auflockerung traditionalistischer Studien- und Prüfungsvorstellungen innerhalb der existierenden Universitäten und ihres Präsenzstudium führen werden. Gewiß spielt sich das alles im kapitalistischen System ab, und in ihm nach einem geflügelten Wort für General Motors gut, was der Gesellschaft gut tut. Kann das gegenwärtig ein Grund sein, die Einführung von Fernstudien allein unter dem Aspekt der Profitabschöpfung zu beurteilen? Es gab sogar einmal Marxisten, die historisch dialektisch argumentierten!

gez. K. Eyferth

II

Zu dem Artikel über das Fernstudium im Medienverbund in der dsz Nr. 123 scheinen mir noch einige Ergänzungen notwendig zu sein.

Es ist durchaus richtig, daß der Einsatz von objektivierten Lehreinheiten immer denjenigen nützt, die ihn finanzieren und dadurch inhaltlichen Einfluß ausüben. — Wes Brot ich eß, des Lied ich sing —. Nur scheint mir dieser Vorwurf auch die herkömmlichen Ausbildungsformen zu treffen, man braucht ja nur an die Schulen zu denken, wo der Opportunismus und die Anpassung an bestehende Zustände wie in einem Treibhaus gezüchtet werden.

Der Unterschied zwischen den beiden Lehr- oder Lernformen besteht zur Zeit jedoch darin, daß die personale Lehrmethode auf eine lange Tradition, sowohl was ihre Bestechung durch die Herrschenden als auch ihre hierarchische Organisation betrifft, zurückblickt und nur schwer einer Veränderung von unten her zugänglich werden kann.

Bei der apersonalen Lehrmethode, die im übrigen nach dem bisherigen Erkenntnisstand nur 10% der Hochschulbildung ausmachen wird, weiß noch

niemand genau, auch die potentiellen Geldgeber nicht, wie die Lehre im Endeffekt eigentlich funktionieren wird. Wir befinden uns also auf diesem Gebiet noch im Experimentierstadium, was bedeutet, daß von den Adressaten, hier die Studenten, noch Einfluß ausgeübt werden kann, ja sogar regelrecht gewünscht wird. Es besteht in diesem Stadium die Möglichkeit, Projekte finanziert zu bekommen, die in ihrer eigentlichen Zielsetzung den Interessen der finanzierenden zuwiderlaufen. Dieser Zustand wird sich nach Ablauf der Experimentierphase wieder ändern, nur weiß erstens niemand, wie lange diese Phase dauert – selbst in Großbritannien, wo schon seit über sechs Jahren mit großem technischen Aufwand Unterrichtstechnologie an den Universitäten eingesetzt wird, ist man über die Experimentierphase noch nicht hinausgekommen – und zweitens könnten bis zu diesem Zeitpunkt Unterrichtsmodelle zumindest in Ansätzen entwickelt und praktisch erprobt worden sein, mit denen man die so Ausgebildeten in die Lage versetzt, systemsprengend zu denken und zu handeln.

Die Studenten haben also durch ihre erwünschte Mitarbeit – siehe Förderungsbestimmungen der VW-Stiftung – die Möglichkeit, darauf einzuwirken, daß die zu produzierenden Lehreinheiten nicht allein dazu dienen, geistige Handfertigkeiten zu vermitteln, sondern daß sie die Studenten vor allem zum selbständigen Nachdenken und Fragen anregen. Solche Lehreinheiten böten nicht mehr allein die Darstellung der Lösung eines technischen Problems, sondern auch die Ansätze zur Fragestellung nach der Lösungswertigkeit eben dieses Problems. Es sollte, um es an einem konkreten Beispiel zu verdeutlichen, nicht nur vermittelt werden, wie man einen Autobahnknoten für eine bestimmte Verkehrsbelastung konstruiert, sondern auch welche nichttechnischen Randbedingungen überhaupt zu dieser Verkehrsbelastung führen.

Wo sich Gelegenheit zur Mitarbeit an solchen Projekten bietet, dürfte ein Mitwirken gerade für die Studenten nicht des Teufels sein, die nicht am dauernden Bestand der bestehenden gesellschaftlichen Verhältnisse in der BRD interessiert sind.

gez. Dieter Bickel

## Antwort

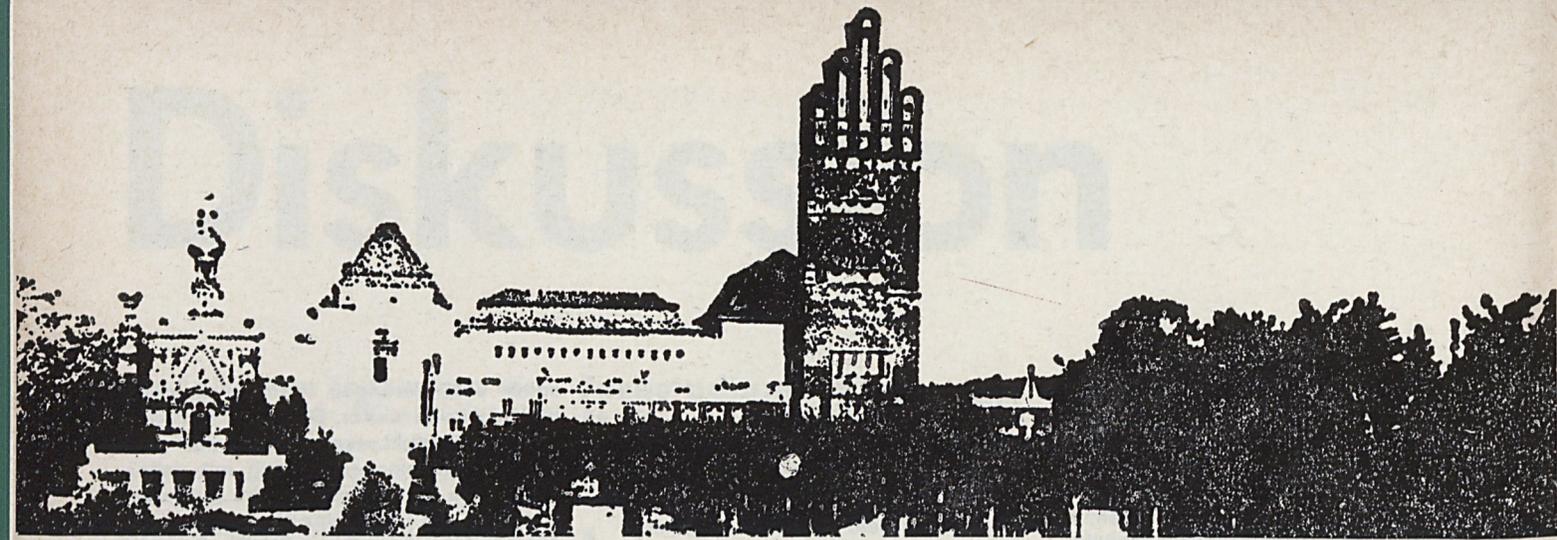
Zu drei Punkten der beiden Diskussionsbeiträge von Klaus Eyferth und Dieter Bickel soll hier kurz Stellung genommen werden: zu dem formalen Argument Eyferths, das Bildungstechnologische Zentrum GmbH (BTZ) existiere erst seit Oktober 1971; zu der vor allem aus Eyferths – teilweise auch Bickels – Äußerungen ersichtlichen Einschätzung der durch die Einführung von Technologien in das Studium sich ergebenden Möglichkeiten; zu Bickels Einschätzung der studentischen Möglichkeiten während Experimentierphasen neuer Studienformen.

1. Es ist sehr wohl richtig, daß das BTZ als GmbH erst seit Oktober 1971 besteht. Nur hätte Klaus Eyferth der Vollständigkeit halber hinzufügen sollen, daß es schon lange zuvor als eine Art Abteilung zunächst des hessischen Wirtschaftsministeriums (!) und dann des Kultusministeriums bestand. Die Überführung in eine GmbH hat an dem Gegenstand der BTZ-Forschung nichts geändert: es wird weiter mit Lernmaschinen getüffelt, bis profitträchtige Ergebnisse zustande kommen (vgl. auch „betrifft: erziehung“ 10/71).

2. Die Behauptung, die Einführung von Fernstudien werde „zwangsläufig“ eine Auflockerung zur Folge haben, ist in dieser Weise sicherlich nicht historisch dialektisch. Zudem noch stillschweigend die Annahme unterschoben wird, eine derartige Auflockerung führe zu emanzipativen, kritischen Ansätzen einer Studienorganisation. Eine Auflockerung traditionalistischer Ordnungen wird ja gerade von den technokratischen Bildungsreformern gewünscht, um durch die Reform zu neuen Ordnungen zu gelangen, die dann den vielfältiger gewordenen Ansprüchen der kapitalistischen Wirtschaft genügen. Eine Veränderung hin zu systemkritischen Modellen wird nicht zwangsläufig erreicht, setzt vielmehr das bewußte Handeln von zumindestens einem Teil der Betroffenen, hier der Studenten, voraus. Ob nun die Einführung von Technologien in das Studium, insbesondere in der Form von Fernstudien, dazu etwas zu leisten vermag, ist mehr als fraglich, ja unwahrscheinlich. Auch der Hinweis, die apersonale Lehrmethode sei im Gegensatz zur personalen noch nicht gesichert und

somit Veränderungen leicht zugänglich, hilft nicht viel weiter. Denn will kritisches Handeln erreicht werden, setzt das die kritische Auseinandersetzung mit dem Stoff, dem Lehrenden und der Methode voraus – die Diskussion ist notwendig. Mit einer Lernmaschine diskutiert es sich schlecht. Nicht nur die personale Lehrmethode hat Tradition, sondern auch die Kritik der unmittelbar erreichbar Lehrenden. Der historisch Argumentierende stellt fest, daß die Möglichkeiten, dieses Mittel zur Einleitung von Bewußtwerdungsprozessen anzuwenden, bei weitem nicht ausgeschöpft sind. Gewiß spielt sich das alles im kapitalistischen System ab, wo aber auch sonst vor der Revolution. Und gewiß kommt Technologien ganz allgemein die Bedeutung zu, dem Menschen durch ihre Anwendung die Chance einer volleren Entfaltung seiner Fähigkeiten zu bieten. Nur ist nichts in dieser kapitalistischen Gesellschaft mehr perpetuiert, als die Anwendung von Technologien: Nicht die Lernmaschine ist wichtig, sondern eine profitträchtige.

3. Es ist aller Orten zu beobachten, daß bei Experimenten im Bereich der Hochschule die Mitwirkung von Studenten, insbesondere die der kritischen, linken Studenten erwünscht ist. Als beispielsweise die linken Gruppen vor dreieiertel Jahren die Hochschulgremien an der Frankfurter Universität verlassen wollten, wurden sie von den rechten gebeten, doch weiterhin ihr kritisches Potential zur Verfügung zu stellen, allein schaffe man es sonst nicht. Sicherlich ist es gerade dadurch immer wieder möglich, Einfluß zu wahren; durch die Beteiligung an Experimenten können Erfahrungen, können systemkritische Ansätze gewonnen werden. Nur sind die Bereiche sorgfältig auszuwählen, in denen es möglich ist, auf diese Weise aktiv zu werden. Das Experimentieren mit Bildungstechnologien unterliegt starken Beschränkungen. Schranken werden durch die Finanzierung, durch die Begrenzung der Experimentierbereiche und nicht zuletzt durch den ungeheuren rein technischen Aufwand, der eine große Zahl von Forschenden erfordert, gesetzt. Würde von den kritischen Studenten die Beschäftigung mit Fernstudien als vorrangig angesehen, wären sie sehr bald mit „kritischem Basteln“ ausgelastet.



# „Das können wir uns nicht länger bieten lassen“

## Hausbesetzungen in Darmstadt

„Das können wir uns nicht länger bieten lassen“: Wer mag diese empörte Äußerung wohl mit mehr Berechtigung von sich geben in Darmstadt: Diejenigen, die, wenn sie überhaupt unterkommen, in ‚Unterkünften‘ verkommen, so wie es das amtlich anerkannte Sozialempfinden will, oder die, die im Häuschen mit Gärtchen geborgen, sich im Städtchen um Ruhe und Ordnung sorgen?

Nun, ausgesprochen wurde es von dem Vorsteher derer, die dieser Stadt bedauerlicherweise verordnet sind, vom Stadtverordneten-vorsteher Dr. Ziegler; nämlich als er sah, daß die Initiativgruppe Wohnen, die es sich schon längst nicht mehr hatte bieten lassen, vorübergehend besser daran tat, ihr Bemühen mehr gegen den Druck der Stadt als gegen den Dreck im besetzten Hause zu wenden.

So standen sich denn gegenüber die Anhänger lebendiger Demokratie und die knöchernen Verfechter von „Right or wrong – my tidy village“, die einen eher jung und vielleicht vielversprechend, die anderen eher alt, versehen mit Polizeigewalt.

Der Ruf Georg Büchners – „Friede den Hütten, Krieg den Palästen“ – ist einbetoniert im neuen Theaterpalast, jener ‚peinlich provinziellen Menagerie‘; die Hütten werden saniert. Und der Platz jenes Revolutionärs füllte sich mit einer großen Schar von Linken, die, immerhin der Kälte erfolgreich trotzend, sich zum Protestmarsch sammelten. Und das zu Recht.

### Zur Lage der Stadt

In Darmstadt leben die kühnsten Träume von Großstadt, doch in Darmstadt zu leben, ist für viele tatsächlich eine Kunst. Denn wo wohnen, wenn nicht besetzen. Wer allein besetzt, besetzt vergebens, wie später zu erfahren sein wird. Und wer gar allein sucht (z.B. auch eine Wohnung), wird vielleicht süchtig, aber... und dagegen freilich will die Stadt schon etwas tun:

DT am 28. 1. 72:

„Release-Gruppen unterstützen — Magistrat beschloß Hilfe für Helfer gegen Drogenmißbrauch. . . . Der Magistrat hält es für außerordentlich wichtig, daß diesen Gruppen

die Möglichkeit gegeben wird, ihre Arbeit zu intensivieren, und daß sich unter Umständen weitere Gruppen bilden. . . .“

Laut DE klagt der DGB-Kreisvorsitzende Peressin im Mai 1970: „Wir müssen täglich feststellen, wie groß die Wohnungsnot, insbesondere im Sozialen Wohnungsbau, auch in unserer Stadt ist. Viele der Wohnungssuchenden können neuerrichtete Wohnungen nicht beziehen, weil die Mietpreise auch im Sozialen Wohnungsbau viel zu hoch sind.“

Und der Vorsitzende des Mietervereins Darmstadt und Umgebung e. V. erklärt: „ . . . Nachweislich würden viele spekulierende Hausbesitzer ihre einheimischen Mieter nun durch zu hohe Preise regelrecht aufs Land vertreiben, um die Wohnungen dann für unerfahrene Ausländer freizubekommen, von denen man zum Teil geradezu wucherische Mieten verlange. Ungeachtet aller ertragreichen Spekulationen mit dem Geld der Mieter würden die bundesdeutschen Hausbesitzer nunmehr von ihrem Zentralverband zum Kampf gegen die ‚recht erheblichen Gefahren‘ aufgefordert, die dem privaten Haus- und Grundeigentum angeblich drohen.“

Der Haus- und Grundbesitzerverein Darmstadt im November 71 in seinem Mitteilungsblatt „Haus und Heim“: „man wird vielmehr versuchen, in konsequenter Fortsetzung der einmal eingeschlagenen Richtung zur Aufweichung des Privateigentums die Bestimmungen des Bundes-

baugesetzes so zu ändern, daß auch mit ihnen schneller und erfolgreicher (und natürlich ‚kostensparender‘) in das Privateigentum hineindirigiert werden kann. . . In erster Linie sind es die Wohnungssuchenden, die bei praktisch unauflösbaren Mietverträgen und zementierten Mietpreisen vergeblich auf eine ihren Bedürfnissen entsprechende Wohnung warten werden. Mit dem Entwurf eines Gesetzes zur Schaffung gesunder Wohnverhältnisse hat man einen Griff in die untersten Regionen der alten zialistischen Mottenkiste getan. . . ist mit dem Haus- und Grundeigentümer erst einmal eine Bastion des Privateigentums gefallen, so wird es den Gegnern individuellen Eigentums um so leichter fallen, auch andere Positionen des Eigentums aus den Angeln zu haben. Die Öffentlichkeit muß einsehen, daß die private Wohnungswirtschaft hier nicht um eigensüchtige Interessen kämpft sondern, daß es um die Erhaltung unserer freiheitlichen Wirtschaftsordnung geht, deren Grundpfeiler nun einmal das Privateigentum war, ist und bleiben wird. . .“

Lauer am 23. 1. 71 im DE:

„. . . Darmstadts Bevölkerungszahl (stagniere heute), aber die mit dem Begriff ‚Schlichtwohnung‘ bezeichneten Elendsviertel wüchsen. In diesen Schlichtwohnungen ‚wohnen‘ laut Auskunft des Liegenschaftsamtes der Stadt ungefähr 750 Personen in 150 Wohnungen. Sie gibt es auch in Eberstadt-Süd, wo 300 Menschen in 67 und in der Kirschenallee, wo 400 Menschen in 84 Wohnungen lebten. Grobe Schätzungen ergäben für Darmstadt gegenwärtig 1400 bis 1500 Schlichtungswohnungsinsassen.“

OB Sabais am 15. 2. 71 im DE:

„In Darmstadt herrsche ein Vierteljahrhundert nach Kriegsende noch immer eine erhebliche Wohnraumnot. Das Stadtoberhaupt räumte auch ein, daß es trotz aller Anstrengungen im Wohnungsbau in absehbarer Zeit noch nicht möglich sei, diesen Notstand zu beheben.“

Doch sollte die Städtische Wohnungsbauaktivität weiterhin gesteigert werden, zum Beispiel in Eberstadt Süd. Zum Glück sei auch an den Gemarkungsgrenzen Darmstadts noch genügend Bau- und Bauerwartungsland vorhanden.

Schwierigkeiten bereiteten vor allem die Erschließungskosten, betonte der OB. Man wolle jetzt durch Übertragung dieser Kosten auf die Baugesellschaften den Wohnungsbau beschleunigen.“

Seit Einrichtung der kommunalen Wohnungsvermittlungsstelle am 1. 4. 71

meldeten sich bis zum 30. 9. 71 1728 Wohnungssuchende, davon 2/3 mit Anrecht auf Sozialwohnung. Dem stand ein Angebot von nur 260 Wohnungen gegenüber. Möglichkeiten, das bestehende Wohnflächenangebot in Darmstadt zu erweitern, bestehen in nächster Zukunft in Neu-Kranichstein II und Eberstadt-Süd III und in Arheilgen-West. Daß bei diesen Neuplanungen über die menschlichen Wohnbedürfnisse großzügig hinweggegangen werden wird, ist so gut wie sicher

Die Stadt will bei Wohnungsbauinvestitionen sparen, weil sie finanziell unzureichend ausgestattet ist und darüber hinaus die Schwerpunkte ihrer Investitionen so setzt, daß die jeweils im Vordergrund stehenden Kapitalinteressen vorrangig berücksichtigt werden. Zudem unterlaufen ihr obendrein aus Unkenntnis und Planlosigkeit Fehler. Es bestehen zwar Einzelpläne, wie Stadtentwicklungsplan, Flächennutzungsplan, Stadtkreismodell, Schulentwicklungsplan, Krankenhauszielplan, Altenplan, Jugendplan, Generalverkehrsplan, aber ein koordinierter Gesamtplan fehlt.

Bei dem Bestreben, ihre Finanzmittel zu erhöhen, um ihren sozialen Verpflichtungen nachzukommen, gerät die Stadt ständig in den „Sachzwang“, dieselben zu vernachlässigen. Die Möglichkeit, über eine Neuverteilung der Bund- und Ländersteuern ans Geld zu kommen, ist gering. Auf höherer Ebene mißtraut man den Kommunen aus eigener Erfahrung und oft nicht zu Unrecht, da sie ihre Gelder in Prestigeobjekte zu verplempern pflegen. Daher werden nur bestimmte gezielte Investitionen subventioniert.

So richtet sich der Eifer der Stadt auf die Ansiedlung finanzstarker Steuerzahler, die ihrerseits Tribut fordern: möglichst keine Steuererhöhungen, Angebot an Kultur (von leichter bis zu für

sie unverständlicher Muse), Luxuswohnungen, Bequemlichkeit und vor allem (Dr. Borsdorff im Nov. 69):

„Eine der Schwierigkeiten künftiger Industrieansiedlung ist die Grundstücksbeschaffung. . . Die Anstrengungen hierzu müssen in Zukunft verstärkt werden, denn sonst bleiben wir hinter der deutlich zu erkennenden Entwicklung zurück, und Stillstand bedeutet für die Stadt Darmstadt Rückfall in das Provinzielle. Und ein solcher Rückfall oder besser Rückgang hätte unangenehme Konsequenzen, denn unser gesamter kultureller Bereich, auf den wir mit Recht so stolz sind, würde entscheidend darunter leiden müssen, weil die Mittel fehlen würden, ihn zu finanzieren und ihn, was wünschenswert wäre, noch weiter auszubauen.“

. . . Nicht vergessen werden darf die Konsequenz größerer Industrieansiedlung. Abgesehen von den Vorleistungen zur Grundstücksbeschaffung und Baureifmachung sind die Folgelasten zu bedenken, die im Wohnraumbedarf der in den neu angesiedelten Firmen beschäftigten Menschen bestehen. Unmittelbare Folge sind dann auch neue Kindergärten, Schulen und soziale Einrichtungen.

Da wir einen völlig offenen Grundstücksmarkt haben, sind wir gezwungen, uns denselben Spielregeln zu unterwerfen und Preise zu bezahlen, die ständig steigen. Solange andererseits die umliegenden Gemeinden billiges Ackerland als Industriegelände ausweisen können, sind wir gezwungen, Bewerbern für Industriegrundstücke Grundstückspreise anzubieten, die teilweise erheblich unter unseren Ankaufskosten liegen.“

Die Industrie- und Handelskammer machte kürzlich eine Studie, aus der hervorgeht (wenn sie stimmt), daß 65 Darmstädter Industriebetriebe mit 34 235 Arbeitskräften (85% der in Darmstadt industriell Beschäftigten) zu 2/3 keine Vergrößerungsabsicht haben, aus Mangel an weiteren Arbeitskräften und an Er-

Dipl.-Wirtsch.-Ing.

**RUDOLF WELLNITZ**

jetzt vereinigt mit der  
Akadem. Buchhandlung  
H.-J. Stehlmann (AKABU)

**Hochschulbuchhandlung**

Darmstadt, Lauteschlägerstraße 4  
Telefon 7 65 48

Direkt an der Hochschule

**Technisches Antiquariat**

Beachten Sie unsere Sonderangebote!

weiterungsflächen.

Der Traum droht zu erschlaffen, daß auf Kosten der zu 40% einpendelnden Arbeitskräfte in einer Atmosphäre von ‚culture et commerce‘ ‚kritische Geister residieren‘.

Der Fraktionsvorsitzende der CDU-Stadtverordneten, Sälzer im Januar 69: *„Wo also bleibt die vom Magistrat seit langem angekündigte Prioritätenliste? Hierbei wäre der Industrieansiedlung (und der Ansiedlung von Beziehern möglichst hoher Einkommen) ein vorderer Platz einzuräumen.“*

Doch derweilen wuchs die Zahl der im Landkreis industriell Beschäftigten von 1962 bis 1970 um 72% an.

So will man denn, soweit es durch Arbeitsplätze nicht weiterzutreiben ist, die Leute der Region durch Konsum auspowern. Und dafür ist der Luisenplatz gerade gut genug; und auch eine Tangente durchs Martinsviertel, auf der die Käufermassen einströmen können, sehr zweckdienlich.

Diese geplante Stadtkerntangente, die einen Schwall von Luftverschmutzung und Streß mitten durch ein ohnehin schon nicht sehr von der Umwelt gesegnetes Wohngebiet reißen würde, wäre wieder eine dieser berühmten „Sachzwänge“, um aus der leisetretenden Punktansanierung wenigstens stellenweise eine „Linear“sanierung mit erweiterten Konsummöglichkeiten zu machen. Sanierung: zwingt reich rein und arm raus, aber wohin?

## Wer allein sucht, sucht vergebens

Dort, wo aus Profitinteresse Arbeitskraft oder Lernkapazität zusammengeballt wird, also im Umkreis kapitalistischer Produktions- und Wissenschaftsbetriebe, wird das Wohnproblem bis an jene magische Grenze deutlich, wo es den Betroffenen selbst stellenweise bewußt wird (oder werden kann).

Als im Herbst 1971 die Kapazität der THD um ca. 2000 Studienplätze erweitert wurde, ohne daß auch nur mit dem Bau eines einzigen neuen Wohnplatzes begonnen worden wäre, schien diese Grenze erreichbar. Zudem wurden die Studenten gerade durch eine Sozialbeitragserhöhung belästigt, mit deren Zahlung sie sogar ihre Zustimmung zu ihrer sozialen Misere gegeben hätten. Diese Erhöhung wurde verweigert.

In einem Flugblatt am Semesterbeginn hieß es:

„Am schlimmsten wirkt sich die Wohnungslage aus: Die Tatsache, daß die meisten der ca. 2000 Studienanfänger in diesem Wintersemester keine Wohnung am Studienort finden werden, zeigt ganz deutlich, wie der soziale numerus clausus wirkt:

Die Leute, die aufgrund ihrer finanziellen Verhältnisse keine überhöhten Mieten am Studienort zahlen können, und die, die wegen persönlicher Ortsgebundenheit oder familiärer Verhältnisse (wie z. B. verheiratete Studenten mit Kindern) auf bestimmte soziale Einrichtungen und entsprechende Wohnungen angewiesen sind, werden beim Studium systematisch benachteiligt. Entweder sind sie nicht in der Lage, das Studium aufzunehmen oder müssen es oft vorzeitig abbrechen.

Über Flugblätter und bei der Erstsemestereinschreibung und -beratung wurde, allerdings in zu geringem Maße, versucht, die Studenten, vor allem die Studienanfänger, über die Lage aufzuklären, in die sie hineingeraten waren, und sie zu gemeinsamen Handeln zu bewegen.

„Studenten, die keine Wohnung haben, insbesondere Erstsemester, können am . . . im . . . über ihre Probleme, insbesondere Wohnprobleme, mit Studenten aus den Basisgruppen diskutieren und Lösungsmöglichkeiten suchen“ wurde mehrfach über Flugblätter angekündigt. Die Schwierigkeit, hier eine Initiative anzuregen, lag in der mangelhaften Vorarbeit und personellen Schwäche

der Projektgruppe Soziales und an der besonderen Situation, in der sich Studienanfänger befinden. Da sie sich in ihrer neuen Umgebung und in den bürokratischen Formalitäten zurechtfinden müssen, ignorieren sie zunächst die grundlegenden Schwierigkeiten, in die sie sich begeben, oft in dem Glauben, diese würden sich in den ersten paar Monaten schon beheben. Den Schwerpunkt der Basisgruppen von Bildungspolitik auf sogenannte ‚Sozialpolitik‘ kurzfristig zu verlagern, war weder inhaltlich noch organisatorisch ratsam. Schließlich fanden sich aber doch genug Wohnungssuchende, um die Initiativgruppe Wohnen zu bilden, die am 19. 10. 71 die leerstehende 1. Etage des Präsidentenpalastes der THD besetzte.

## Sammeln — Einen — Stärken

Das Ziel der unter den beschriebenen Bedingungen in Aktion getretenen Initiativgruppe war bescheiden und sinnvoll: praktische Wohnraumbeschaffung und Bewußtseinsbildung nach innen für diejenigen, die sich aktiv daran und an der Bewußtseinsbildung nach außen beteiligten.

Ein geschickt organisierter politischer Kampf gegen die bestehenden Verhältnisse besonders im Reproduktionsbereich (also in der ‚Schöner Wohnen — Sphäre‘) von Arbeitern und Studenten konnte und sollte erst längerfristig daraus entwickelt werden.

Nach dem Prinzip ‚Kollektivieren, Solidarisieren, Aktivieren‘ wurde mit der Glasetape zunächst ein wie erwartet völlig repressionsfreies Objekt besetzt, von dem aus man eine große Zahl von Wohnungssuchenden ansprechen zu können hoffte. Die relativ günstige Ausgangslage für weitere Aktionen wurde aber nicht hinreichend genutzt, um nun von der Initiativgruppe aus aktiv die Auszubildenden in Hochschulen und Schulen zu agitieren. Der AstA übte Zurückhaltung, um die (im übrigen völlig unbegründete) Ausrede zu vereiteln „der macht das schon“.

Während ein Flugblatt der Besetzer aufforderte: „Wer allein sucht, sucht vergebens, kommt alle in die Glasetape, laßt uns das Problem gemeinsam anpacken“, hatte die Initiativgruppe das passive Wohlwollen der liberalen TH-Spitze und vieler Darmstädter Bürger hinter sich. Doch dafür konnte man keine Wohnung mieten. Mieter-Boß Lauer be-

Men like its  
flavor Women  
love its aroma

**RUM** and  
**MAPLE**

PIPE  
MIXTURE

Gross-  
Packung  
250g  
12.50 DM



scheinigte der Initiativgruppe Besonnenheit und würdigte ihr Vorgehen als Akt echter Notwehr; der Wohnungsnotstand führe unweigerlich zu solchen Maßnahmen.

Der „Oberbürgermeister von Karstadt“, Sabais, hingegen versuchte nach Gesprächen mit dem Oberhaupt der Hochschule, Böhme, den Notstand zu verharmlosen, auf die Studenten einzugehen und die Bevölkerung dadurch zu überfordern, doch noch einige Dachkammern freizumachen. Im Gegensatz dazu stellte der ASTA fest: „... daß in diesem Staat, der auf der Basis einer allein profitorientierten Produktion und Warenversorgung steht, es prinzipiell nicht möglich sei ‚gesellschaftliche Bedürfnisse (wie Wohnen, Ausbildung u. a.) widerspruchsfrei zu lösen‘. Keine bürokratische Maßnahme könne verhindern, daß nur den jeweils gewinnträchtigen Teilbedürfnissen (zum Beispiel Appartementbau) nachgekommen werde. Die ‚pseudo-rationale Geldverteilungspolitik läßt dann nicht zu, daß die verkürzten Problemlösungen entscheidend ergänzt werden‘. Unzureichende Finanzausstat-

tung sei die Folge nicht die Ursache schlechter Sozialpolitik“ (DE 22. 10. 71). Die FAZ zur Situation in der Glasetage: „Bohème und Agitation“. Aber eine Besetzergruppe ist kein Beichtvater, dem Erstsemester gern ihre Ängstlichkeit eingestehen, auch wenn sie nur ein Stockwerk mit dem Fahrstuhl fahren müssen. Man muß selbst in geeigneter Weise an sie herantreten, und das ist nicht ganz leicht. So zogen viele „aus Unkenntnis, oder weil sie im ersten Semester nicht gleich motzen wollten“ (FAZ) nach dem südhessischen Motto „bleiwe losse“ unmögliche Lösungen den Gemeinschaftsprotest vor. Währenddessen hatte die Wohnungsvermittlung des Studentenwerks auf 400 Anfragen hin nur 40 Buden zu bieten. Die Initiativgruppe mochte offiziell noch nicht daran denken, auch Häuser und Hotels zu besetzen. Aus Hochschulkreisen kam um so mehr die verständliche Aufforderung:

„Warum besetzen Sie denn kein Haus?“  
 — „Warum besetzen Sie denn nicht einfach die Traube?“ (Präsident Böhme)  
 Der Oberbürgermeister appellierte an

die Bürger: „Obwohl wir nichts versäumt haben, müssen wir den Studenten jetzt rasch helfen.“ Und in gewisser Kenntnis der Darmstädter politischen Bühne begann er nun das Spiel der Herrschenden: **Dividieren, Isolieren, Liquidieren** (oder noch besser: **Integrieren**):

„... dazu muß deutlich gesagt werden, daß die Mehrheit der Studenten nicht mit einer handvoll diktatorsüchtiger Radikalisten verwechselt werden darf... Zugleich warne ich...“ usw. usw.

Pünktlich um 12 Uhr mittags am 28. 10. 71 wurde die Oetinger Villa von der Initiativgruppe in Beschlag genommen. Vom Balkon im ersten Stock schimpfte ein Angestellter der Bundesanstalt für Biologische Schädlingsbekämpfung, die dort untergebracht war: „Bringt es erst einmal so weit wie ich!“

Die Initiativgruppe antwortete der Warnung Sabais am Tage der Villa-Besetzung: „Wer sich tagaus tagein vor Gewalt fürchtet, der wird auch einen Grund haben“. Sie warfen ihm „infame Ignoranz und vorbeugendes Schüren von Vorurteilen“ vor.



Der Oberbürgermeister ließ seine Polizei zunächst gelassen reagieren, zumal er auf Dienstreise weilte. Polizeipräsident Peter Bernet hatte bereits vor Wochen Order gegeben, bei Hausbesetzungen abwartend zu reagieren. Der Geschäftsführer des Darmstädter Studentenwerks, Herbert Werkmann, der vorher vergeblich mit der Stadt um Wohnraum verhandelt hatte: „Und jetzt stellt sich raus, daß doch Platz da ist. Ich finde es bedauerlich, daß die Stadt nicht vorher reagiert hat“.

In der Hochschulzeitung „Die Hochschule“ heißt es: „Wen wundert da noch die Kritik an einem System, das in der Reichsgaragenordnung den Bau von Abstellplätzen für Kraftfahrzeuge zwingend vorschreibt, die Schaffung menschenwürdiger Lebensbedingungen für seine Minderheiten wie Studenten, Gastarbeiter, Rentner fast ausschließlich dem Zufall überläßt?“

... Jede weitere Untätigkeit der Politiker aber hätte – das läßt sich jetzt schon klar voraussagen – im sozialen Bereich scharfe Konflikte zur Folge, im Vergleich zu denen die Hausbesetzungen in Frankfurt als harmlos zu gelten hätten.“

In der Villa stieß das Bedürfnis Wohnen auf die Absicht der Stadt, den Stadtjugendring (SJR) mit einem Jugendzentrum zu beschwichtigen. Dieser ringt freilich noch um ein sinnvolles Konzept der „Jugendarbeit“. Stadtjugendring und Initiativgruppe Wohnen waren bereit, sich über Raumverteilung und Zusammenarbeit zu einigen.

Nun gewann auch der „Rote Punkt Watzeviertel“, ein eingetragener Verein zur Betreuung unterprivilegierter Kinder im Martinsviertel, Interesse daran, in der Villa seine Art von Jugendarbeit zu entfalten, und einige Leute, die eine „Release“-Gruppe zur Resozialisierung Rauschgiftsüchtiger projektieren wollten, und eine große Zahl von Wohnungssuchenden kamen noch hinzu.

So wurde es im Parterre der Villa bald so überfüllt, daß man auf ein neues Projekt ausweichen mußte.

**Protest: Glasetage**  
**Demonstration: Villa**  
**Provokation: Traube**

*„Die Schließung der Traube Ende des Jahres 1968 habe er (Glas) — erst kurz zuvor in*

den Magistrat gekommen — nicht mehr verhindern können. Daß das Haus dann so lange leerstand, könne nicht ihm angelastet werden“

verteidigte sich der FDP-Stadtrat Glas gegen Vorwürfe der CDU. (Dez. 71, DE) Das „Traube-Eck“ (Darmstadts Naivkommentator H. G. Weickert am 3. 7. 69: „... die Traube selbst ist schon Ärgernis genug“), traditionsreiches (seit 1625) „mitten in Darmstadt“ gelegenes „renommiertes“ Hotel, dieser „prominente Bau am exponierten Platz“, dieses „prominentestes Hotel in Darmstadt“ ist seit Ende 1968 geschlossen.

„Es wird beheizt, gelegentlich klingeln die Telefone dort, weil in den Prospekten in aller Welt die „Traube“ noch nicht gestrichen ist. Das Aufrechterhalten des Hauses kostet die Hotelgesellschaft einiges Geld. Diese Gesellschaft ist, nachdem der frühere Mitinhaber Fritz Gabler ausbezahlt worden ist, ganz in den Händen der Stadt.“ (DE 12. 2. 70) Nach vergeblichem Hin und Her zwischen kleiner und großer Ausbaulösung (April 70 DE: „... hat sich nun ein potenter Interessent für das Innenstadt-Revier nach dankenswerter privater Vermittlung und Vorverhandlungen mit der Stadt für große Pläne engagiert“: die Berliner Hotelbetriebs AG, Eigner der Kranzler-Café-Kette zum Beispiel) faßte die Stadt im November 70 den Beschluß, das Ding nicht mehr als Hotel zu führen.

Wegen hochfahrender Luisenplatzpläne vermietete man nur kleckerweise. Statt der früher 66 000 DM Pacht gingen 50 000 DM jährlich ein. Nach Besetzung der Oetinger Villa war die Stadt bereit, 10 verfallene Dachzimmer dem Studentenwerk zu studentischen Wohnzwecken anzubieten. Am 5. 11. 71 wurde die Traube besetzt, was in der Presse ein reges Echo fand.

Zum Beispiel das Darmstädter Tagblatt (DT): „Man nahm sich die Schlüssel vom Haken und zog in die 22 leerstehenden Zimmer auf der ersten und zweiten Etage des Hotels ein“ . . . „Sabais verwies darauf, daß die Traube nicht leerstehe, sondern. . .“

Dazu die InWo im Flugblatt zur Besetzung: „Nicht Sabais' Worte, nur unsere Initiative hat erste Abhilfe geschaffen. Weder die als Hoffnung und Hetze gemischten Aufrufe von OB Sabais im Echo und Tagblatt, noch das ‚Angebot‘ von 10 zumal völlig renovierungsbedürftigen Dachkammern im „Hotel Traube“ schaffen Wohnraum.

Wir Lehrlinge und Studenten brauchen jetzt und heute Zimmer, um unsere Ausbildung ohne zusätzliche Schwierigkeiten aufnehmen zu können. Wir sind keine ‚handvoll diktatorsüchtiger Radikalinskis‘, Herr Sabais. Wir sind Lehrlinge und Studenten, die, wie Sie es geschrieben haben, ‚ihre gesellschaftlich verpflichtete Rolle ernst nehmen‘.“

„Nur sind wir nicht bereit, eine Rolle nach Ihrer Regie und nach dem ‚Drehbuch‘ der Privatindustrie zu spielen . . . Wie bei allen Entscheidungen dieser Gesellschaft zählen nicht die Bedürfnisse der arbeitenden Bevölkerung, sondern erst die Gewinnberechnungen der privaten Unternehmen.

Daß auch der Bereich von Politik, der als ‚Sozialpolitik‘ verkauft wird, zuallererst den Interessen der Privatwirtschaft gerecht wird, zeigen staatlicher Wohnungsbau („Sozialbau“) und Stadtсанierung besonders deutlich.“

Die Meinungen aus der Bevölkerung reichten von „... da aber das Wohn- und Mietproblem nicht nur ein studentisches ist, vertreten die Studenten augenblicklich mit den Hausbesetzungen die Interessen der gesamten Bevölkerung“, bis zu

„Wonn's moins wär: Isch hätt die Bolizei gehlt. Un wonn isch de Laider de Stadt Dammstadt wär — aah!“

In Unterschriftenlisten solidarisierten sich einige tausend Einwohner mit der Traube-Besetzung.

Das Darmstädter Echo (DE) orakelte am 8. 11. 71:

„... Was, wenn der von ihnen initiierte Bewußtmachungsprozeß umschlägt, wenn das nicht nur unkluge OB-Wort von den ‚Radikalinskis‘ aufersteht und der Initiativgruppe allein die fragwürdige Genugtuung bleibt, ‚faschistoide Züge‘ einer ‚repressiven Herrschaftsstruktur‘ bloßgelegt zu haben. Wenn es soweit kommt, ist der Lernprozeß, an dem mehr Bürger der Stadt teilnehmen wollen, als man sich allgemein vorstellt, längst unterbrochen. . .“

Die Presse, bisher relativ neutral berichtend, schlug nun, angeregt durch die härtere Haltung des OB, einen bedenklichen Ton an.

Während der OB die Hausbesetzungen als putschähnlichen Versuch der Provokation bezeichnete (was hatte er eigentlich damit schon gesagt?) und, unterstützt vom ehemaligen Studentenwerksführer und CDU-Stadtrat Reißer, die Bemühungen der studentischen Vertreter im Studentenwerksvorstand um einen menschenwürdigen Wohnungsbau als radikalistisch und als Blockieren des Wohnheimbaus diffamierte (weil diese Herren keine Bedenken haben, auch Menschen nach dem Legehennen-Prinzip zu kasernieren), währenddessen versuchte die Presse die Initiativgruppe Wohnen als ‚wohnungssuchendes Fußvolk‘ von ‚hochschulischen Marxisten-Leninisten‘ hinzubiegen, die von diesen als ‚Mittel zum Zweck des Klassenkampfes außerhalb der Hochschule‘ ‚indoktriniert‘ worden wären.

Daß es an der THD Leute gibt, die sich Marxisten-Leninisten nennen, und daß diese eine Veränderung der Gesellschaftsordnung anstreben, ist bekannt, wie die Initiativgruppe Wohnen entstand und was sie machte, wurde beschrieben. Unter dem Druck der blanken Tatsachen sah sich auch der Oberbürgermeister außerstande, mit Zwangsmitteln gegen „nachgewiesene“ soziale Bedürfnisse „der Studentenschaft“ vorzugehen. Mit diesem Eingeständnis, das Beachtung bis in die Spalten des „Spiegel“ fand, engte er das Problem gleich wieder auf die Studenten ein und hoffte im Stillen, daß dieser ‚Nachweis‘ gerade einem Teil jener unliebsamen Provokateure nicht



**A. SCHUCHMANN BAU-A.G.**

**Hauptsitz: Darmstadt  
Artilleriestr. 12, Tel. (06151) 840 07**

**Werke für: BIT, MISCHGUT, GUSSASPHALT**

**Niederlassungen in: HEILBRONN/Neckar  
MICHELSTADT/Odw., FRANKFURT/Main**

möglich sei (so wie es ein Darmstädter Bürger sagte:  
 „. . . da würd isch erstemol sehe, ob de Babba net e groß Haus hot. . .“  
 Die FDP wertete die Hausbesetzungen, insbesondere natürlich die Besetzung des Hotels, als Demonstration umstürzlerischer Gesellschaftspolitik und wollte ebenfalls scharf getrennt wissen zwischen tatsächlicher Wohnungsnot und „bloßer Schau“, eine Trennung, die für wahr recht konstruiert ist.  
 Die CDU (und niemand erwartet anderes von ihr) trieb es auf die Spitze: zunächst sei die Besetzung schon mal nicht rechtmäßig (ein Ausdruck formalkonservativer Rechtsauffassung), militante radikale Gruppen (anscheinend weiß man in Darmstadt noch nicht, wie Militanz aussieht) wollten gegen unsere Gesell-

schaftsordnung den Scheinbeweis am Einzelfall führen (Die Wohnungsnot ist quantitativ und qualitativ ein grundlegendes Merkmal des jetzigen Gesellschaftssystems), was man selbstverständlich vom Arbeiter erwartete, jeden Tag weite Entfernungen zwischen Arbeitsplatz und Wohnung auf sich zu nehmen, müsse auch für Studenten gelten.  
 (Daß Arbeiter täglich zwischen Arbeitsstelle und Wohnort pendeln müssen und ihr 8-Studententag so zu einem 11-Studententag wird, ist wohl für die Pendler selbst nicht die angestrebte Lebensweise.)  
 Die Wohnaktion trat in die Verhandlungsphase ein, bei der es der Initiativegruppe darum ging, die besetzten Räume durch Mietverträge gesetzlich abzusichern. Die Stadt versuchte bei den

Verhandlungen die für die InWo zur Verfügung stehende Zimmerzahl in der Traube soweit wie möglich einzugrenzen, indem sie den Raumbedarf „wichtiger“ Ämter vorschob; für die Villa gab sie eine unzumutbar kurze Vertragsfrist. Schließlich ging die Stadt zur polizeilichen Räumung über, zuerst fünf Zimmer der Traube, die angeblich über das vereinbarte Maß hinaus besetzt gehalten worden waren, und dann die vollständige Räumung der Villa, angeblich aus technischen Sicherheitsgründen.  
 Diese Gewaltmaßnahmen wurden vorbereitet und begleitet durch eine politische Diffamierung, die in erster Linie von OB Sabais ausging, und in die CDU, FDP und die Lokalpresse auf ihre Art einstimmt. Daß Sabais sich dabei besonders her-

Blödes Leben, alles ist so lahm

muß dringend mal was erleben

So was richtig duffes ne Reise, oder so

Hi, Fans, verreist Ihr mit?

Nein echt, wir fliegen nach England!

und wovon kriegen wir die Knochen?

Wenn jeder'n paar Schlappe Marker ausklinkt, können wir alle sieben mit Auto rüberfahren und können brauch'n nureiner!

Mit den paar Knochen über'n Bach? reichlich Freunde, reichlich

Dann sättel mal deinen Vierradrigen

FRANKREICH CALAIS

Spütel euch, ich geh' voran - ich hab die größten Schwine an!

RAMSGATE

England, here we come

HOVERLLOYD-LUFTKISSEN-FLÜGE KREUZEN IN 40 MINUTEN DEN KANAL. SIE „FLIEGEN“ PREISWERT, KOMFORTABEL UND MIT FLUGSERVICE. BIS ZU 7 PERSONEN FLIEGEN GRATIS MIT MEHR BEI IHREM REISEBÜRO ODER BEIM ADAC.

**HOVERLLOYD**  
better than sea · better than air

vortat, liegt einmal in seinem Amt begründet und an seiner farbigen Ausdrucksweise, die bei öffentlich politischen Äußerungen sehr leicht volksverhetzende Formen annimmt, wie aus seinen Stellungnahmen zur Räumung der Oetinger Villa ersichtlich ist.

Ob es ihm dabei mehr um Absicherung seiner persönlichen Position oder tatsächlich um eine „Auseinandersetzung im Interesse der Sozialdemokratie“ geht, ist schwer zu entscheiden.

Das Absichern seiner Person und seiner Partei durch scharfe Abgrenzung gegen ‚radikale‘ Kräfte ist für die SPD und Sabais nicht nur mit Rücksicht auf die kommende Kommunalwahl gegenüber der CDU wichtig; auch aus ihrem verkommenen, nach rechts tendierenden Selbstverständnis ist die Abgrenzung kaum erstaunlich.

Sozialer Protest wird wohlwollend zur Kenntnis genommen, zumal sich dieser leicht in die eigene Politik einbauen

läßt. Kommt er aber von Gruppen, die radikal den **Ursachen** sozialer Mißstände nachgehen und entsprechende gesellschaftspolitische Folgerungen daraus ableiten, und geht der Protest in Demonstration und Provokation über, so gibt es für die SPD nur eins: Kampf denjenigen, die links von ihr stehen. So hat Sabais gleich bei den ersten Zeichen des Protestes vorsorglich vor den „Radikalinskis“ gewarnt. . .

Als die Verhandlungen nicht nach dem Willen der Stadt liefen, stellte er die Mitglieder der Initiativgruppe als die hin, die lediglich die Konfrontation suchen, die immer wieder nur auf Kosten der Steuerzahler provozieren, wobei er den Anlaß zur ‚Provokation‘ mit einem „. . . Obwohl wir keine Fehler gemacht haben. . .“ geflissentlich übergeht. Auch die CDU läßt dann ihr „durchsichtiges Manöver“ (Südhessenspiegel) in der Öffentlichkeit ablaufen: „dem Spuk ein Ende machen. . . Radikalisierung des öffentlichen Lebens . . . Legalisierung des Unrechts . . . Substanzverlust an demokratischer Ordnung . . . alles räumen.“

Im Gegensatz dazu besteht Sabais zwar darauf zu differenzieren: Da die Wohnungsnot Tatsache ist, kann und will er politisch nur gegen jene rigoros vorgehen, die er in den Augen der Öffentlichkeit als „gefährliche Feinde des sozialen demokratischen Rechtsstaats“ . . . als Anhänger diktatorischer Ideen“, . . . als „Rotfaschisten“ hinstellen kann. Wie beharrlich er den Scheinbeweis dafür anhand eines Stalinbildes führen wollte, daß er irgendwo hängen sah, zeigt, mit welchen Formen völliger Geschichtslosigkeit er seine eigene Begriffstetigkeit darlegt, sein Unvermögen, in historischen Kategorien zu denken und sich zu äußern.

Die Abgrenzung gegenüber Stalinisten hat unter der Darmstädter Linken längst stattgefunden und wird auch weitergeführt. In Zusammenhang mit der Hausbesetzung spielt sie nur eine Rolle in der sozialdemokratischen Demagogie. Bleibt abschließend die Frage: Was hat die Initiativgruppe auf ihrem „Weg zur Zerstörung, zu Anarchie und Faustrecht“ (wie es die CDU gerne sehen will) erreicht? Was hat die ‚Provokation‘ hervorgerufen? Sind wir der ‚Lösung‘ des grundlegenden ‚Sachproblems‘, der Entwicklung eines neuen, mündigen Gesellschaftssystems, nähergekommen? Oder wie macht man das?



# Wohnungen — teure Mangelware

**Wohnungen — sie sind immer wieder eines der beliebtesten Gesprächsthemen. Ob Arbeiter, Angestellte, Beamte, Studenten, für alle ist die Frage, wo, wie und zu welchem Preis man wohnt, gleichermaßen von Interesse. Besonders der Preis der Ware Wohnung: Von 1962 bis 1970 stiegen die Mieten im Bundesdurchschnitt um 67,5%, die allgemeinen Lebenshaltungskosten erhöhten sich in diesem Zeitraum „nur“ um 23,5%. Die Frage, wie dieser Preis zustande kommt, soll im folgenden beantwortet werden.**

Besitzer von Miethäusern sind keine Ausbeuter im eigentlichen Sinne, sondern nur besonders begünstigte Warenverkäufer. Sie verkaufen das Nutzungsrecht an der Ware „Wohnung“ auf dem sogenannten „freien Wohnungsmarkt“. Dieser Wohnungsmarkt ist aber ein Markt besonderer Art: Da die Ware Wohnung an das Vorhandensein von Grund und Boden gebunden ist, muß der Mieter durch seine Miete auch das Nutzungsrecht an dem Fleckchen Erde miterwerben, auf dem das Haus steht. Weil nun aber Grund und Boden kein beliebig vermehrbares Gut ist, sind die Mieter den Grundbesitzern ausgeliefert, denn auf den Konsum der Ware Wohnung kann niemand verzichten.

Hierdurch und durch den Wegfall der Wohnraumzwangswirtschaft durch das „Gesetz über den Abbau der Wohnraumzwangswirtschaft und über ein soziales Miet- und Wohnrecht“ vom 23. 6. 1960 sind dem Wucher Tür und Tor geöffnet.

Nach dem 2. Weltkrieg sah es noch anders aus:

- für den Wiederaufbau der zerstörten Produktionsmittel brauchte man eine leistungsfähige Arbeiterschaft. Deren Reproduktion (das heißt: die tägliche Wiederherstellung der frischen Arbeitskraft nach Feierabend durch Essen, Schlafen und so weiter, einmal im Jahr durch Urlaub) wäre aber bei einem freien Wohnungsmarkt nicht möglich gewesen, da ein knappes Warenangebot bekanntlich die Preise in die Höhe treibt; folglich hätten die meisten Bürger und vor allem die, auf deren Leistungsfähigkeit es ankam, ihre Arbeitskraft nur unvollkommen auf der Straße reproduzieren können;
- dazu stellte die Existenz einer anderen Gesellschaftsform in der DDR eine Bedrohung für den wiedererstarkenden Kapitalismus in der BRD dar. Die Beseitigung des größten Elends in allen Bereichen, also auch auf dem Wohnungsmarkt, schien also angebracht.

Deshalb wurde in dieser Zeit mit der Wohnraumzwangsbewirtschaftung die Marktwirtschaft auf dem Wohnsektor außer Kraft gesetzt.

## Wohnen

Nach der Wiederherstellung der Produktionsmittel, ihrer erneuten Monopolisierung in den Händen weniger und der Entschärfung der Wohnungsnot zu einer im Kapitalismus „normalen“ Not wurde es erforderlich und möglich, den an die Kette gelegten Haus- und Grundbesitzern wieder zu ihrem „Recht“ zu verhelfen. Zudem hatten es die Vermieter inzwischen verstanden, sich direkt oder durch die entsprechende Lobby indirekt in die entscheidenden Gremien hineinzuwirken; in Stadt- und Gemeinderäte, in Länderparlamente und in den Bundestag bis hinauf zu den relevanten Ministerien (Preußner, Lücke u.a.). In dieser Phase des gelungenen Wiederaufbaus und der Restauration tradierter Herrschafts- und Machtstrukturen bot sich das Bürgertum dem Kapital als Bündnispartner an und wurde als solcher benötigt. Durch obiges Abbaugesetz befriedigte man seine Wünsche.

In welchem Maße die Befriedigung dieser Wünsche zu Lasten der Mieter ging, die etwa zwei Drittel aller Haushalte ausmachen (14 Mill. Haushalte), soll an einigen Zahlen gezeigt werden:

- zwischen 1962 und Mitte 1970 erhöhten sich die allgemeinen Lebenshaltungskosten um 23,5%, die Mieten aber um 67,5% und zwar in  
Altbauten um 75,5%  
Neubauten um 55,7%  
sozialen Wohnbauten um 61,1%  
freifinanzierten Wohnbauten um 51,4%

Hierbei erscheint es bemerkenswert, daß selbst innerhalb dieser starken Anstiegsquoten die maximalen Zunahmen in Altbauten und im Sozialen Wohnungsbau zu verzeichnen waren, in den Wohnungen also, die traditionell den ärmeren Bevölkerungsgruppen vorbehalten sind.

- ▶ Nach Stichprobenergebnissen von 1969 ist die Durchschnittsmiete in der BRD von 1965 bis 1969 von 98,— auf 146,— DM gestiegen, also um 48%.
- ▶ Im September 1965 zahlten noch 65% aller Haushalte eine Miete unter 100,— DM, im Januar 1969 waren es nur noch 36%.
- ▶ Bei den (statistisch auf zwei Personen fixierten) Rentner- und Sozialhilfe-

empfänger-Haushalten stiegen zwischen 1964 und 1969 die Gesamtausgaben um 30% (von 367 auf 480 DM), die Mieten aber um 80% (von 52 auf 97 DM).

- ▶ Der ebenfalls statistisch festgelegte 4 Personen-Arbeitnehmerhaushalt der mittleren Verbrauchergruppe mußte seine Gesamtausgaben in dieser Zeit von 1017 auf 1236 DM um 20% erhöhen, seine Mietausgaben stiegen dagegen um 70% von 89 auf 159 DM.
- ▶ Zwischen 1960 und 1967 hat sich die Zahl der Wohnungen um 20% erhöht, das gesamte Mietaufkommen allerdings um 160% (von 12 Mrd. auf 32 Mrd. DM).

Um die Situation auf dem Wohnungsmarkt einschätzen zu können, ist es wichtig festzustellen, wie sich der Preis der Ware Wohnung zusammensetzt. In ihm sind enthalten

1. der Preis des Bodens. Der Boden zeichnet sich im wesentlichen dadurch aus, daß er nicht produziert wurde unvermehrbar ist und keinen durch Abnutzung bedingten Wertverlust erfährt.
2. der Preis des Baumaterials und der Wertverschleiß der Baumaschinerie,
3. der Lohn der Arbeiter im Bauhaupt- und Zieliefergewerbe,
4. der Wertverschleiß des Hauses,
5. der Profit des Bauunternehmers. Er resultiert aus den von den Bauarbeitern und den anderen Arbeitern geschaffenen Mehrwert; ihn stellt der Bauunternehmer dem Bauherrn in Rechnung, enthält ihn jedoch den Arbeitern vor.

In den 70er Jahren des 19. Jahrhunderts fanden sich im „Volksstaat“ mehrere Artikel von Mülberger, der die Behauptung aufstellte: „Was der Lohnarbeiter gegenüber dem Kapitalisten, das ist der Mieter gegenüber dem Hausbesitzer“. Hierzu Friedrich Engels 1872 ebenfalls im „Volksstaat“: „... Bei der Wohnungsfrage haben wir zwei Parteien einander gegenüber, den Mieter und den Vermieter oder Hauseigentümer. Der erstere will vom letzteren den zeitweiligen Gebrauch einer Wohnung kaufen; er hat Geld oder Kredit – wenn er auch diesen Kredit dem Hauseigentümer selbst wieder zu einem Wucherpreis, dem Miet-

aufschlag, abkaufen muß. Es ist ein einfacher Warenverkauf; es ist nicht ein Geschäft zwischen Proletarier und Bourgeois, zwischen Arbeiter und Kapitalisten; der Mieter – selbst wenn er Arbeiter ist – tritt als vermögender Mann auf, er muß seine ihm eigentümliche Ware, die Arbeitskraft, schon verkauft haben, um mit ihrem Erlös als Käufer des Nießbrauchs einer Wohnung auftreten zu können, oder er muß Garantien für den bevorstehenden Verkauf dieser Arbeitskraft geben können. Der Arbeiter wird also nur dann vom Ver-



ren aber nicht um diese 75%, (und während dieser 32 Jahre auch nicht um die abgetragenen Tilgungen und Zinsen), sondern wird weiterhin in der gleichen Höhe erhoben.

Wenn man annimmt, daß ein Haus 64 Jahre hält, das heißt Miete erbringt, so hat der Mieter in dieser Zeit das ganze Haus zweimal bezahlt. Nach Ablauf der 32 Jahre sind dem Vermieter folglich monatlich neue und reine Profite erbracht worden, die dieser konsumieren kann beziehungsweise zum Bau eines neuen Wohnhauses anlegen wird; hier wiederholt sich das Spiel von neuem. Der Mieter wird also in dieser Zeit um die Hälfte seines Geldes betrogen, der vermögende Vermieter aber nach Ablauf der Tilgungsfrist ohne eigene Leistungen immer vermögender. Dieser Betrug am Mieter wird aber nach den 32 Jahren noch größer; sind nämlich die öffentlichen Mittel zurückgezahlt, entfallen die Bestimmungen des Wohnungsbindungsgesetzes in der Fassung vom 1. August 1968: Der Vermieter braucht sich nicht mehr an die Kostenmiete zu halten, sondern kann die höhere „Marktmiete“ verlangen. Der Mieter, sofern er keine Ersatzwohnung findet, wird noch kräftiger geschröpft.

Nach der Beschreibung der Anteile, aus denen sich der Preis eines Hauses zusammensetzt, muß man sich fragen, wer primär an ihnen und der daraus resultierenden Miete verdient und wodurch.

#### 1. Die Grundrentner (Eigentümer von Grund und Boden)

Dieser „Teil der Gesellschaft verlangt hier von anderen einen Tribut dafür, die Erde bewohnen zu dürfen“ (Marx). Die sogenannte Grundrente, in ihrer Höhe eine Funktion von Lage, Erschließungsgrad usw. des Grundstücks, streckt der Bauherr beim Kauf des Grundstücks vor oder läßt sie sich verzinsen, wenn er bereits Eigentümer ist. Eingetrieben wird sie in jedem Fall durch einen Aufschlag auf die Miete.

Dabei bleibt der Wert eines Grundstücks (und der daraus resultierende Mietaufschlag) nicht einmal konstant, sondern kann sich durch Spekulationsgewinne aufgrund öffentlicher Vorleistungen erheblich erhöhen (die Sprünge: landwirtschaftlich genutzte Flächen – Bauerwartungsland – baureifes Land). So betrogen die Bodenspekulationsgewinne von 1949 bis

mieter um einen Teil seines Lohnes geprellt, wenn er die Wohnung über ihrem Wert bezahlt (Wucherpreis).“ Ein Beispiel: hat ein Bauherr, wie es vor allem im Sozialen Wohnungsbau üblich ist, fremde Mittel aufgenommen (Hypotheken, Darlehen), so sind diese bei einem 1%igen Tilgungssatz und 6,5%iger Verzinsung nach genau 32 Jahren einschließlich der Zinsen zurückgezahlt. Dadurch entfallen für den Bauherrn nach diesen 32 Jahren ca. 75% der jährlichen Lasten, die Fremdmittel sind getilgt und die Zinsen bezahlt. Die Miete reduziert sich nach diesen 32 Jah-

1965 in der BRD etwa 100 Mrd. DM, ein Betrag, der etwa der Höhe der gesamten öffentlichen Förderung von Forschung und Wissenschaft seit 1949 entspricht. Umgerechnet ergibt das in dieser Zeit ein Spekulationsgewinn von 113,50 DM pro Jahr und Einwohner der BRD, eine Zahl, die nur die Dimension verdeutlicht. Denn verdient haben diese Gewinne nur die wenigen Grundrentner, in deren Taschen sie geflossen sind. Zur weiteren Verdeutlichung der damit verbundenen Gewinne sollen einige Zahlen dienen:

zwischen 1964 und 1969 stiegen die Durchschnittspreise je Quadratmeter Boden

- ▶ für Rohbauland von 12,12 DM auf 17,73 DM um ca. 45%
- ▶ für baureifes Land von 18,46 DM auf 29,37 DM um ca. 60%  
(Quelle: „Bundesbaublatt“ – Amtlicher Teil – 1970, Heft 6, Seite 265ff.).

Die Angaben verniedlichen das Problem aber in der bei amtlichen Statistiken üblichen Form erheblich. Es werden nur Steigerungen jeweils für landwirtschaftlich genutzte Flächen, für Rohbauland (Bauerwartungsland), für baureifes Land genannt. „Der Preissprung, mit dem ein Grundstück aus der einen Kategorie in die nächst, also vom Acker zum Bauland aufrückt, bleibt unberücksichtigt.“ (Der Spiegel 1969, Heft 35, Seite 30). Die Sprünge von Kategorie zu Kategorie drücken sich häufig eher in 1000er Prozentsen aus.

## 2. Das Finanzkapital

Da bei dem überwiegenden Teil der Neubauten die Bauherren sich erhebliche Teile der Baukosten als Kredit vorschießen lassen, müssen auch die dafür verlangten Zinsen erwirtschaftet werden. Die Zinshöhe wird nun wiederum vom Staat als dem „ideellen Gesamtkapitalisten“ (Marx) festgelegt, genauer: vom Zentralbankrat der Deutschen Bundesbank. Die aus allgemeinen konjunkturpolitischen Überlegungen festgesetzten Zinshöhen beeinflussen die Mieten erheblich. So verteuert etwa eine 1%ige Zinserhöhung die Mieten um 0,25 bis 0,30 DM pro qm, hat also die gleichen

Folgen wie eine 8%ige Baukosten-erhöhung.

Auch diese durch Zinserhöhungen intendierten Verteuerungen gehen zu Lasten der Mieter, das heißt der Gruppen, die aufgrund ihrer geringen finanziellen Mittel auf das Mieten angewiesen sind, also nicht selbst bauen könne. So wird der Mieter, wie der „Deutsche Mieterbund“ einmal schrieb, „zum Prügelknaben einer verfehlten Konjunkturpolitik“.

## 3. Das Industriekapital (Baui ndustrie)

Hier tauchen im wesentlichen die Preise der Produktionsmittel und die Löhne für die Ware Arbeitskraft auf. Im Preis eines jeden Produktionsmittels sind aber auch die Profite der einzelnen Branchen enthalten, Verteuerungen spielen eine weitere Rolle. So stieg zum Beispiel der Preis für Baustahl 1969 um ca. 100%. Auch diese Profite und Verteuerungen tragen die Mieter über die Miete mit.

Zur Entwicklung der Baukosten einige Zahlen:

- laut „Bundesbaublatt“ stiegen von 1962 bis 1970 die Preise für Bauleistungen am Gebäude um 40%, die der Baunebenleistungen (Archi-

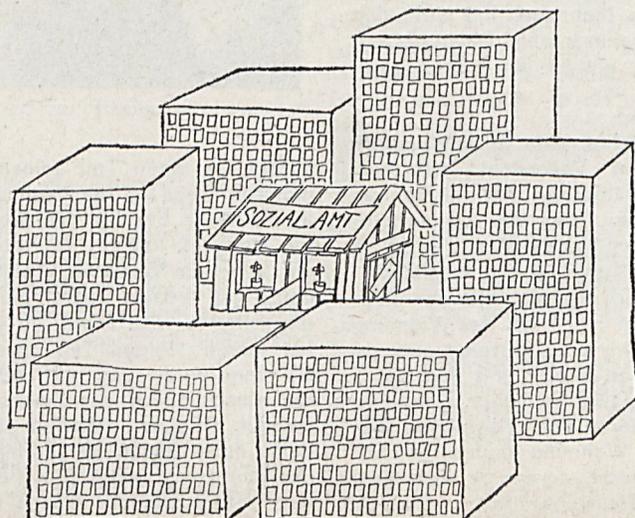
tekten-, Ingenieur-, Verwaltungsleistungen) um 35%

- die Preise für eine Wohnung stiegen nach der gleichen Quelle im Durchschnitt von 35.360 DM (1962) auf 53.320 DM (1969) um ca. 50%
- die Preise für einen Quadratmeter Wohnfläche stiegen von 464,60 DM (1962) auf 638,60 DM (1969) um ca. 40%.

Allerdings sind auch diese amtlichen Statistiken mit Vorsicht zu genießen, da sie manipulierte Zahlen bringen. Die oben angegebenen Werte stellen nur die „reinen Baukosten“ dar, es fehlen also Grunderwebs- und Erschließungskosten, Kosten für Außenanlagen, Baunebenkosten und Kosten für Betriebs-einrichtungen (zum Beispiel Einbauküchen, Fahrstühle usw.). Selbst die Angaben für die reinen Baukosten sind aber falsch, da sie nur auf Kostenvoranschlägen basieren, in Wirklichkeit aber erheblich darüber liegen.

Gründe:

vom Zeitpunkt des Kostenvoranschlages bis zur Endabrechnung sind die Preise wieder davongelaufen, die Endpreise werden aber in amt-



lichen Statistiken nicht erfaßt; in den Voranschlägen werden bewußt niedrige Preise angesetzt, um zum Beispiel im Sozialen Wohnungsbau die Förderungsbedingungen zu erfüllen, das heißt die Richtsatzmieten nicht zu überschreiten und um niedrige Verwaltungsgebühren zahlen zu müssen (diese sind proportional zur Bausumme).

Unter Berücksichtigung dieser Faktoren ergibt sich in Wahrheit, daß, zurückgerechnet auf das Jahr 1950

- die Lebenshaltungskosten bis Mitte 1969 um ca. 50% anstiegen
- die Baupreise für Wohngebäude aber um ca. 130%.

Wie oben gezeigt wurde, haben die Vermieter die Möglichkeit und das Interesse, den Mietzins anzuheben. Dem gegenüber steht aber das Interesse der Kapitalisten, die Reproduktionskosten der Ware Arbeitskraft zu minimieren, um eine maximale Verwertung des eingesetzten Kapitals zu erzielen. Ein erheblicher Teil der erforderlichen Reproduktionskosten wird aber von den zahlenden Mietern in Anspruch genommen, die zur Zeit selbst in Sozialbauwohnungen bis zu 25% des Einkommens ausmachen.

### DEMMIG-BÜCHER

Arithmetik und Algebra	DM 9,60
Differentialrechnung	DM 11,50
Integralrechnung	DM 6,70
Differentialgleichungen	DM 4,80
Statik starrer Körper	DM 11,50
Festigkeitslehre	DM 11,50
Dynamik des Massenpunktes	DM 7,80
Dynamik des Massenkörpers	DM 5,80
Einf. in die Vektorrechnung	DM 4,80
Vektorrechnung, Teil 1	DM 11,50
Vektorrechnung, Teil 2	DM 11,50
Komplexe Zahlen Teil 1	DM 11,50
Komplexe Zahlen, Teil 2	DM 11,50

Demmig-Repetitorien vermitteln grundlegende Kenntnisse in leicht faßlicher, prägnanter Darstellung. Weitere Titel im Freiprojekt DA. Bitte anfordern vom

**DEMMIG VERLAG KG**  
61 Darmstadt - Postfach 234

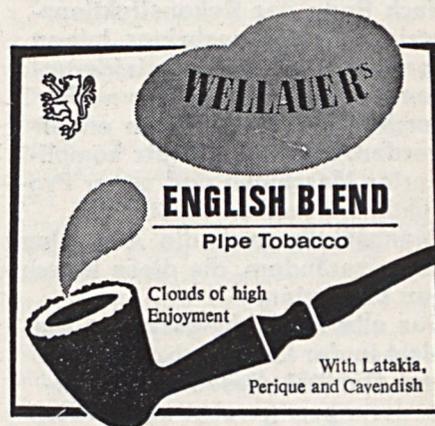
Es gibt also eine Konkurrenz zwischen Eigentümern von Produktionsmitteln und Grundrentnern. In dieser Konkurrenzsituation handelt das Kapital auf verschiedene Weise:

1. Es schaltet sich selbst in den Bereich des Wohnungsbaus und der Grundrente ein, um die dort entstehenden vielen kleinen Profite und hohen Realisierungsquoten gebündelt in seine Hände zu bekommen. Es bemüht sich, durch verstärkten Ankauf von Grund und Boden die Preise zu bestimmen. Es übernimmt oder gründet monopolistische Wohnungsgesellschaften. So kann man etwa durch den Bau von Werkswohnungen vergleichsweise niedrige Mieten erheben, dadurch aber gleichzeitig die notwendigen Reproduktionskosten der Arbeiter verringern. Auf der anderen Seite werden etwa über den Bau von Werkswohnungen die Werksangehörigen domestiziert, wie es mit dem Kruppschen Siedlungen der 70er Jahre des 19. Jahrhunderts seinen Anfang nahm.

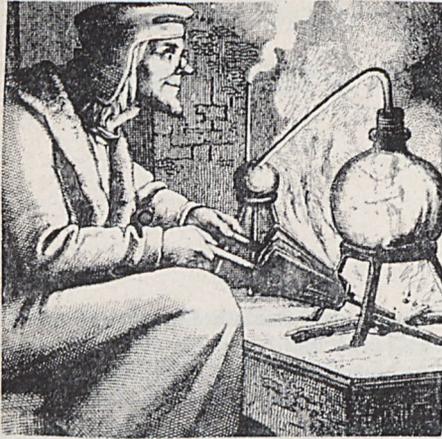
2. Schaltet sich auch der Staat als „ideeller Gesamtkapitalist“ ein, fördert verstärkt den Sozialen Wohnungsbau oder zahlt Wohngeld. Die Förderung dieses Sozialen Wohnungsbaus ist aber wiederum abhängig von eventuell gerade zu verzeichnenden Krisen. So war im § 19a des Zweiten Wohnungsgesetzes in der Fassung vom 1. September 1965 vorgesehen, daß jährlich 210 Mill. DM für den Sozialen Wohnungsbau zur Verfügung gestellt werden sollten. In der Krise von 1967/68 wurden diese Mittel aber auf 150 Mill. DM gestrichen. So konnten 1968 noch 204.000 Wohneinheiten gefördert werden, 1969 fiel diese Zahl trotz anhaltender Wohnungsnot auf 165.000 Wohneinheiten. Heute stehen wir vor der Situation, daß die öffentlichen Mittel um 150% erhöht werden müßten, um das gleiche Wohnungsbauvolumen wie Anfang 1969 zu finanzieren beziehungsweise zu fördern.

Trotz dieser partiell widersprüchlichen Interessen zweier Gruppen von Kapitaleignern, den Besitzern von Produktionsmitteln und den Grundrentnern, beuten sie beide die gleiche Gruppe,

nämlich die Mieter aus; wobei es sich allerdings bei den Grundrentnern um keine Ausbeutung im eigentlichen Sinne handelt, sondern um Ausnutzung einer günstigen Marktsituation, um Wucher und prellende Warenverkäufer. Die betroffenen Mieter rekrutieren sich nicht nur aus der klassischen Gruppe der Proletarier, sondern auch das Kleinbürgertum ist betroffen. Hierzu Friedrich Engels in „Zur Wohnungsfrage“: „Die sogenannte Wohnungsnot . . . besteht nicht darin, daß die Arbeiterklasse überhaupt in schlechten, über-



füllten, ungesunden Wohnungen lebt. Diese Wohnungsnot ist nicht etwas der Gegenwart Eigentümliches; sie ist nicht einmal eines der Leiden, die dem modernen Proletariat gegenüber allen früheren unterdrückten Klassen eigentümlich ist: im Gegenteil, sie hat alle früheren unterdrückten Klassen aller Zeiten ziemlich gleichmäßig betroffen. . . . Was man heute unter Wohnungsnot versteht, ist die eigentümliche Verschärfung . . ., eine kolossale Steigerung der Mietpreise . . . und diese Wohnungsnot macht nur so viel von sich reden, weil sie nicht auf die Arbeiterklasse beschränkt, sondern auch das Kleinbürgertum mit betroffen hat“. Wegen der Ausdehnung der Wohnungsnot auf das Kleinbürgertum befaßt sich dieses auch mit Vorliebe mit diesem Problem, ohne allerdings jemals zu den im Kapitalismus liegenden Widersprüchen, aus denen auch die Wohnungsnot zwingend erwächst, vorzustoßen.



folgenden Aufbau vorschlug:

- Berufsschule
- Fachschule
- Ingenieurschule
- Technische Hochschule

Mit der Struktur des Ausbildungssystems wurden auch im wesentlichen die alten Inhalte übernommen.

Die Ingenieurschulen hatten, im Gegensatz zu den Hochschulen, die Aufgabe, „praktische“ Ingenieure auszubilden, technische Fachleute, die den weißen Kittel jederzeit mit dem blauen vertauschen können um selbst Hand anzulegen. Der praktische Ingenieur soll Mittler sein „zwischen Forscher und Werkmann“, wie der nationalsozialistische Reichserziehungsminister Bernhard Rust 1937 meinte.

Die außerordentlich wichtige Funktion des „Mittlers“ zwischen den Arbeitern und der Führung des Unternehmens setzt selbstverständlich unbedingte Loyalität der Ingenieure gegenüber der Unternehmensleitung voraus.

Deshalb beinhaltete der Bildungsauftrag der Ingenieurschulen immer zwei wesentliche Momente:

- Der Ingenieur „muß praktisch Ingenieurarbeit leisten“ das heißt, er muß „am Ende des Studiums in der Lage sein, – **entsprechend dem Bedarf in der Industrie** und auf dem jeweiligen Stand der gesicherten wissenschaftlich-technischen Forschung und Entwicklung aufbauend – in seinem Fachgebiet Konstruktions- und Fertigungsaufgaben eigenverantwortlich und selbständig zu lösen.“ (Leussink) Die Ingenieurschule muß also dem späteren Ingenieur das erforderliche theoretische Wissen vermitteln um technische Aufgaben lösen zu können.
- Zum anderen muß der Ingenieur-Student, entsprechend seiner späteren Funktion als „Mittler“ zur Loyalität gegenüber dem Unternehmer und der kapitalistischen Gesellschaft erzogen werden.

Durch ständigen Leistungsdruck (bis zu 25 Klausuren pro Semester, 40 Wochenstunden usw.) versucht man deshalb eine Reflexion auf außerfachliche, ge-

sellschaftliche und politische Inhalte zu verhindern.

Fächer die nicht unmittelbar mit dem Studium zusammenhängen, werden so gut wie nicht gelehrt.

Man akzeptiert zwar, daß es erforderlich ist „den Studierenden auch auf der Ingenieurschule selbst Bildungsinhalte zu vermitteln“, dies „sollte meines Erachtens aber vor allem im organisatorischen Zusammenhang mit den Fächern der Ingenieur-Ausbildung geschehen. In diesen Fächern liegen so viele Bildungswerte, daß eine zusätzliche Belastung der Ingenieurschul-Studierenden mit anderen Fächern nur nachteilig wäre.“ (Leussink)

Im Rahmen der gesamten Ingenieur-Ausbildung nehmen allerdings diese „allgemeinbildenden“ Bildungsinhalte eine wichtige Funktion ein: Darstellung einer heilen Welt, in der die Technik allein dem Wohl der Menschen dient und die Vorbereitung auf bestimmte Führungsaufgaben im späteren Beruf. „Die Ausbildung hat nicht nur einen berufsbezogenen Inhalt, sondern muß auch auf Persönlichkeitsbildung zielen. Diesem Zweck dienen neben der betonten Übung und Bewertung des sprachlichen Ausdrucks bei der fachlichen Arbeit, der zielbewußten Offenlegung und Erarbeitung der der Fachausbildung innewohnenden humanistischen Bildungswerte allgemeinwissenschaftlicher Seminare aus folgenden Bereichen:

- a) Theologischer, theologisch-philosophischer und sozialer Bereich;
- b) musischer Bereich (Literatur und Künste);
- c) staatsbürgerlicher, politischer, historischer Bereich;
- d) wirtschafts- und rechtskundlicher Bereich;
- e) arbeitskundlicher Bereich (Arbeitsphysiologie, Arbeitspsychologie, Unfallschutz);
- f) Fremdsprachlicher Bereich;
- g) Schwerpunktbereich der einzelnen Ingenieurschulen (z. B. Technikgeschichte, Baugeschichte, Ingenieurbiologie u. a.)  
(Grundsätze für die Studienführung an den Ingenieurschulen des Landes Nordrhein-Westfalen, Kultusministerium)

Wohin diese Allgemeinbildung führt ist klar: „Die Erziehung zum ingenieurmäßigen Denken, zur Ingenieurpersönlichkeit“ (Die Entwicklung des technischen

Bildungswesens aus der Sicht der Ingenieurschule, Dipl.-Ing. Kassebeer, Leitender Ministerialrat im Kultusministerium des Landes Nordrhein-Westfalen.)

Eine wesentliche Rolle zur Anpassung der Ingenieure an ihre spätere Berufspraxis, den kapitalistischen Produktionsprozeß, spielen die Lehre und das Praktikum.

„Die bisherigen Ingenieurschul-Ingenieure brachten aufgrund ihrer Werkstattpraxis und der ausgezeichneten Ausbildung an den Ingenieurschulen die besten Voraussetzungen für eine erfolgversprechende berufliche Arbeit mit. Die vorbehaltlose Anerkennung, die diese Ingenieure in der Industrie finden, sollte der entscheidende Beweis dafür sein, daß die praktische Ausbildung innerhalb der gesamten Ingenieur-Ausbildung eine diese kennzeichnende Phase darstellt, also weder als ein Relikt aus der Entwicklung der allgemeinen technischen Ausbildung noch als ein notwendiges Übel angesehen werden darf.

Die Industrie hat allergrößtes Interesse daran, daß sie auch in Zukunft Ingenieure findet, die für die anstehenden Aufgaben wie bisher gerüstet sind, also neben einer guten theoretischen auch eine solide praktische Ausbildung haben.“

(Dipl.-Ing. R. Segerer, Die Praktikantenausbildung aus der Sicht der Industrie, in: VDI-Information Nr. 13, S. 7)

Die Industrie wehrt sich deshalb energisch gegen die Abschaffung oder Verkürzung der Lehre und des Praktikums. Denn ein gewichtiges Argument spricht für die Beibehaltung: „Der Erwerb einer gewissen Berufshärte, einer gewissen Reife im Lebensalter und in anfänglichen Lebenserfahrungen.“ (Dipl.-Ing. Jakobi, ebenda, S. 11)

„Sie (die Industrie, d. Red.) erwartet aber, daß die Ingenieurschulen nach wie vor einen Ingenieur heranbilden, der wie in der Vergangenheit und Gegenwart auch in der Zukunft den Anforderungen gerecht wird, die sich aus den Anforderungen in der Industrie herleiten.“ (ebenda, S. 9)

Die Aufgabe, qualifizierte Arbeitskräfte auszubilden, die gut einsetzbar sind und sich den herrschenden Bedingungen unterordnen konnte der alte Typ der Ingenieurschule solange erfüllen, wie in der BRD das wirtschaftliche Wachstum nicht entscheidend vom technischen Fortschritt abhing.

Als mit Ende des „Wirtschaftswunders“ die technische Innovationsrate zur entscheidenden Wachstumsbedingung wurde, mußte sich auch die technische Ausbildung ändern.

Die Ingenieurschul-Ausbildung mußte den neuen Erfordernissen des Produktionsapparates angepaßt werden. Die Erziehung zur Unmündigkeit und Anpassung allerdings konnte beibehalten werden; hier hatte sich die Ingenieur-Ausbildung bewährt.

Das „Wirtschaftswunder“ der fünfziger Jahre war an besondere Voraussetzungen gebunden, zu deren wichtigsten die hohe Gewinnträchtigkeit von Investitionen in kriegsbedingten Engpaß-Sektoren und deren fiskalische Förderung, die staatliche Begünstigung der Unternehmensgewinne und das durch hohe Arbeitslosenziffern sowie eine zurückhaltende Gewerkschaftspolitik bedingte Zurückbleiben der Löhne gehörten. Das Ende des „Wunders“ mußte eintreten, als mit Abschluß der Rekonstruktionsperiode diese Faktoren nach und nach wegfielen:

- 1959 war die Vollbeschäftigungsgrenze überschritten und frei verfügbare Arbeitskraft praktisch nicht mehr vorhanden. Die Folge war ein Lohndruck, der eine Reduzierung der Unternehmensgewinne bewirkte.

Die Wettbewerbsposition der deutschen Wirtschaft verschlechterte sich noch durch die mittels hoher Zahlungsbilanz-Überschüsse „Importierte“ Inflation, die 1961 eine Aufwertung der Deutschen Mark (West) erzwang.

- Gleichzeitig machten sich nun erhebliche strukturelle Nachteile der deutschen Industrie bemerkbar. Die Wiederherstellung der zerstörten Produktionskapazitäten zu Beginn der fünfziger Jahre ermöglichte es, unter Verwertung der kriegsbedingten technischen Entwicklung einen modernen Produktionsapparat aufzubauen, der mit Hilfe der reichlich vorhandenen und qualifizierten Arbeitskräfte optimal genutzt werden konnte. Lange Zeit konnte auf diesem Stand ohne wesentliche Neuerungen und einer extensiven Nutzung der Arbeitskräfte international konkurrenzfähig produziert werden. Erst zu Beginn der sechziger Jahre machte sich ein technischer Vorsprung

der konkurrierenden Industriestaaten (USA) bemerkbar, der nicht nur die Exportmöglichkeiten beschränkte, sondern in Folge des Eindringens ausländischer Firmen auf den Inlandsmarkt auch hier den Wettbewerb verschärfte.

Die Konsequenz bestand in einem tendenziellen Rückgang der Unternehmensgewinne, deutlich sichtbar am Absinken der Selbstfinanzierungsquote von 50% im Jahre 1950 auf 20% im Jahre 1965. Beginnende Absatzschwierigkeiten und der Arbeitskräftemangel führten zu einem Rückgang der Kapazitätsauslastung von ca. 95% Ende 1960 auf 80% Ende 1966.

Ende der fünfziger Jahre war eine Produktivitätssteigerung durch Erhöhung der Beschäftigtenzahl nicht mehr möglich. Von 1956 bis 1960 nahm die Zahl der Beschäftigten nur um 8,7% zu, gegenüber 47,5% von 1950 bis 1956.

Das Arbeitskrätereservoir war so klein geworden, daß eine Steigerung des Produktionsergebnisses im wesentlichen durch neue Produktionstechniken erreicht werden mußte. Dieser forcierte technische Fortschritt erfordert eine kontinuierliche Anpassung der Qualifikationsmerkmale und Ausbildungsvoraussetzungen.

Die erzwungene technische Innovationsrate greift damit unmittelbar auf die Struktur und die Inhalte des Erziehungs- und Ausbildungssystems durch.

**Die fortwährende Anpassung der Arbeitskräfte an die notwendige Rate des technischen Fortschritts wird zur system-spezifischen Wachstumsbedingung im Spätkapitalismus.**

„Um Mißverständnisse zu vermeiden: Es bedeutet nicht etwa eine unerlaubte Einmischung von Industrie und Wirtschaft in schulische Belange, sondern ist Ausdruck des Willens der Zusammenarbeit, wenn Industrie und Wirtschaft bemüht sind, der Ingenieurschule das Ziel ihrer Ausbildung zu verdeutlichen.“ (Dipl.-Ing. Segerer, a.a.O., S. 7)

In den sechziger Jahren, als durch Fehler und Versäumnisse im Ingenieurschulwesen die Konkurrenzfähigkeit der deutschen Ingenieure und damit die der deutschen Wirtschaft stark gefährdet war, forcierten die Arbeitgeberverbände den Druck auf das Ingenieurschulwesen: „VDI und KMK stellten Untersuchungen zu den Ingenieurabschlüssen an. 1961 führte die OECD (Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Ent-

wicklung) eine Bestandsaufnahme der technischen Bildungssysteme durch, deren Ergebnisse folgende Konsequenzen haben:

- Die Fortbildung der Ingenieure soll nur in Zusammenarbeit der Ingenieurschule, den technischen Bildungstätten und der Industrie erfolgen.
- Schon während des Studiums ist ein starker Bezug zur Praxis herzustellen.
- Es sollen bessere und mehr Ingenieure ausgebildet werden.
- Es wird ein europäisches Ingenieurregister angelegt.

Ein 1962 tagender Gesprächskreis „Wirtschaft und Wissenschaft“ leitet folgendes Diskussionsergebnis an Behörden, Bildungseinrichtungen und Industrieunternehmen weiter:

- Zur besseren Überschaubarkeit, Vergleichbarkeit und Planbarkeit soll der Ingenieur-Begriff klar definiert werden.
- Die Ingenieurschulen müssen ausgebaut werden; (der Rahmenplan zum Ausbau der Ingenieurschulen tritt bald in Kraft; das Gesetz zur Vereinheitlichung des Ingenieurschulwesens erfolgt 1964)
- Das gesamte technische Bildungssystem ist besonders zu fördern.“ (E. Altvater, F. Huisken (Hrsg.), Materialien zur politischen Ökonomie des Ausbildungssektors, Erlangen 1971, S. 155f)

In allen Gutachten und Stellungnahmen wurde deutlich, daß der alte Typ der Ingenieurschule den veränderten Bedürfnissen des Produktionsprozesses nicht mehr gerecht werden konnte.

Mit dem zunehmenden Einsatz neuer komplizierter Maschinen, Verwissenschaftlichung des Produktionsprozesses, verändern sich auch die Berufsmerkmale der Arbeitskräfte. Die Zahl der installierten EDV-Maschinen zum Beispiel stieg von 94 im Jahre 1959 auf über 10.000 im Jahre 1969.

Der technische Fortschritt veränderte die Arbeitssituation allerdings nicht überall in der gleichen Weise und in der gleichen Zeit. Es ist deshalb sinnvoll, bei der Untersuchung zwischen

- dem Kernbereich der Produktion,
- der Wartung und Instandhaltung und
- den technischen Büros zu unterscheiden.

# „Das bedeutet: Förderung all derer, die

Im Kernbereich der Produktion nimmt die Zahl der Ungelernten ebenso wie die der Facharbeiter mit der Einführung komplizierter Maschinen ab. Dagegen steigt die Zahl der angelernten Arbeiter, die die Maschinen zu überwachen haben. Allerdings zeigt sich bei Produktionseinheiten, in denen die jeweils höchsten Mechanisierungsgrade erreicht werden, daß langfristig die zahlenmäßige Bedeutung des angelernten Arbeiters wieder abnimmt.

Beim Übergang von der mechanischen zur automatisierten Produktion beginnt die Entwicklungsphase, in der der Mensch aus der Produktion heraus neben den eigentlichen Produktionsvorgang tritt (Marx). In den Produktionshallen arbeiten immer weniger Menschen. Schließlich verbleibt nur noch die kleine Gruppe der Kontrolleure, Meßwarte und Steuerleute, die von Fall zu Fall in den Produktionsprozeß eingreifen, der im übrigen selbsttätig abläuft.

Im Bereich der **Wartung und Instandhaltung** steigt dagegen bei einer Verbesserung der Produktionstechniken auf „konventioneller Basis“ der Bedarf an Facharbeitern vorerst an. Beim Übergang auf elektronisch gesteuerte Anlagen geht die Anzahl der Facharbeiter wieder zurück, allerdings steigen dann die Qualifikationsanforderungen in einem Maße, das die durchschnittliche Qualifikation von Facharbeitern häufig übersteigt.

Am Beginn dieser Entwicklung war es möglich gewesen, die erforderlichen neuen Qualifikationen zum Teil durch innerbetriebliche Weiterbildung „befähigter“ Fach- und Spezialarbeiter zu schaffen. Diesen fehlte aber die notwendige technische Grundausbildung, die im allgemeinen nur Ingenieure mitbringen. Im wesentlichen haben daher auch nur Ingenieure und Techniker die Chance, in Zukunft die Mehrzahl der Beschäftigten im Bereich der Wartung und Instandhaltung zu stellen.

**Die Forschungs-, Entwicklungs- und Konstruktionsbüros** stellen neben Wartung und Instandhaltung den Bereich dar, in dem sich die wissenschaftliche und technische Intelligenz konzentriert. Die Absolventen von Technischen Hochschulen und Fachhochschulen werden in diesen technischen Büros zwar immer noch als „leitende Angestellte“ bezeichnet, von Führung oder Leitung im Sinne einer Unternehmerdisposition kann je-

doch nur in wenigen Fällen gesprochen werden. Nur ca. 5% arbeiten als Unternehmensleiter oder in der industriellen Verwaltung. Die Mehrzahl der technischen Angestellten arbeitet im Team, um Aufgaben unter vorgegebenen Wirtschaftlichkeitskriterien nach dem neuesten Stand der technischen Entwicklung optimal zu lösen.

Wichtige Entscheidungen werden aus den technischen Büros verlagert und von den oberen Managern getroffen.

„In unserem Unternehmen werden die meisten Entscheidungen vom Team **vorbereitet**. Gewiß, letztlich wird einer der Manager, der die Verantwortung für die bestimmte Aufgabe hat, die Entscheidung treffen.“ (Dr. Mohr, Personalleiter der deutschen Bull General Elektrik in einem Interview, Input Nr. 5, 1969)

Entsprechend den Anforderungen der Industrie hat die technische Ausbildung zwei wesentliche Funktionen: Es müssen qualifizierte Arbeitskräfte (Facharbeiter, Ingenieure usw.) ausgebildet werden, die in der Lage sind, die Aufgaben, die sich ihnen in ihrem späteren Beruf stellen, entsprechend dem neuesten Stand der Technik und Wissenschaft optimal zu lösen.

Gleichzeitig muß verhindert werden, daß dieses größere Wissen den Individuen einen Zuwachs an Autonomie einbringt und dazu führt, nach der gesellschaftlichen Notwendigkeit ihrer Arbeit zu fragen. Sie müssen zur Anpassung und bereitwilligen Unterordnung erzogen werden.

## Technische Qualifikation

Jede Produktion setzt ein bestimmtes Wissen voraus, das sich der Kapitalist durch Kauf von Produktionsanlagen (Technologien) beziehungsweise Leistungsfähigkeit der Arbeitskräfte (Qualifikationsstruktur) aneignet und als produktives Kapital zur Realisierung von Profiten verwertet.

Der Notwendigkeit der Verwertung des gesamten akkumulierten Kapitals und der Druck der Konkurrenz zwingen ihn zur permanenten Produktionssteigerung. Folglich muß der Kapitalist laufend seine Produktionskapazität verändern. Er wird deshalb, wenn keine günstigen äußeren Faktoren, wie nicht ausgeschöpftes Arbeitskräfte-reservoir, Eroberungen neuer Märkte hinzukommen, zu ständigen technischen Innovationen gezwungen. Außerdem wird der Konkurrenzkampf mit Hilfe zeitweiligen technologischen

Vorsprungs ausgetragen.

Die von Wissenschaftlern und Forschern entwickelten und experimentell überprüften neuen Technologien müssen von qualifizierten Mitarbeitern im Produktionsprozeß angewendet werden.

Es werden deshalb Arbeitskräfte notwendig, die im Umgang mit wissenschaftlichen Ergebnissen trainiert sind und zur Umsetzung befähigt sein müssen, jedoch nicht selbst „wissenschaftlich“ arbeiten können und dürfen.

„Tatsächlich braucht man im Berufsleben ein großes Heer von Menschen, die verstehen, vorhandenes Wissen korrekt und zuverlässig anzuwenden, die jedoch nicht in der Lage sein müssen, neues Wissen zu erarbeiten.

Zum Erlernen von vorhandenem Wissen sind die Lehrmethoden der wissenschaftlichen Hochschulen mit akademischer Freiheit nicht die geeignetsten, und es zeigt sich heute schon deutlich, daß vielen Studenten die akademische Freiheit nicht bekommt, obwohl sie genügend begabt wären, um im schulmäßigen Lehrbetrieb soviel zu lernen, daß sie gut brauchbare Fachleute auch für Führungsstellen werden können... Man wird dem tatsächlichen Bedarf (an Menschen, die neues Wissen erarbeiten sollen) sicher eher gerecht, wenn man an den wissenschaftlichen Hochschulen die Zahl der Studierenden eher vermindert als vermehrt...“

(Leonhardt, in einem Brief an den Kultusminister Hahn am 22. 2. 66.)

Der Prozeß zunehmender Verwissenschaftlichung der Produktion erfordert Änderungen in der Qualifikationsstruktur. Hinzu kommt, daß das Tempo aufeinanderfolgender technologischer Neuerungen derart zugenommen hat, daß die herkömmliche Form des Qualifikationserwerbs nicht mehr Schritt hält.

„Diese Situation erfordert einen neuen Qualifikationsprozeß, wobei zwei Entwicklungen denkbar sind, die wahrscheinlich gleichzeitig und einander ergänzend eingeleitet werden müssen:

ein System rationalisierter, kurzfristiger Kurseinheiten zur An- und Umschulung im Sinne von „life-long-learning“, sowie unter Abtrennung der Heranbildung zu wissenschaftlich aktivem Nachwuchs eine massenhaftere Ausbildung von wissenschaftlich qualifizierten Arbeitern (Fachhochschulingenieuren) verschiedenster Abstufung und Spezialisierungsrichtungen, die – auf dem Wege allgemeinen Verhaltenstrainings im Umgang mit wis-

# bereit sind, sich fordern zu lassen“.

senschaftlichen Ergebnissen — in die Lage versetzt werden, sich neuen Entwicklungen kurzfristig anzupassen. Diese Maßnahmen zielen bei abnehmender Bedeutung der fachlich-inhaltlichen Qualifikation auf allgemeine Qualifikationsmerkmale, wie Mobilität, Fungibilität — d. h. Substitutionsmöglichkeit, Lernfähigkeit im Sinne von Umstellungsfähigkeit usw.“ (Birkhölzer, a.a.O., S. 9f) Die Ausbildung der erforderlichen Qualifikationsstrukturen müssen dem Produktionsprozeß vorlaufend entwickelt werden, um zum richtigen Zeitpunkt einsetzbar zu sein.

Geschähe dies im Produktionsbereich, so wären die Kosten vom Profit abzuzweigen beziehungsweise vorzuschleifen. Nun hat der Kapitalist zwar ein Interesse an hochqualifizierten Arbeitskräften, nicht aber daran, die erforderliche Ausbildung zu finanzieren. Daher fällt die Ausbildung den öffentlichen Bildungseinrichtungen zu, wobei die Kosten gesellschaftlich beziehungsweise vom einzelnen Arbeiter aufzubringen sind.

## Normatives Verhalten

„In Zukunft werden aber die Kenntnisse im ingenieurmäßigen Rechnen stärker in den Hintergrund treten, da sie zu schnell veralten und eine flexible Einsatzfähigkeit nicht garantieren. Statt dessen ist damit zu rechnen, daß die Ausbildung bestimmter Verhaltensweisen zunehmende Bedeutung erhalten wird, vor allem dann, wenn es gelingt, die Bereitschaft zur Anpassung, Unterordnung, beliebige Einsetzbarkeit und Verzicht auf eigene Gestaltungsinteressen anzuerziehen.“ (TUB Nr. 4, Juni 71) Allerdings: „Aus Furcht vor Menschen, die auf Grund einer „zu reichen“ Entfaltung ihrer Fähigkeiten die disziplinierte Unterwerfung unter die vorgeschriebene Aufgabe ablehnen könnten, zieht man es vor, über verstümmelte Menschen zu verfügen: man wünscht sie kompetent, aber borniert; aktiv aber fügsam; intelligent in ihrem begrenzten Funktionsbereich, aber dumm für alles andere. Kurz, man wünscht sie sich als Spezialisten, die unfähig sind, (...) ihre beschränkte Tätigkeit im Rahmen des Gesamtprozesses der gesellschaftlichen Praxis zu begreifen.“ (A. Gorz, Der schwierige Sozialismus S. 56; EVA Ffm 1969)

Erreicht wird diese Verstümmelung durch das Lern- und Lehrsystem in den

Ingenieurschulen, das mehr zum Lernen zwingt und weniger persönliche Freiheit läßt (nach H. J. Förster, Die Studienreform aus der Sicht der Industrie, in: Beiträge zur Reform des Studiums an der Technischen Hochschule, Heft 7, Dez. 1966, S. 125):

● Pflichtveranstaltungen im Lehrplan, obligatorische Hausarbeiten, durch rasches Vorlesungstempo bedingte Vor- und Nacharbeit und Prüfungsvorbereitungen bedeuten für den Einzelnen unvorstellbaren Zeitmangel, der sowohl außerfachliche als auch fachliche Sonderinteressen ausschließt.

In einer Befragung durch das Institut für Empirische Sozialforschung in Köln (WEMA) sagten mehr als die Hälfte der Studenten aus, daß sie neben ihrem Studium kaum Zeit für andere Dinge haben. Dieser Zeitdruck führt dazu, daß sich Ingenieur-Studenten kaum mit Politik beschäftigen. 76% stimmten der Frage zu, daß das Ingenieur-Studium viel zuwenig Zeit läßt, um sich um Politik zu kümmern.

● Neben den objektiv zu erfassenden Zeitmangel tritt ein ungeheurer Leistungsdruck, dem sich der Einzelne nicht entziehen kann.

● Das „Studium“ selbst besteht aus einem Konglomerat verschiedenster, relativ beziehungslos nebeneinanderlaufender, jeweils am Einzelfach orientierter Ausbildungsvorgänge.

Inhaltlich gesehen geht es fast ausschließlich um das Erlernen von Fakten, Formeln und die Fähigkeit sich kurzfristig Präsenzwissen anzueignen. Die Folge ist die Unmöglichkeit, „über das Fachwissen hinaus zu verstehendem Studieren zu gelangen; die Unfähigkeit, sich selbst neue Wissensgehalte anzueignen; völliges Fehlen von Kritikfähigkeit gegenüber dem eigenen Fach, Selbständigkeit im Denken und Entscheiden und der Fähigkeit, Rezepte selbst zu machen (Formeln, Lösungsmuster für technische Probleme).“ (K. H. Roth, Eckard Konzow, Unwissen als Ohnmacht, Voltaire Handbuch 10/11, S. 225) Folge ist also die Unfähigkeit, einen Zusammenhang zwischen dem Wissen und dessen späterer Verwertung im Produktionsprozeß zu sehen.

Daß der Student seine Fähigkeiten nach dem Studium verkaufen muß, ohne darüber bestimmen zu können, zu welchem Zweck sein Wissen eingesetzt wird, darf ihm nicht zum Bewußtsein kommen. Der

größte Teil der Studenten ist deshalb auch nicht in der Lage, einen Zusammenhang zwischen ihrer Tätigkeit und deren gesellschaftlichen Bedingungen zu sehen. Fast die Hälfte glaubt, daß politische Sachkenntnis für Ingenieure unwichtig ist (WEMA).

● „Diese Form der Ausbildung erzieht den einzelnen zu Verhaltensweisen, wie sie von ihm im Betrieb erwartet werden. Nach den Erfahrungen der autoritären, repressiven Berufspraxis im Vorfeld, wo der einzelne unter hierarchischen Verhältnissen leidet und gezwungen ist, daraus resultierende Aggressionen zu verdrängen, folgt ein „Studium“, in welchem junge Erwachsene ebenfalls nur Leistungs- und Gehorsampflichten haben, aber keinerlei Rechte und Möglichkeiten zur Gestaltung ihres eigenen Entwicklungsgangs. Produkt dieser Mühle: ein kritikloser, angepaßter, kontaktarmer „Unteroffizier der Produktion“ (Marx) der sehr gut die Fähigkeit beherrscht, sich kurzfristig einzuarbeiten und das zu tun, was ihm von den „Oberoffizieren der Produktion“ befohlen wird.“ (K. Roth, Konzow: Unwissen . . . S. 225)

Auch die Mitbestimmung in den „Kollektorganen der Fachhochschule“ die den Studenten im neuen Fachhochschulgesetz gewährt wird, erweist sich bei genauem Hinsehen als Mittel zur Anpassung und Integration in eine scheindemokratische Ordnung. Wozu diese „sachgerechte Beteiligung aller Hochschulgruppen“ dient, wird klar ausgesprochen, nämlich „der rationalen Lösung von Konflikten“ (Hessen 80: Gesamthochschule — Universität der Zukunft S. 16)

Die „sachgerechte“ Beteiligung sieht so aus, daß die Studenten in allen Gremien in der hoffnungslosen Minderheit sind und nicht die geringe Chance haben, ihre Forderungen durchzusetzen. Statt ihre Forderungen selbst zu artikulieren und solidarisch durchzusetzen, sollen die Studenten sie an „Funktionäre“ delegieren, die dann in den Gremien in hoffnungsloser Minderheit und ohne Kontakt zu den Studenten „mitbestimmen“ dürfen.

Über Fachhochschulgesetze, Hochschulgesetze und der Gründung von Fachoberschulen wird nun versucht, die Ausbildung an die neuen Erfordernisse anzupassen. „Es kommt darauf an, Arbeitsformen zu entwickeln, die den gestiegenen Anforderungen an das anwendungsbezogene Studium gerecht werden“ (Hessen 80 S. 14)

WISSENSCHAFT — AUSBILDUNG — KAPITAL

Die Ingenieurschulen alten Typs haben den „gestiegenen Anforderungen“ der Industrie nicht mehr entsprochen. Mit Gründung der Fachhochschule versucht man, diesen neuen Qualifikationsanforderungen gerecht zu werden, ohne das „bewährte“ an der bisherigen Ausbildung, nämlich angepaßte Studenten auszubilden, aufzugeben.

Die Studiengänge wurden von antiquiertem nutzlosen Ballast und einer Überfülle von Fakten teilweise entrümpelt, zugunsten eines gestrafften, an den Bedürfnissen der kapitalistischen Produktion orientierten Studiums.

Verhindert wird weiterhin eine kritische Überprüfung und Gestaltung des Studiums. Der Student soll auch weiterhin nicht in der Lage sein, die gesellschaftlichen Ursachen und Folgen der Anwendung seines Wissens in der späteren Berufspraxis zu erkennen.

Daß das Studium „praxisnah“, d. h. den Bedürfnissen der Industrie entspricht, dafür sorgt auch die Ausbildung der Dozenten. Sie müssen bei der Aufnahme ihre Tätigkeit eine 5–10jährige Praxis in der Industrie nachweisen, dafür wird auf den pädagogischen Nachweis großzügig verzichtet. Dazu kommt eine größere Anzahl von Industrieangehörigen, die nebenamtliche Dozentenfunktionen an Ingenieurschulen wahrnehmen. Zur Weiterbildung der Dozenten werden Sommerkurse in der Industrie forciert, um die Dozenten „auf den neuesten Stand zu bringen“. Für den Unterricht stellt die Industrie Unterlagen (z. B. Konstruktionsunterlagen) zur Verfügung. Durch Auftragsarbeiten an den Schulen und „Nebentätigkeiten“ der Dozenten ergeben sich weitere Kontakte.

Diese Kontakte werden vom Kultusministerium noch stark unterstützt: „Im Interesse einer Intensivierung der Anwendungs- und praxisbezogenen Ausbildung der Studenten halte ich eine enge Kooperation mit Betrieben der Wirtschaft für erforderlich“ (der Hess. Kultusminister, s. Kasten)

Bei der Neuordnung der Ingenieurausbildung durch das Fachhochschulgesetz spielt die Neuordnung der Vorbildung eine wichtige Rolle.

Lehre und Praktikum waren nicht mehr in der Lage, die Bewerber für die Fachhochschule in ausreichendem Maße zu qualifizieren. Um das Ausbildungsniveau an den Fachhochschulen zu erhöhen, ohne die Studiendauer zu verlängern, mußte die Vorbildung verbessert werden.

Um den technischen Nachwuchs besser, schneller und qualifizierter zu gewinnen, wurde deshalb ein neuer Typ weiterführender Schulen geschaffen: **Fachoberschulen**.

Diese Neugründung entsprach mehreren Zielen der Wirtschaft:

- „Sicherung des höher qualifizierten Nachwuchses.
- Einheitlichkeit, d. h. Gleichwertigkeit der Ausbildung in den verschiedenen Ländern wird gewahrt; außerdem haben die verschiedenen Zweige der Fachoberschulen den gleichen Abschluß.
- Die Fachoberschulen sind „durchlässig“ (d. h. Umwege werden vermieden); es können auch Leute aus der betrieblichen Praxis – bei Eignung – über die Fachoberschulen zum Ingenieur kommen.
- Die Fachoberschulen bieten eine sowohl mathematisch-naturwissenschaftliche wie praktische Ausbildung. „Gleichwertigkeit“ und „Durchlässigkeit“ sind für die Arbeitgeberverbände (s. Stellungnahme zur FOS Febr. 1969) das Prinzip der Neuordnung: „Um Gleichwertigkeit und Durchlässigkeit zu verwirklichen, bedarf es nur geringfügiger Korrekturen an den bisherigen Hauptzugangswegen zum Ingenieurstudium, dem Weg über die Realschule und die betriebliche Lehre, sowie dem Weg über die Hauptschule, die betriebliche Lehre und die Berufsaufbauschule . . . das Modell ist darauf abgestellt, daß alle Bewerber für ein Studium an der künftigen Fachhochschule, gleichgültig auf welchem Wege sie ihre Vorbildung erwerben wollen, im letzten Vollzeitjahr der Fachoberschulen zusammengeführt werden können.“

Die beiden Prinzipien „Gleichwertigkeit und Durchlässigkeit“, die für alle Reformen die Essentials der Wirtschaft sind, lassen sich vom Produktionsprozeß her interpretieren:

**Gleichwertigkeit:** ist erforderlich wegen der akzelerierenden Mobilität der Arbeitsplatzstruktur, d. h. um bei Stilllegung von Betriebszweigen, bei Umstrukturierungen von Betrieben möglichst rasch und ohne große Investitionsverluste Arbeitskräfte verschicken zu können. Sie können dann sehr schnell ohne zeitverschwendendes Nachlernen, ohne Reibungsverluste, ohne Störung des Produktionsprozesses in denselben ein-

– Auf S. III, Spalte 1, Absatz 2, Zeile 1 **muß es heißen:**  
„Die ökonomische Grundlage der . . . **statt:** Grundordnung

– Auf S. VII, Spalte 3, Absatz 3, Zeile 9 **muß es heißen:**  
„können, **wie** die moralischen Tugenden . . .“  
**statt:** weil die moralischen Tugenden

– Auf S. VIII, Spalte 2, Absatz 1, Zeile 9 **muß es heißen:**  
„Unbestimmtes, **Fruchtbares**, Unbeherrschbares . . .“  
**statt:** Furchtbares

– Auf S. X, Spalte 3, Absatz 3, Zeile 3f **muß es heißen:**  
„private Kapitalverwertungsprozeß **gestützt – die Kosten werden** sozialisiert . . .“  
**statt:** private Kapitalverwendungszusammenhang dieser Forschung. den..

– Auf S. XII, Spalte 1, Absatz 1, Zeile 10f **muß es heißen:**  
„in der Bundesrepublik **Forschung** zwar Nutzen für . . .“  
**statt:** in der Bundesrepublik zwar Nutzen

gegliedert werden. Gleichwertige Ausbildungsgänge schließen föderalistische Unsicherheiten und Unstimmigkeiten aus, machen die Produktivkräfte planbarer, steuerbarer und einsetzbarer.

**Durchlässigkeit:** In der Stellungnahme der Wirtschaft ist die Rede von Chancengleichheit im Bildungswesen, von der „Qualität der deutschen Ingenieurausbildung“, von „Interesse der Studierenden“. Es wird die Gefahr besprochen, daß „der Mehrheit begabter, bildungswilliger Jugendlicher der Zugang zur Ingenieurausbildung über die betriebliche Lehre versperrt wird, zumindest aber erschwert wird.“ Hier entpuppt sich die „Demokratisierung des Bildungswesens“ als das ureigenste Interesse der Wirtschaft. Chancengleichheit, Durchlässigkeit heißt: Ausschöpfung der Reserven, Erhöhung der Abschlüsse, Vermehrung der Ingenieure; Männer aus der Praxis können ihre Erfahrungen theoretisch erhöhen und vertiefen. Es geht nicht mehr um die Erhaltung von Ständen oder abgeschlossener sozialer Bildungsgruppen, sondern nurmehr um die Sicherung der technischen Intelligenz, die den Apparat am Laufen hält. (Materialien zur politischen Ökonomie des Ausbildungssektors; herausgegeben von Elmar Altvater und Freerk Huisken, Erlangen 1971).

# Wissenschaft - Ausbildung - Kapital

## Notizen zur technokratischen Regulierung von Studium und Wissenschaft

**„Was wir in der Wirtschaft machen, nämlich die Dinge uniform zu gestalten nach dem personellen Ablauf wie nach dem Sachablauf, das sollte man auch in den übrigen Lebensbereichen, also auch im Wissenschafts- und Bildungsreich machen“ (1).**

### Vorbemerkung

Das allgemeine Gezeter über den von Zersetzung und Zerstörung bedrohten Bestand der „freiheitlich-demokratischen Grundordnung“ (2) ist so vielstimmig, wie die herrschenden Klasse in Fraktionen zwischen CSU und SPD sich teilt:

Während sich 1970 all diejenigen im „Bund Freiheit der Wissenschaft“ zusammgefunden haben, „die sich des untrennbaren Zusammenhangs von Freiheit der Wissenschaft und freiheitlicher Demokratie bewußt sind“ (3), und die zu berichten wissen, daß „der Ruf nach Reformen (...) nicht mehr einer Modernisierung und Steigerung der Leistungsfähigkeit der Institute (dient), sondern ihrer Lähmung und Vernichtung“, eine Gefahr, vor der heute die Hochschulen in der Bundesrepublik (stehen)“ und „vor der morgen der Staat stehen könnte“ (4), während der Bundesverband der Deutschen Industrie über die „zunehmende Unsicherheit der Wertmaßstäbe“ mäkelte und zu dem Schluß kommt, daß „die gegenwärtigen Zustände und Entwicklungstendenzen an den Hochschulen der Bundesrepublik Deutschland und West-Berlins die deutsche Industrie mit ernstester Sorge (erfüllen)“ (5), sieht das „Handelsblatt“ weniger rot: Unter der

Überschrift: „Noch keine Indoktrination an den Universitäten“ heißt es dort: „Die Schätzung vom Bund Freiheit der Wissenschaft, an bestimmten Universitäten seien in den Geistes- und sozialwissenschaftlichen Fächern schon die Hälfte der Studenten Marxisten, (ist) stark übertrieben“, um dann allerdings einzuräumen, daß an diesen Fakultäten „eine stärkere Anfälligkeit (!) erwiesenermaßen gegeben“ ist (6).

Wie auch immer — Tenor all dieser und ähnlicher Schwanengesänge ist die Warnung vor dem Verfall der „Freiheit der Wissenschaft“, sozusagen als Anfang vom Ende des Abendlandes: „Wir wissen es, wir vermuten es nicht nur, daß diese zerstörerische Gruppe gar keine gesunden Hochschulen will, sondern daß sie kranke Hochschulen wollen, um von dort aus die Revolution ins Volk zu tragen“ (7).

### Fetisch Autonomie . . .

Im folgenden nun soll in der gebotenen Kürze dargestellt werden, daß eine „Autonomie von Forschung und Lehre“ nicht besteht und auch nie bestanden hat:

**Wissenschaft ist historisch entstanden in der praktischen Auseinandersetzung des Menschen mit seinen natürlichen und gesellschaftlichen Umständen, hat immer schon im Zusammenhang mit dem Arbeitsprozeß gestanden, mit dem sie sich auch entwickelt hat (8).**

Von daher ist die Behauptung einer „freien Wissenschaft“ ein ideologisches Konstrukt der Vertreter der herrschenden Klasse und ihrer akademischen Apologeten, die seit jeher es mehr oder minder verstanden haben, die Beziehung von Wissenschaftsanwen-

dung und -entwicklung und den jeweiligen gesellschaftlichen Verhältnissen zu verdunkeln. Zwar bestritten sie nie, daß Wissenschaft bestimmte praktische Zwecke erfüllt, daß also eine Wissenschaft um der Wissenschaft willen nicht existiert. Gleichzeitig weisen sie es jedoch von sich, daß diese Zwecke bestimmt wurden und werden von den Interessen der herrschenden Klassen, sich also orientieren an der Perpetuierung und Perfektionierung der Macht über die unterdrückten Klassen.

Diese Verschleierung der Herrschaftsfunktion von Wissenschaft wurde in den einzelnen geschichtlichen Epochen mit unterschiedlichen Mitteln betrieben, entweder mit gewaltsamer Behinderung der Wissenschaftler an ihrer Arbeit, sobald diese emanzipatorische Ansätze aufwies (Feudalismus) oder, wie heute, in Form der Ideologie einer „unparteiischen“, „dem Fortschritt“ dienenden Forschung. Mit solchen und ähnlichen Begriffen — „der Fortschritt“ für „unsere Gesellschaft“, „die Allgemeinheit“ usw. — sollen der reale Klassencharakter und die hieraus resultierenden unvereinbaren -gesetze wegdefiniert werden, um derart gerechtfertigt auch die Wissenschaft zu neutralisieren:

„Die Forschung darf weder von ideologisierten Gruppen noch von Einzelinteressen noch von der Tagespolitik in Pflicht genommen werden; die Forschung soll sich aber verstehen als Dienst an der Gesellschaft“ (9).

Der stereotyp sich anschließende Ruf nach der „Freiheit der Wissenschaft“ ist ein unfreiwilliger Widerspruch zu dem Anspruch von Praxisbezug, ein Widerspruch, der darin begründet liegt, daß die auch von diesen Wissenschaftlern angestrebte Praxis ihrerseits nicht wertfrei oder von den jeweiligen gesellschaftlichen Bedingungen

(1) RUST, J., als Vorsitzender des Arbeitskreis Universität Kassel“ in einem Interview mit den „Marburger Blättern“, abgedruckt in der „darmstädter studentenzeitung“ (Mai/Juni 1971, S. 25)

(2) Artikel 18 GG

(3) „BUND FREIHEIT DER WISSENSCHAFT“, Gründungsauftrag, abgedruckt in der „darmstädter studentenzeitung“ Dez. 1970, S. 25

(4) ebenda

(5) „BUNDESVERBAND DER DEUTSCHEN INDUSTRIE“, Memorandum „Zur Lage von Forschung, Lehre und Studium an den Hochschulen der Bundesrepublik 1971“, Köln, 1971, S. 7

(6) BOHLUS, E., „Noch keine Indoktrination an den Universitäten“ — in: „Handelsblatt“, 25. 1. 1972, S. 16

(7) KIESINGER, K. G., Rede vor dem CDU-Frauentag, Bad Godesberg 1969

(8) Die in dem vorliegenden Beitrag nur skizzierte Beziehung von Arbeitsprozeß und Wissenschaft in der Geschichte — genauer: in einigen Phasen der Geschichte — wird in einer der nächsten Ausgaben der Zeitschrift „Kritik und Kampf“ (hrsgb. von der MLH - Darmstadt) ausführlicher behandelt. Es wird dort u. a. zu zeigen sein, daß es sich bei der Verschränkung von Wissenschaftsentwicklung und Veränderung des Arbeitsprozesses bis hin zum Kapitalismus

nicht etwa um eine mechanistische Verbindung handelt, derart, daß Wissenschaft sich immer im unmittelbaren Zusammenhang mit dem Prozeß der materiellen Produktion entwickelt hätte: Der Arbeitsprozeß ist mehr als die materielle Produktion, als die Produktion des gesellschaftlichen Reichtums; er umfaßt den gesamten Bereich menschlicher Praxis als Auseinandersetzung mit der Natur und anderen Menschen, und eben dieser Gesamtprozeß menschlicher Praxis ist konstitutiv für die Entwicklung von Wissenschaft.

(9) „BUND FREIHEIT DER WISSENSCHAFT“, a.a.O., X.

losgelöst ist, nicht im Dienst „der Gesellschaft“ steht, sondern einer ganz bestimmten Gesellschaft, ganz bestimmter gesellschaftlicher Produktionsverhältnisse, hier der kapitalistischen, und zu deren Fortbestand und Entwicklung vollzogen wird. An diesem Punkt, d. h. im Hinblick auf diesen Tatbestand aber müssen die Positivisten spätestens abspringen und ihre Ideologie von der Ideologielosigkeit vorschieben: indem sie die Realisierung von Zwecken betreiben, die zu hinterfragen, oder auf die Einfluß zu nehmen nicht in ihre „fachwissenschaftliche Kompetenz“ gehöre, entziehen sie sich einer Untersuchung eben dieses konkreten Praxiszusammenhangs, um die Verbindung der als „wertneutral“ apostrophierten Wissenschaft mit den Zwängen der Verwertung des Kapitals nicht offenlegen zu müssen, und damit den Klassencharakter bürgerlicher Wissenschaft.

**Diese Parteilichkeit, die nicht verwundet, aber bestritten wird, und die zunehmende Ausrichtung von Bildung und Wissenschaft auf die Bedürfnisse der privaten Industrie sollen in dem vorliegenden Artikel an den bestehenden Formen und Inhalten von Forschung und Lehre sowie den neuesten Vorstellungen und Plänen zu ihrer Umgestaltung nachgewiesen werden.**

### ... und „freie“ Wissenschaft

Eines sei hier noch angemerkt: Im Verlauf der antiautoritären Studentenrevolte wurde mit der Kritik an dem bestehenden Wissenschaftsbetrieb der Anspruch vertreten, eine „kritische Wissenschaft“ einrichten zu wollen, deren — wie es hieß — emanzipatorischer Gehalt sich nur außerhalb des Standpunktes der herrschenden Klasse begründen und entfalten könne, ein Konzept, das dann in die Parole mündete: „Es wird antikapitalistische Hochschulen geben oder keine!“ In dieser Hinsicht jedenfalls stellten bestimmte Forderungen der antiautoritären Studenten objektiv das ideologische Gegenstück dar zum Konzept der technokratischen

Regulierung des Ausbildungsbereichs, die gerade zu bekämpfen ihre erklärte Absicht war:

**Denn ebenso wie die Technokratie, die doch die der kapitalistischen Gesellschaft eigenen Klassenwidersprüche nicht als solche bestimmt, sondern als durch Reformen und rationale Planung behebbare „Reibungsverluste“ und „Verfahrensmängel“, ebenso wie diese technokratische Ideologie eliminierten auch die Theorie der Studentenrevolte den antagonistischen Widerspruch zwischen Kapital und Lohnarbeit und damit den Kampf zwischen deren sozialen Trägern — Bourgeoisie und Arbeiterklasse —, indem als Zentrum des Kampfes und der Veränderung die Hochschulen beschworen wurden, die Studenten sich selbst als revolutionäre Ersatzklasse aufspielten und geschichtsblind von einer „herrschaftsfreien Kommunikation“ schwärmten, die es einzurichten gelte.**

Wenn nun in dem folgenden Beitrag der Zusammenhang zwischen den Verwertungszwängen und -schwierigkeiten des Kapitals und Ausbildung und Wissenschaft beschrieben werden soll, so mit der Absicht zu demonstrieren, daß eine Kritik an den technokratischen Maßnahmen des Kapitals und seines Staates der Illusion von einer in isolierten, „kritischen Freiräumen“ betriebenen Wissenschaft sich zu entledigen hat, und sich richten muß gegen die kapitalistische Ausbeutungsordnung selbst, die den repressiven Charakter von Forschung und Lehre begründet und folglich mit einer wie auch immer konstruierten Organisation von Wissenschaft nicht abzuschaffen ist. Es wäre freilich eine andere Illusion, wollte man von der Möglichkeit einer vollständigen Technokratisierung durch den Staat ausgehen. Diese unmaterialistische Perspektive sieht davon ab, daß die Widersprüche der kapitalistischen Produktionsweise sich zwangsläufig widerspiegeln im Bereich der Ausbildung und Forschung und im Prozeß seiner technokratischen Formierung, die damit an immanente Grenzen stößt und die transzendierenden Widersprüche verschärft —

**„freie“ Wissenschaft kann nur zielen auf eine Wissenschaft, die befreit worden ist von den Verwertungszwängen des Kapitals, was eine Aufhebung dieser gesellschaftlichen Beziehung voraussetzt.**

### Verwendungs- und Entstehungszusammenhang von Wissenschaft

Zunächst soll abgeleitet werden, welche gesellschaftliche Funktion Wissenschaft unter kapitalistischen Bedingungen hat, was also die spezifisch kapitalistische Verwendung von Wissenschaft ausmacht. Eine solche Bestimmung hat auszugehen von der historischen Entwicklung von Wissenschaft als Ausdruck der historischen Entwicklung der verschiedenen ökonomischen Gesellschaftsformationen bis zum Kapitalismus. Denn will man nicht der bürgerlichen „Eigendynamik“-These aufsitzen, oder dem Glauben an einen „naturwüchsigen Fortschritt“, und „die Geschichte der Wissenschaft so . . . schreiben, als wäre sie vom Himmel gefallen“ (10), dann muß eine Analyse der Funktion von Wissenschaft unter bestimmten gesellschaftlichen Verhältnissen diejenigen politischen und ökonomischen Umstände beschreiben, die das Wesen der entsprechenden Epoche ausmachen:

**Nur der spezifisch-historische Verwendungszusammenhang von Forschung und Lehre läßt auf deren Entstehung- und Begründungszusammenhang schließen. Und: die Entwicklung der Wissenschaften und ihrer sozialen Bedeutung wird erst verständlich aus einer Betrachtung des Entwicklungsprozesses der verschiedenen Produktionsweisen selbst, die Praxis und Richtung der Wissenschaft bestimmen.**

Da nun die verschiedenen ökonomischen Epochen nicht unterscheidet, „was gemacht wird, sondern wie, mit welchem Arbeitsmittel gemacht wird“ (11), stellt sich hier die Frage, was den kapitalistischen Produktionsprozeß, und damit die kapitalistisch vereinnahmte Wissenschaft charakterisiert oder umgekehrt, wodurch die kapitalistische

(10) ENGELS, F., Brief an W. Borgius vom 25. 1. 1894 — in: Marx/Engels Werke, Bd. 39, S. 205 (im folgenden zitiert als MEW)

(11) MARX, K., „Das Kapital — 1. Bd.“, S. 194/195

(12) Autorenkollektiv, „Ideologie und Naturwissenschaft“ Berlin (DDR), 1969, S. 9

(13) MARX, K., „Zur Kritik der Hegelschen Rechtsphilosophie, Einleitung“ — in: MEW, Bd. 1, S. 379

(14) ENGELS, F., „Zur Dialektik der Na-

Produktionsweise von der vorkapitalistischen sich unterscheidet und was dies für die Stellung von Forschung und Lehre besagt. Diese Fragen sollen kurz — und beschränkt auf die feudalistische und die kapitalistische Produktionsweise — behandelt werden:

## Ideologie und Naturwissenschaft

Die ökonomische Grundordnung der *Feudalordnung* war der Grundbesitz, gehalten vom weltlichen und kirchlichen Adel. Die Bauern waren gezwungen für den jeweiligen Feudalherrn zu arbeiten, der seinen Leibeigenen Land-, das heißt Produktionsmittel zuteilte, zu seiner und zu deren eigener Reproduktion. Der feudale Arbeitsprozeß unterscheidet sich also vom späteren kapitalistischen System der Lohnarbeit dadurch, da jene auf persönliche Abhängigkeit beruhte, auf einem außerökonomischen Zwang. Die Aufrechterhaltung dieses Gewaltverhältnisses — erforderlich, um Leute, die Produktionsmittel besitzen, zur Arbeit für andere treiben zu können — wurde garantiert durch den hierarchischen Aufbau des politischen Systems mit dem Bauern am unteren Ende der Pyramide und dem König und dem Papst als „Gottes Stellvertreter“ an der Spitze. Ein wichtiges Mittel, die Untertanen weiterhin als solche zu erhalten, stellte zu dieser Zeit die Religion dar, deren Aufgabe es war, das „Oben“ und das „Unten“ als naturgegeben und gottgewollt zu mystifizieren. Die Auseinandersetzungen zwischen Kirche und Wissenschaft im Feudalismus haben hier ihre materielle Basis: gerade die aus dieser Zeit datierenden naturwissenschaftlichen Erkenntnisse brachten das „idealistisch-klerikal strukturierte Welt- und Sozialbild“ (12) zum Wanken — „die Forderung, die Illusion über seinen Zustand aufzugeben, ist die Forderung, einen Zustand aufzugeben der der Illusion bedarf. Die Kritik der Religion ist also im

Keim die Kritik des Jammertals, dessen Heiligenschein die Religion ist. . . Die Kritik des Himmels verwandelte sich damit in die Kritik der Erde, die Kritik der Religion in die Kritik des Rechts, die Kritik der Theologie in die Kritik der Politik (13).

Engels schrieb hierzu:

**„Der revolutionäre Akt, wodurch die Naturforschung ihre Unabhängigkeit erklärte und die Bullenverbrennung Luthers gleichsam wiederholt, war die Herausgabe des unsterblichen Werks, womit Kopernikus, schüchtern zwar und sozusagen erst auf dem Totenbett, der kirchlichen Autorität in natürlichen Dingen den Fedehandschuh hinwarf. Von da an datiert die Emanzipation der Naturforschung von der Theologie, wenn auch die Auseinandersetzung der einzelnen gegenseitigen Ansprüche sich bis in unsere Tage hineinschleppt und sich in manchen Köpfen noch lange nicht vollzogen hat. Aber von da an ging auch die Entwicklung der Wissenschaften mit riesen Schritten vor sich. . .“** (14).

War bei der Übergangsphase vom Feudalismus zum Kapitalismus die Manufaktur, wie der Begriff bereits sagt, gekennzeichnet durch eine ausgeprägte Arbeitsteilung unter Beibehaltung der Handarbeit, so tritt mit dem Einsatz von Maschinen die „Verdrängung des Teils der menschlichen Arbeit“ ein, „der nicht bloß Kraftanwendung war . . . , sondern die Bearbeitung, die direkte Wirkung auf den zu bearbeitenden Stoff be trifft“ (15).

Mit dem Einsatz von Maschinen erhält, kurz gesagt, **„das Arbeitsmittel eine Existenzweise, welche Ersetzung der Menschenkraft durch Naturkräfte und erfahrungsmäßiger Routine durch bewußte Anwendung der Naturwissenschaften bedingt. . . Die Maschinerie . . . funktioniert nur in der Hand unmittelbar vergesellschafteter oder gemeinsamer Arbeit. Der kooperative Charakter des Arbeitsprozesses**

**wird jetzt also durch die Natur des Arbeitsmittels selbst diktierte technische Notwendigkeit“** (16).

Beide Bedingungen — naturwissenschaftliche Erkenntnisse und freie Arbeitskräfte, wie sie zur Aufrechterhaltung dieses industriellen Arbeitsprozesses erforderlich sind — waren mit der Ablösung des Feudalismus erfüllt: Kenntnisse über die Kräfte der Natur waren bereits in der Zeit des Verlags- und Manufaktur-systems entwickelt worden, wie auch mit der „ursprünglichen Akkumulation“ des Kapitals als der Trennung der Produzenten von ihren Produktionsmitteln „große Menschenmassen plötzlich und gewaltsam von ihren Subsistenzmitteln losgerissen und als vogelfreie Proletarier auf den Arbeitsmarkt geschleudert“ wurden (17) — industrielle Revolution und bürgerliche Revolution sind Ausdruck ein und desselben geschichtlichen Vorganges.

## Industrielle Revolution und kapitalistische Wissenschaftsentwicklung

Was nun kennzeichnet den kapitalistischen Arbeitsprozeß und welche qualitativen und quantitativen Änderungen in der Verwendung von Wissenschaft gegenüber dem vorkapitalistischen Arbeitsprozeß ergeben sich hieraus?

**Die kapitalistische Produktionsweise „beruht darauf, daß die sachlichen Produktionsbedingungen Nichtarbeitern zugeteilt sind unter der Form von Kapitaleigentum und Grundeigentum, während die Masse nur Eigentümer der persönlichen Produktionsbedingung, der Arbeitskraft, ist“** (18).

Diese Masse ist folglich gezwungen, ihren Lebensunterhalt dadurch zu verdienen, daß sie ihre Arbeitskraft im Austausch gegen Geld als Anrechtschein auf Lebensmittel verkauft, wie etwas, das man selber nicht gebrauchen kann: ohne eigene Produktions-

tur, Einleitung“ — in: MEW, Bd. 20, S. 313

(15) MARX, K., Brief an F. Engels vom 28. 1. 1863 — in: MEW, Bd. 30, S. 320

(16) MARX, K., „Das Kapital — 1. Bd.“, S. 407

(17) ebenda, S. 744

(18) MARX, K., „Randglossen zum Pro-

gramm der deutschen Arbeiterpartei“ — in: MEW, Bd. 19, S. 22

mittel hat die Arbeitskraft für den Arbeiter keinen unmittelbaren Nutzen — er besitzt sie zwar, kann sie aber nicht verwenden, ihr Gebrauchswert „existiert . . . also nicht wirklich, sondern nur der Möglichkeit nach, als seine Fähigkeit. Wirklichkeit wird er erst, sobald er vom Kapital . . . in Bewegung gesetzt wird, da Tätigkeit ohne Gegenstand nichts ist. . .“ (19)

**Kurz: Gebrauchswert hat die Arbeitskraft nur für den Kapitalisten als Eigentümer an den Produktionsmitteln, für einen anderen als den Arbeiter also, wodurch seine Arbeitskraft für ihn „die Form einer ihm gehörigen Ware, seine Arbeit daher die Form der Lohnarbeit erhält“ (20).**

Im Unterschied zum Feudalismus ist der Arbeiter juristisch unabhängig, allein sein Interesse zu überleben veranlaßt ihn, sich an die Kapitalisten zu verdingen — es gibt keine Macht außer ihm, die ihn zur Arbeit zwingen könnte. Er ist damit „frei“ im doppelten Sinn — frei von einem bestimmten Herrn, und frei von dem Eigentum an Produktionsmitteln; es ist die „Freiheit“, zwischen den Ausbeutern wählen zu dürfen — und auch das nur in bescheidenem Umfang.

Ausbeuter deshalb, weil die Unternehmer sich mit der Arbeitskraft des Arbeiters eine Ware aneignen, die durch ihren Verbrauch — das heißt hier: in der Arbeitsleistung — im Gegensatz zu allen anderen konsumierten Waren Wert schafft, und zwar mehr Wert als sie selbst besitzt, als nämlich zu ihrer Erzeugung — das heißt im Fall der Ware Arbeitskraft: zu ihrer Erhaltung, zu ihrer Reproduktion — vom Kapitalisten in Form des Lohn aufgebracht werden muß. Mehr noch: „Wenn der Kapitalist einen Teil seines Kapitals in Arbeitskraft umsetzt (den anderen Teil hat er in Maschinen etc. angelegt — d. Verf.), verwertet er damit sein Gesamtkapital. Er schlägt zwei Fliegen mit einer Klappe. Er profitiert nicht nur von dem, was er vom Arbeiter empfängt (die

Arbeitsprodukte — d. Verf.), sondern auch von dem, was er ihm gibt (den Lohn; d. Verf.). Das im Austausch gegen Arbeitskraft veräußerte Kapital wird in Lebensmittel verwandelt, deren Konsumtion dazu dient, Muskeln, Nerven, Knochen, Hirn vorhandener Arbeiter zu reproduzieren und neue Arbeiter zu zeugen. . . . Es ist die Zwickmühle des Prozesses selbst, die den einen stets als Verkäufer seiner Arbeitskraft auf den Arbeitsmarkt zurückschleudert und sein eigenes Produkt stets in das Kaufmittel des anderen (des Kapitalisten, d. Verf.) verwandelt“ (21).

**Der Gebrauchswert der Ware Arbeitskraft — das Arbeitsvermögen — als Gebrauchswert für den Kapitalisten besteht also nicht nur darin, Quelle von Wert zu sein, sondern Quelle von Mehrwert, und diesen Mehrwert mit Hilfe der Lohnarbeit zu hecken, ist das einzige Interesse der Kapitalistenklasse — „das einzelne Produkt (soll) möglichst viel unbezahlte Arbeit enthalte(n)“ (22).**

Das erreichen die Kapitalisten dadurch, daß sie mit dem Ankauf der Ware Arbeitskraft wie bei jeder anderen Ware auch deren „Nutzungsrechte“ erworben haben: sie können diese Arbeitskraft für eine bestimmte Zeit am Tag einsetzen — etwa für acht Stunden —, obwohl von den Arbeitern ein ihrem Lohn entsprechendes Äquivalent in einem Bruchteil dieser Zeit erstellt wird. Die restlichen Stunden am Tag arbeiten die Arbeiter folglich unentgeltlich für die Kapitalisten — „der Wert der Arbeitskraft und ihre Verwertung im Arbeitsprozeß sind . . . zwei verschiedene Größen. Diese Wertdifferenz (hat) der Kapitalist im Auge“ (22a).

Der Verwertungsprozeß des Kapitals ist also „nichts als ein über einen gewissen Punkt hinaus verlängerter Wertbildungsprozeß. Dauert der letzte nur bis zu dem Punkt, wo der vom Kapital bezahlte Wert der Arbeitskraft durch ein neues Äquivalent ersetzt ist, so ist er einfacher Wert-

bildungsprozeß“ (23) und damit für den Kapitalisten uninteressant, weil der Wert dieses Produkts nur dem Wert des vorgeschossenen Kapitals entspricht. „Dauert der Wertbildungsprozeß aber über diesen Punkt hinaus, so wird er (Verwertungsprozeß“) (24).

Der Kapitalist achtet beim Erwerb der Ware Arbeitskraft folglich vor allem auf ihren Tauschwert in Form des Lohns, den möglichst niedrig zu halten — und damit den Mehrwert als verwerteten Wert möglichst hoch — seine einzige „Beschäftigung“ ist.

Nicht anders verhält es sich mit allen übrigen Waren — in der Warenproduktion ist der „Gebrauchswert überhaupt nicht das Ding, das man um seiner selbst willen liebt. Gebrauchswerte werden hier überhaupt nur produziert, weil und sofern sie . . . Träger des Tauschwertes sind. Und (bei) unserem Kapitalisten handelt es sich um zweierlei. Erstens will er einen Gebrauchswert produzieren der einen Tauschwert hat, einen zum Verkauf bestimmten Artikel, eine Ware. Und zweitens will er eine Ware produzieren, deren Wert höher (ist) als die Wertsumme der zu ihrer Produktion erheischten Waren, der Produktionsmittel und der Arbeitskraft, für die er sein gutes Geld auf dem Arbeitsmarkt vorschob. Er will nicht nur einen Gebrauchswert produzieren, sondern eine Ware, nicht nur Gebrauchswert, sondern Wert, und nicht nur Wert, sondern Mehrwert.“ (25)

Kapitalistische Produktion — und kein bürgerlicher Ökonom wird dies bestreiten — ist Produktion als Selbstzweck, „Produktion im Gegensatz zu und unbekümmert um den Produzenten“, der bloßen Produktionsmittel ist (26). Oder mit anderen Worten:

**Der Arbeitsprozeß ist unter kapitalistischen Bedingungen nur Mittel für den Verwertungsprozeß — die herrschende Klasse kann auf Könige und Pfaffen ebenso leicht verzichten wie auf die Religion, ihr „Stellvertreter Gottes“ ist materialisiert in der Verwertung des Kapitals, die einziges Ziel aller An-**

(19) MARX, K., „Grundrisse der Kritik der Politischen Ökonomie“, Berlin (DDR), 1953, S. 178

(20) MARX, K., „Das Kapital — 1. Bd.“, S. 184, FN 41

(21) ebenda, S. 597 und S. 603

(22) MARX, K., „Resultate des unmittelbaren Produktionsprozesses“, Frankfurt/M., 1969, S. 63

(22a) MARX, K., „Das Kapital — 1. Bd.“, S. 208

(23) ebenda, S. 209

(24) ebenda

(25) ebenda, S. 201

(26) MARX, K., „Resultate . . .“, S. 63

strebungen in dieser Gesellschaft ist — „Akkumuliert, Akkumuliert! Das ist Moses und die Propheten“ (27) — sämtliche Verwendungszusammenhänge sind ausschließlich dem Verwertungsprozeß des Kapitals untergeordnet und aus diesen zu erklären, womit der Ausgangspunkt der Betrachtung — die Verwendung und damit die gesellschaftliche Funktion von Forschung und Lehre im Kapitalismus — wieder erreicht ist.

Sobald also Wissenschaft — wie mit der Entstehung der großen Industrie durch die bürgerliche Revolution geschehen — zum Bestandteil der materiellen Produktion wird, geht sie in die beschriebene „Zwickmühle“ von Verwendung und Verwertung ein, wodurch das sogenannte Gesamtinteresse der Gesellschaft an Wissenschaft und Ausbildung als nichts anderes sich aufklärt, als das „Interesse des gesamten Kapitals in der Gesellschaft, dessen Exekutoren die Konzerne und der Staat sind“ (27a). Es liegt daher im Interesse derjenigen, die tatsächlich vom wirtschaftlichen Wachstum profitieren — das heißt im Interesse der Privateigentümer an den Produktionsmitteln —, die Bedingungen und Ziele wissenschaftlicher Fragestellungen zu ihrem Nutzen zu bestimmen. Untersuchungen oder Ergebnisse, die den Zwecken privater Profitmaximierung zuwiderlaufen, werden nicht durchgeführt oder gelangen nicht zur Anwendung.

Wissenschaft, die zur Zerstörung von Mythos und Religion beigetragen hat, wird nun in den Dienst einer neuen, der kapitalistischen Irrationalität gestellt, als Vehikel für höheren Profit (größere Arbeitsproduktivität; Druck der Konkurrenz s. u.), aber auch, bzw. und damit zur Absicherung der kapitalistischen Ausbeutungsordnung. Zynisch aber folgerichtig wird Wissenschaft definiert als die „Wechselbeziehung zwischen der wissenschaftlichen Forschung und der Führung einer Mannschaft, eines Staates, eines Staatenverbandes, der Führung der Menschheit gar — immer der Führung zu gering-

stem Aufwand mit bestmöglichem Erfolg“ (27b).

### Voraussetzungen, Folgen und Grenzen von Fortschritt durch das Kapital

Zusammengefaßt heißt das: Mit der Entwicklung der Produktivkräfte durch die bürgerliche Revolution ist die wissenschaftlich-technische Entwicklung mit zum entscheidenden Kriterium des wirtschaftlichen Wachstums geworden und damit in das unmittelbare materielle Interesse der herrschenden Klasse gerückt; der Kapitalverwertungsprozeß ist auf technisch verwendbares Wissen angewiesen, Wissenschaft zur notwendigen Voraussetzung und zum elementaren Bestandteil der kapitalistischen Produktion geworden, wie umgekehrt auch — und das ist entscheidend — die Ablösung der feudalistischen Produktionsweise durch die kapitalistische Bedingung war für die Entwicklung von Wissenschaft und Technik selbst.

Gerade Marx hat den Fortschritt der kapitalistischen Produktionsverhältnisse gegenüber den vorkapitalistischen immer wieder betont, aber auch den historischen Charakter dieses Fortschritts hervorgehoben: es „zeigt sich bei der näheren Entwicklung des Kapitals, daß es einerseits eine bestimmte gegebene historische Entwicklung der Produktivkräfte voraussetzt — unter diesen Produktivkräften auch die Wissenschaft — andererseits sie vorantreibt und fördert“. Und: „So schafft das Kapital erst die bürgerliche Gesellschaft und die universelle Aneignung der Natur wie des gesellschaftlichen Zusammenhangs selbst durch die Glieder der Gesellschaft. Hence the great civilising influence of capital. . . (Das Kapital) ist . . . beständig revolutionierend,

alle Schranken niederreißend, die die Entwicklung der Produktivkräfte, die Erweiterung des Bedürfnisses, die Mannigfaltigkeit der Produktion und die Exploitation und den Austausch der Natur- und Geisteskräfte hemmen. Dadurch aber, daß das Kapital jede solche Grenze als Schranke setzt, und daher *ideell* darüber weg ist, folgt keineswegs, daß es sie *real* überwunden hat, und da jede solche Schranke seiner Bestimmung widerspricht, bewegt sich seine Produktion in Widersprüchen, die beständig überwunden, aber ebenso beständig gesetzt werden. Noch mehr. Die Universalität, nach der es unaufhaltsam hintreibt, findet Schranken an seiner eigenen Natur, die auf einer gewissen Stufe seiner Entwicklung es selbst als die größte Schranke dieser Tendenz werden erkennen lassen und daher zu seiner Aufhebung durch es selbst hintreiben.“ (27c).

Den hieraus resultierenden Zusammenhang jedoch zwischen der immer offensichtlicher werdenden fatalen Verwendung von Wissenschaft mit der von Krisen begleitete Kapitalverwertung sucht das faszinierte Gefasel von der „wissenschaftlich-technischen Revolution“ als langfristig behebbares „Übel unserer modernen Industriegesellschaft“ aufzulösen. In der Sprache des Unternehmerblattes „Der Arbeitgeber“ klingen solche Immunisierungs- und Rechtfertigungsversuche dann so:

„Die Wirtschaft hat Wohlstand für alle produziert und gelernt, die Arbeit zu humanisieren; jetzt stellt sich die dritte Aufgabe: die Zivilisation vor der Zivilisation zu schützen“ (27d).

Die Organisation von Ausbildung und Wissenschaft, wie sie augenblicklich in der BRD besteht und nun beschrieben werden soll, läßt nur einen Schluß zu: eine Minderheit, die Eigentümer an den Produktionsmitteln — 74% des Betriebs- und Kapitalvermögens der BRD befinden sich in den Händen von 1,7% der westdeutschen Haushalte (27e) — wendet Wissenschaft gegen die Interessen einer Mehrheit von Abhängigen und Ausgebeuteten, zur Ver-

(27) MARX, K., „Das Kapital — 1. Bd.“, S. 621

(27a) HUFSCHMID, J., „Die Politik des Kapitals“, Frankfurt/Main 1969

(27b) PRETSCH, J., „Forschung und Führung“, Referat gehalten als Ministerialdirek-

tor im Bundeswissenschaftsministerium am 24. 10. 1968, vervielfältigtes Manuskript, S. 4

(27c) MARX, K., „Grundrisse . . .“, S. 587 und S. 313/314

(27d) „Der Arbeitgeber“ vom 19. 2. 1971,

Inhaltsübersicht, Anmerkung der Redaktion zu dem Beitrag „Die ökologische Herausforderung“ von B. Wellmann

(27e) „DER SPIEGEL“ vom 31. 1. 1972, S. 33

schleierung, Absicherung und Perfektionierung der hierfür verantwortlichen kapitalistischen Eigentums- und Gewaltverhältnisse.

Lakonisch stellt der Münchner TH-Professor Lüscher hierzu in den „IBM-Nachrichten“ fest: „Es wird nur in solche Forschungen und Entwicklungen materielles und geistiges Kapital investiert, die sich nach bester Voraussicht realisieren lassen und von denen man einen Profit im allgemeinen Sinn erhofft, und zwar ganz unabhängig davon, ob diese Entwicklungen zum Nutzen oder zum Schaden der Menschen sind“, um schulterzuckend fortzufahren:

„Es ist dies eine allgemeine menschliche Eigenschaft. Im kleinsten Kreis schon, unternimmt der einzelne kaum etwas, von dem nicht in irgendeiner Form ein Erfolg zu erwarten ist“ (27f).

Diese „Erklärung“ eines Professors zu den Bedingungen und Folgen von Wissenschaft im Kapitalismus ist — im eigentlichen Sinne dieses Wortes — ebenso idiotisch wie die bestehende Organisation von Wissenschaft selbst. Verantwortlich hierfür sind freilich nicht die so häufig strapazierte „allgemeine menschliche Eigenschaft“ und „Schwäche“, „schlecht“ und „chreigzig“ zu sein, sondern die herrschende kapitalistische Produktionsweise, zu deren Fundierung Wissenschaft eingesetzt wird, und deren Widersprüche durch diejenigen in der augenblicklichen Organisation von Lehre und Forschung adäquat ausgedrückt werden:

#### Die private Verfügung über gesellschaftliche Mittel.

#### Formierung der Ausbildung

Was bleibt, ist nachzuweisen, daß die oben behauptete Instrumentalisierung der Wissenschaft für die Zwecke privater Kapitalver-

wertung tatsächlich die Organisation und Inhalte von Lehre und Forschung bestimmt. Diese Indienstnahme findet übrigens ihren Niederschlag schon im Jargon der Diskussionen über Wissenschaftspolitik, wie sie auf Seiten der Industrieverbände und der Kultusministerien geführt werden: dort ist von „ökonomischer Effektivierung der Ausbildung“ die Rede, von „erhöhter Leistungssicherheit“ und „geringerem Reibungsverlust“.

Zunächst ist festzustellen, daß neben diese Diskussionen über die „längst überfällige Industrialisierung der Hochschulen“ (28) zu einem Zeitpunkt einsetzten, als das sogenannte Wirtschaftswunder in der BRD seinem Ende zuging, als der akute Mangel an qualifizierten Arbeitskräften für Wirtschaft und Verwaltung die politische und finanzielle Desorientierung und Planungslosigkeit im Ausbildungs- und Forschungsbereich während der vorangegangenen Jahre offenlegte und nunmehr eine Intensivierung der Arbeit für das Kapital notwendig machte:

„Die Erschöpfung unserer Arbeitskraftreserven läßt das reale Produktionspotential nur noch in dem Umfang wachsen, in dem eine Steigerung der Arbeitsproduktivität durch Ausnutzung des wissenschaftlich-technischen Fortschritts möglich ist“ (29).

Nun plötzlich, als die westdeutsche Industrie ihre Konkurrenzfähigkeit und damit ihre Profite durch die „Bildungskatastrophe“ gefährdet sah, wurde — so der Gesprächskreis Wissenschaft-Wirtschaft — „eingesehen, daß es nur durch intensiven Austausch und gemeinsame Beschlüsse gelingen kann, die deutsche Produktivität und das langfristige Wachstum bei stagnierendem Potential an Arbeitskräften zu sichern“ (30).

„Im Namen des Fortschritts“ und „im Interesse der Gesellschaft“ werden seitdem von Industrieverbänden „sachgerechte“

Lösungen angeboten, ohne daß freilich angegeben würde, welcher „Sache“ denn diese Vorschläge gerecht werden, wer „den Fortschritt“ zu produzieren hat, und wer an ihm teilhat und von ihm profitiert.

Nicht schwer ist zu erkennen, daß die Reformen, wie sie etwa die von der Industrie kontrollierten und auf die staatlichen Instanzen sehr einflußreichen „Experten-gremien“, Gesprächskreis Wissenschaft-Wirtschaft und Wissenschaftsrat fordern, und wie sie seit einigen Jahren von den Professoren unter staatlicher Aufsicht bereitwillig durchgeführt werden, allein der Sache der Privatwirtschaft dienen, an deren kurzfristige Profitinteressen gerade die produktionsrelevanten technischen und naturwissenschaftlichen Disziplinen angepaßt werden sollen. Die mit der historischen Entwicklung gegeneinander abgegrenzten Ausbildungsgänge an den übrigen Fakultäten haben die bestehenden politischen und ökonomischen Strukturen „wissenschaftlich“ zu fundieren und zur Herrschaftssicherung brauchbare Sozial- und Manipulationstechniken zur Verfügung zu stellen (Kapitalisierung der Gesellschaftswissenschaften); der ehemalige Wissenschaftsminister Leussink forderte denn auch eine stärkere Beachtung dieser Wissenschaften: „In jüngster Zeit wird deutlich, daß eine Vernachlässigung dieser Aufgabe zu sozialen Spannungen und wirtschaftlichen Einbußen führen kann“ (31). Unter diesem Aspekt sind neben den bekannten ideologie-„produzierenden“ Fächern solche zu sehen, wie Stadtentwicklung und Raumordnung, Arbeitswissenschaft, Betriebsorganisation, Konflikt- oder wie sie gemeinhin und publikumswirksamer genannt wird „Friedensforschung“ und so fort.

Gemäß der These, daß es „den Hochschulen nicht abträglich ist, wenn sie zu Warenhäusern der Ausbildung werden“, wie der sich liberal nennende Soziologe Dahrendorf formulierte (32), wurde das Programm einer technokratischen Studienreform — um

(27f) LÜSCHER, E., „Naturwissenschaftliche Erkenntnis und Freiheit“ — in: IBM-Nachrichten Nr. 19/1969, S. 739

(28) SWEERTS-SPORCK, P., in: „Der Volkswirt“ vom 19. 4. 1968

(29) DÜREN, A., als Hauptgeschäftsführer des Deutschen Industrie- und Handelstages — in: „Industriekurier“ vom 8. 1. 1966; vgl. auch das BDI-Memorandum „Zur Lage von Forschung ...“, Köln S. 5: „Das

wirtschaftliche Potential hängt aber in immer stärkerem Maße von einem hohen Stand der Wissenschaften und der Weiterentwicklung des Bildungswesens als Grundlage der beruflichen Qualifikation der Beschäftigten ab“.

(30) GESPRÄCHSKREIS WISSENSCHAFT, WIRTSCHAFT, „Berichte 1957 bis 1967“, S. 5

(31) LEUSSINK, H., „Die Rolle der

Wissenschaft für die menschliche Gesellschaft“ — in: Sonderdruck des Bulletins der Bundesregierung Nr. 129/8. 9. 1971

(32) DAHRENDORF, R., in: „Neue Wege zur Hochschulreform: Differenzierte Gesamthochschule — autonome Universität“, Hamburg/Westberlin 1967, S. 32

(33) EICK, J., „Zulange Student“ — in: „Frankfurter Allgemeine Zeitung“ vom

nicht zu sagen: Studentenreform — entwickelt; die „Bildungsprobleme“ — der Begriff sagt es bereits — wurden und werden nicht als Ausdruck der Widersprüche einer privatwirtschaftlich orientierten Gesellschaft erklärt, deren Unternehmer zugunsten unmittelbaren privaten Profit langfristige (Bildungs-)Investitionen scheuen, sondern werden — eben als „Bildungsprobleme“ — der Ausbildung selbst angelastet: Bei nur unerheblicher Steigerung der zumal vom Staat zu tragenden finanziellen Aufwendungen (input) soll der output an fungiblen Hochschulabsolventen stark angehoben werden. Zwangsläufig muß dies auf Kosten der Ausbildung und damit auf dem Rücken der Schüler und Studenten geschehen (vergleiche auch Hochschulrahmengesetz): Zulassungsbeschränkungen, selektierende Zwischenprüfungen mit anschließender „Überführung“ auf Fach- und Ingenieurschulen, Studienzeitzbegrenzungen und Zwangsexmatrikulation sind einige der administrativen Mittel, mit denen der „Studentenberg abgebaut“ (Dahrendorf) und gleichzeitig sichergestellt werden soll, daß die benötigten Fachkräfte schnell und reibungslos „einsatzfähig“ sind; denn: *„Eine zu lange Ausbildungszeit macht die Studenten welt- und lebensfremd, macht sie anfällig für alle möglichen utopischen Heilslehren bis hin zum Marxismus und Maoismus“* (33). Warnend schloß sich der Gesprächskreis Wissenschaft-Wirtschaft diesem Appell in seinen Empfehlungen an: *„Ein erzieherisches Vakuum in den Altersklassen zwischen 19 und 24 Jahren ist unter den heutigen Gegebenheiten nicht zu verantworten“* (34).

Damit aber wiederum nicht am Bedarf der Industrie „vorbeiproduziert“ wird, da ja *„auf dem Gebiet des Bildungswesens kein Marktmechanismus besteht, der Angebot und Nachfrage in Übereinstimmung halten würde, sollten Maßnahmen (von) Eingriffen zum Beispiel darin bestehen, bestimmte Studieneinrichtungen zu fördern oder ein-*

*fach gewisse Bildungseinrichtungen bereitzustellen oder nicht“* (35); dies sei umso erforderlicher, als für *„das von den Hochschulen vorgehaltene Sortiment an Dienstleistungen . . . ein ökonomisches Steuerinstrument nur in ganz geringem Maße, etwa bei der Auftragsforschung, vorhanden ist, insbesondere fehlt es für die Lehre“* (36).

Ähnlich aufgeschlossen gegenüber dem „freien Markt“ zeigte sich der „Unternehmensberater“ Kroeber-Kenneth, indem er anregte, daß *„die Wirtschaft überhaupt in steigendem Maße dazu übergeben (sollte), sich die Menschen, die sie braucht, selbst zu backen“*, weil durch *„ein, zwei Jahre schlichter, ordentlich bezahlter Erwerbsarbeit eine Fülle junger Menschen auf den Boden der Wirklichkeit zurückgeführt“* würde (37).

**Halten wir fest: In sämtliche dieser Maßnahmen bzw. Vorschlägen zur ökonomischen Effektivierung der Fach- und Hochschulen offenbart sich in zweifacher, voneinander nicht trennbarer Hinsicht der Widerspruch zwischen Ausbildung und privater Kapitalverwertung, der seinerseits solche „Reformen“ bedingt:**

ÖKONOMISCH widersprechen sich das Erfordernis nach größerer Qualifikation mit der für den kapitalistischen Verwertungsprozeß unabdingbaren Notwendigkeit, die Reproduktionskosten für die Ware Arbeitskraft so niedrig wie möglich zu halten; hier schließlich liegt wie gezeigt des „Pudels Kern“, die Grundlage der kapitalistischen Produktionsweise. In unserem Fall — der qualifizierten Arbeit — liegen aber auch hier genau die Hunde begraben: Da Ausbildung einen Teil der Reproduktionskosten der Ware Arbeitskraft darstellt, steigt deren Wert folglich mit zunehmender Qualifizierung. Dies jedoch kann keinem Kapitalisten recht sein, bei allem erklärten Bedarf an qualifizierten Arbeitskräften. Und würde

er — einmal angenommen — kurzerhand von einer höheren Qualifizierung der Arbeitskraft absehen, dann müßte er sich ebenso schnell von der Konkurrenz eines besseren belehren lassen — dies war ja gerade der Anstoß der Diskussion um die „Bildungskatastrophe“ und die „technologische Lücke“ (38).

POLITISCH stehen sich unvereinbar gegenüber, der steigende Bedarf an qualifizierten Arbeitskräften und die systemerhaltende Notwendigkeit, daß diese „jungen Menschen auf dem Boden der (kapitalistischen) Wirklichkeit“ bleiben, daß sie nicht kritikfähig werden in Bereichen und Fragen außerhalb des engen Rahmens ihrer „eigentlichen“ Tätigkeit, für die sie freilich ein gezüchtetes Detailgeschick besitzen müssen:

*„Die moderne Wirtschaft . . . ruht auf einer Bildung, die einerseits die nötigen rationalen Operationen ermöglicht und in den Schulen trainiert wird, andererseits aber auch für sie (die Wirtschaft) lebensnotwendige Tugenden aufrecht erhält und fördert, die von dieser Wissenschaft und auch der Wirtschaft weder geschaffen noch gerechtfertigt werden können, weil die moralischen Tugenden des Fleißes, des Verzichts, der Pflichterfüllung, der Treue, der Rücksichtnahme . . .“* (39).

Oder weniger verbrämt:

**Den einzelnen Unternehmungen gegenüber und damit der bestehenden Gesellschaft als ganzes haben die Ausgebildeten Hinordnung und Loyalität zu erweisen — die Totalität der herrschenden Produktionsverhältnisse als antagonistisch gespaltener, historisch entstandener und somit auch überwindbarer Klassengesellschaft, d. h., die Überkommenheit der bestehenden Eigentumsverhältnisse soll nicht durchschaut werden, sondern diese sollen als naturgegeben erscheinen, ohne daß dies als**

4. 5. 1968, S. 1

(34) GESPRÄCHSKREIS WISSENSCHAFT WIRTSCHAFT, „Entschließungen und Empfehlungen 1958 bis 1964“, Empfehlung E. Essen 1965

(35) HILLIG, J., „Bildung und Wissenschaft im Dienste der Wirtschaft“ — „Dokument“, 24. Jg., Köln, Februar 1968, S. 48

(36) BOLSENKÖTTER, H., in: „Der Volkswirt“ vom 21. 6. 1968

(37) KROEBER-KENNETH, L., zitiert nach W. Hofmann, „Abschied vom Bürgertum“, Frankfurt/Main, 1970, S. 79; vgl. auch den entsprechenden Bericht im „Darmstädter Echo“ vom 26. 5. 1970, S. 4

(38) Die Steigerung der Produktivkraft der Arbeit (neue, rationellere Technologien und als deren Voraussetzung höhere Qualifikation) ist schließlich für das Kapital ein wichtiges Mittel zur Erzeugung von Extra-

profiten, welches insbesondere dann an Bedeutung gewinnt, wenn Warenabsatz und Kapitalexport stagnieren.

(39) KLINKENBERG, H. M., „Wissenschaft — zum Beispiel Universität“ — in: „Der Arbeitgeber“ vom 10. 7. 1970, S. 568

### Übel von den Arbeitskräften empfunden werden darf:

„Irrläufer falscher gesellschaftlicher Vorstellungen (sind) in das Leistungsgefüge zu integrieren“ (40).

Im Beruf haben hierfür dann entsprechende domestizierende Arbeitsplatzorganisationen zu sorgen, wie die Gewährung *horizontaler* Mitspracherechte, team-work etc.:

„Man ordnet die Verteilung der Arbeit so an, daß die Ausbeutung und Unterdrückung dazwischen bestehen kann als wäre auch sie eine Arbeit, die einige zu besorgen hätten“ (41).

Wenn von Unternehmerseite in diesem Zusammenhang frank und frei erklärt wird, daß „der Erwerb von Kenntnissen, die nicht direkt angewendet werden können, die positive Einstellung des Angestellten gegenüber dem Unternehmen nicht verstärkt, sondern eher eine kritische Haltung erzeugt“ (42), so heißt dies nichts anderes, als daß — scheinbar paradox —

**die Veränderung der Qualifikation (43) unter kapitalistischen Bedingungen einhergeht mit einer Beschränkung des Urteilsvermögen und damit der Kreativität der Arbeitskräfte;**

scheinbar paradox, denn mit Rücksicht auf die ideologische Absicherung der kapitalistischen Produktionsweise kann die quantitative und qualitative Entwicklung von Ausbildung nur um den Preis betrieben werden, daß das über die Qualifikations-

veränderung angestrebte Ziel — nämlich die Steigerung der Arbeitsproduktivität nur noch bedingt erreicht wird — „die Produktion wird durch die Arbeitsteilung, wie sie bei uns herrscht, zu einem System, das die Produktivität hemmt. . . . Man verlangt viel. Aber das Nichtverlangte bekämpft man. Die Menschen haben so nichts Unbestimmtes, Furchtbares, Unbeherrschbares mehr an sich. Man macht sie bestimmt, fest umrissen, verlässlich, damit sie beherrschbar sein sollen“ (44).

**Das Kapital wird damit zur Fessel jener Produktivkraft, deren Grundlage es mit der Sprengung der Feudalordnung selbst gelegt hatte: der Produktivkraft des gesellschaftlichen Menschen.**

### „Kurz“- und „Langstudium“

Mit Hilfe des Staates als „ideellem Gesamtkapitalisten“ (45) versucht die Privatwirtschaft bekanntlich diesen unter ihren Produktionsbedingungen unlösbaren Widerspruch zwischen Ausbildung und Kapitalverwertung politisch und ökonomisch dadurch immer wieder zu verkitten, daß die Anzahl der hochqualifizierten Kräfte von vornherein beschränkt und für einen permanenten und schnellen Ausstoß „normaler“ Arbeitskräfte gesorgt wird, und zwar mit Hilfe einer Trennung in zwei Ausbildungsrichtungen mit verschiedenen berufsfähigen Abschlüssen:

Etwa 80% aller Studienbewerber (46) haben die künftige Gesamthochschule (Zusammenfassung von Fach-, Ingenieur- und Hoch-

schulen bzw. Universitäten) nach einem fachlich verengten und zeitlich begrenzten Studium als „Rezepte-Anwender“ (47) zu verlassen. Sie sollen zu einem prozeßhaften Denken befähigt sein, nämlich „nach einem vierjährigen Studium und einer angemessenen Einarbeitungszeit . . . selbständig . . . Aufgaben nach dem jeweiligen Stand der Technik zu lösen“ (48) — die Wirtschaft kann und muß von dem jungen Akademiker erwarten — und das betrachte ich nicht als überfachliche, sondern als fachliche Qualität —, daß er aufgrund langjähriger Übung gelernt hat, logisch zu denken, daß heißt, die Problematik eines komplexen Sachzusammenhanges, der sein Fachgebiet betrifft, zu erkennen und Vorschläge zur Lösung von Problemen im Hinblick auf ein vorgegebenes Ziel zu erarbeiten“ (49).

Ein Studium, das dem herkömmlichen Universitätsstudium entsprechen wird, bleibt dem Rest der Studenten — „Rezepte-Macher“ (50) — vorbehalten, der „für qualifizierte Aufgaben in Staat und Gesellschaft besser vorgebildet“ werden soll (51): „Die zweite zahlenmäßig kleinere Gruppe (also etwa 20%, d. Verf.) muß darüber hinaus in der Lage sein, die Entwicklung des Faches voranzutreiben“ (52). Diese Studenten sollen „in selbständiger Mitwirkung in der Forschungsarbeit eingehender mit der Methodik“ vertraut gemacht werden (53).

Der schon in der Forschungsorganisation (darüber später) vollzogenen Aufhebung der Einheit von Forschung und Lehre wird mit dieser Ausbildungshierarchie Rechnung getragen: Die Beteiligung an Forschungs-

(40) Berufsbildungskongreß der deutschen Wirtschaft, München im Januar 1972, zitiert nach: „Frankfurter Rundschau“ vom 25. 1. 1972, S. 4

(41) BRECHT, B., „Meti/Buch der Wendungen“ — in: Werke, Bd. 12, Frankfurt/Main, 1967, S. 528

(42) KRAMER, Ch., Personalchef der Rank Xerox SA, France, „Ausbildung ist nicht nur Theorie“ — in: „gdi topics, Monatszeitschrift des Gottlieb Duttweiler Instituts“, Nr. 3/1971, S. 34

(43) Qualitative und quantitative Entwicklung der Qualifikationen, wie sie aus ökonomisch bedingten Veränderungen der Arbeits-

plätze erforderlich sind

(44) BRECHT, B., a.a.O., S. 528/529

(45) ENGELS, F., „Die Entwicklung des Sozialismus von der Utopie zur Wissenschaft“ — in: MEW, Bd. 19, S. 222

(46) WISSENSCHAFTSRAT, „Empfehlungen für den Ausbau der Hochschulen bis 1970“, Bonn 1967, S. 75

(47) LEONHARDT, F., Professor für BI an der TU Stuttgart in einem Bericht zur „Ingenieurausbildung“ vom 15. 9. 1966, Manuskript, S. 1

(48) WISSENSCHAFTSRAT, „Empfehlungen zur Neuordnung des Studiums . . .“, Bonn 1966, S. 50 (Keine Hervorhebungen

im Original)

(49) „Was die Wirtschaft von den Hochschulabsolventen erwartet“ — in: „Der Arbeitgeber“, April 1969, S. 192 (Keine Hervorhebungen im Original); Auf ein *prozeßhaftes Denken*, d. h. auf die Fähigkeit, die neusten Erkenntnisse etc. im eigenen Fachgebiet verarbeiten zu können, ohne sie erarbeitet zu haben, wird bei der Industrie besonderer Wert gelegt: „Er (der Ingenieur — d. Verf.) muß in die Lage versetzt werden, ständig und selbständig weiterzulernen, um mit dem Fortschritt der Wissenschaft sowie mit dem technologischen und ökonomischen Wandel Schritt zu halten“

vorhaben ist nur einem kleinen Kreis von Elite-Studenten zugänglich, und auch diesen erst, nachdem sie ihre Anpassungsfähigkeit im Bestehen wiederholter Prüfungen ausreichend unter Beweis gestellt haben. Axel Springers „Welt“ lobte denn auch prompt diese jede Selbsttätigkeit zerstörende Wissenschaftsrats-Empfehlung, zumal eine gewisse Freiheit nur den Studenten zugestanden würde, „von denen man erwarten kann, daß sie den rechten Gebrauch von ihrer Freiheit machen“ (54). Für die Masse der Studenten sollen also eine fachidiotische Ausbildung und die mit Sanktionen drohenden Prüfungen in erster Linie Sozialisationsinstrumente für die sie erwartende Berufswirklichkeit sein, auf welche die Studenten bereits an den Hochschulen einzuüben sind:

**Die Grundlagenpaukerei der Anfangssemester in den Massenvorlesungen konfrontiert die Studenten einerseits mit einer unüberschaubaren Wissensmenge unter Prüfungsdruck, und andererseits mit didaktisch und methodisch ungeschulten Professoren, die diesen Stoff ihrerseits mühelos zu beherrschen scheinen. Bei vielen Studenten erzeugt das ein Gefühl persönlicher Unzulänglichkeit und den Wunsch nach einer Autorität, die die Schwierigkeiten durch eindeutige Anweisungen – fester Studienplan, verschulter Unterricht usw. – zu überwinden hilft. Das Studium in den ersten Semestern ist geeignet, das Selbstbewußtsein der Studenten zu brechen; das Interesse an einem inhaltlich selbstbestimmten Studium wird ersetzt durch die Befolgung kontrollpflichtiger Leistungsnormen. Eben dieser Verzicht auf Selbstbestimmung am Arbeitsplatz ist Voraussetzung für eine Tätigkeit in der kapitalistischen Industrie (55),**

(aus: „Überlegungen des BDI zur Weiterentwicklung der Ingenieurausbildung“ von N. Küng — in: „Hochschuldidaktische Materialien“ Nr. 24/1971, S. 69 (Keine Hervorhebung im Original)  
 (50) LEONHARDT, F., a.a.O.  
 (51) WISSENSCHAFTSRAT, „Empfehlungen zur Neuordnung des Studiums ...“, S. 33  
 (52) ebenda, S. 50 (Keine Hervorhebungen im Original)  
 (53) ebenda (Keine Hervorhebungen im Original)  
 (54) „Die Welt“, zitiert nach: W. Schöne, „Kampf um die deutsche Universität“,

die „größtenteils nur Jugendliche mit gesundem Lebensgefühl und kraftvollen Instinkten gebrauchen“ kann (56).

Abgesehen davon, daß die Universität als privilegierte Ausbildungsinstitution erhalten bleibt, sorgt diese technokratische Studienreform für Arbeitskräfte, deren Qualifikation es erlaubt, sie überall und beliebig einzusetzen und auszutauschen: „Je reibungsloser ein Wechsel zwischen den Berufen möglich ist und je weniger fachgebunden die Ausbildung ist, die ein bestimmter Beruf verlangt, desto weniger braucht die Bildungsplanung auf den Arbeitsmarkt Rücksicht zu nehmen. Die Substitutionsmöglichkeit erlaubt dem Angebot auf Marktänderungen zu reagieren“ (57).

Mit anderen Worten:

**Man wünscht sich die Absolventen „kompetent aber beschränkt; aktiv aber folgsam; intelligent aber unwissend in allem, was über ihre unmittelbare Funktion hinausgeht“ (58);**

denn — so die rethorische Frage eines Unternehmers: „Was sollen uns neue Mitarbeiter bringen, die in unzähligen Diskussionen gelernt haben, Probleme zu zerreden sowie Ordnungen und traditionelle Autoritäten zu zerstören, die Wissenschaft und Leistung zu entwerten suchen, weil sie den Ernst der Arbeit und der Verantwortung für eine gemeinsame Sache nicht begriffen haben?“ (59).

### **Forschungsorganisation und Kapitalinteressen**

Die soeben für den Bereich der Lehre nachgezeichnete Instrumentalisierung der Wissenschaft für die Zwecke privater Kapitalver-

Hamburg, 1966, S. 47  
 (55) Vgl. hierzu die Untersuchungen der Projektgruppen Technologie an der TH Darmstadt und der TU Westberlin, insbesondere den Beitrag in „Anrisse“ 74/1969, S. 1  
 (56) „Tip für Unternehmer“ — in: „Industriekurier“ vom 18. 4. 1968  
 (57) SCHLAPFKE, W., Deutsches Industrieinstitut Köln, zitiert nach der „darmstädter studentenzeitung“ Mai/Juni 1971, S. 3  
 (58) GORZ, A., „Zur Strategie der Arbeiterbewegung im Neokapitalismus“, Frankfurt/Main, 1967, S. 134f  
 (59) FREUDENBERG, H. E., Inhaber der

wertung spottet wohl auch gegenüber dem letzten Ignoranten der gepredigten „institutionell gesicherten Geistesfreiheit“.

**Wir haben andererseits gesehen, daß eine unabhängig vom Arbeitsprozeß betriebene Wissenschaft nicht vorstellbar ist, und daß es bei einer Kritik des bestehenden Wissenschaftsbetriebes auf deren Richtung ankommt — wohlgemerkt: es geht nicht um die Verbindung von Wissenschaft und Produktion schlechthin, sondern um die Verbindung von Wissenschaft und kapitalistischer Produktion, aus der allein die Verengung der Ausbildungsformen und -inhalte ihre makabre Logik gewinnt.**

Dies gilt ebenso für die Forschung, die abschließend betrachtet werden soll: „Vergesellschaftung von Wissenschaft“ meint die Verschränkung von Wissenschaft und materieller Produktion, wie sie sich im Verlauf der Revolutionierung der feudalen Verhältnisse durch die Bourgeoisie vollständig herausgebildet hat, und zwar — es wurde eingangs darauf hingewiesen — sowohl als Bedingung für die Entwicklung der nunmehr kapitalistisch gefaßten Produktivkräfte, wie auch als deren Resultat:

**„Wenn der Produktionsprozeß zur Anwendung der Wissenschaft wird, wird umgekehrt die Wissenschaft zu einem Faktor, sozusagen zu einer Funktion des Produktionsprozesses. ... Erst die kapitalistische Produktionsweise macht die Naturwissenschaft dem unmittelbaren Produktionsprozeß dienstbar, während umgekehrt die Entwicklung der Produktion das Mittel zur Erweiterung der theoretischen Unterwerfung der Natur liefert“ (60).**

Firma Carl Freudenberg, zitiert nach L. Kroeber-Kenneth u.a., „Alma mater moribunda oder ist die Universität noch zu retten?“, Heidelberg 1970, S. 69  
 (60) MARX, K., aus dem handschriftlichen Nachlaß, zitiert nach G. N. Wolkow, „Soziologie der Wissenschaft“, Berlin (DDR), 1970, S. 158  
 (61) MARX, K., ENGELS, F., „Die Deutsche Ideologie“ — in: MEW, Bd. 3, S. 44 (Keine Hervorhebungen im Original)

Das bedeutet nichts anderes, als daß Forschung ebenso auf die technischen Mittel und Möglichkeiten der Produktion angewiesen ist, wie diese auf wissenschaftliche Erkenntnisse — diese erhalten „ja ihren Zweck sowohl wie ihr Material erst durch Handel und Industrie, durch sinnliche Tätigkeit der Menschen“ (61) —, wobei diese kapitalistische Produktion sich nicht orientiert an gesellschaftlichen Bedürfnissen sondern, wie der oben zitierte Professor Lüscher von den IBM so treffend bemerkt, allein am unmittelbaren Profit für die privaten Unternehmer. Und so mußte selbst der „Spiegel“ zugeben: „Eine solche Entwicklung (die der Vergesellschaftung der Wissenschaft, d. Verf.) wäre nur in Gesellschaftsform unbedenklich, in denen sich die Interessen der Industrie mit denen der Allgemeinheit decken. Doch der Glaube daran, daß dies für privatwirtschaftlich organisierte Industriestaaten wie die Bundesrepublik gilt, schwindet selbst bei Liberalen“ (62).

Vor diesem Hintergrund kann eine Indienahme oder zumindest Kanalisierung der wissenschaftlichen Forschung für Zwecke der Herrschaftssicherung des Kapitals nicht verwundern, allein schon wenn man bedenkt, mit welchem finanziellen Aufwand heute wissenschaftliche Forschung verbunden ist, wer diese Mittel überhaupt aufbringen kann, und auf wessen Kosten dies geschieht. Die Frage nach der Motivation für wissenschaftliche Untersuchungen und nach der Chance ihrer Durchführung ist also zugleich die Frage nach der Finanzierung des Projekts: „Zunächst ist die Idee das A und O des Fortschritts. ... Und schließlich das leidige Geld! Man pflegt zwar zu sagen ‚Idee und/oder Wissen ist Macht! Wenn aber das Kapital für kostspielige Versuche oder gar für die kapitalintensive Realisierung von Fertigungs- und Marketingprozessen fehlt, ist es doch die größere Macht“ (63).

Führt man sich hierzu nur einmal die finanzielle Situation von Hochschulen vor Augen, deren etatmäßige Ausstattung durch die Länder allenfalls ausreicht, den laufenden Geschäfts- und Lehrbetrieb aufrecht zu

erhalten, so erklärt sich die totale finanzielle und damit auch thematische Abhängigkeit solcher Institute und ihrer Angehörigen von den Forderungen und Vorstellungen der zahlungskräftigen Auftraggeber: die Dringlichkeit von Forschungsvorhaben wird entgegen der Beteuerungen der Professoren von „außeruniversitären“ Interessen bestimmt, vom Kapital —

**„wie unser Wissen und Können zunimmt, darüber entscheiden Kriterien der Machtausweitung und nicht der gesellschaftlichen Wohlfahrt“ (64).**

Die Professoren argumentieren sehr gern mit ihrer finanziellen „Notlage“ — sie hätten ja keine andere Wahl, als auf Mittel von seiten Dritter zurückzugreifen, zumal der Staat die Forschung angeblich nicht finanziere. Daß diese vom Staat gewählte Methode System hat, streiten sie ab. Sie wollen nicht sehen, daß das „gewaltige Wachstum der gesellschaftlichen Forschungsaufwendungen nicht nur und nicht einmal am stärksten von denjenigen Instanzen getragen wird, die unmittelbar am meisten von den erhöhten Forschungsaufwendungen profitieren, nämlich den Industriellen Unternehmen. In den USA liegen die Verhältnisse so, daß über die Zeitspanne von 1945 bis 1965 sich die gesellschaftlichen Gesamtaufwendungen für Forschung und Entwicklung im Verhältnis 1:6,5 entwickelt haben. An diesem Gesamtwachstum war der Staat (öffentliches Steueraufkommen) allerdings mit einer Wachstumsrelation 1:9 beteiligt, während die Industrie den gestiegenen Aufwand nur im Verhältnis 1:5 trug. Diese Unterschiede im Wachstumstempo lassen sich ohne weiteres so interpretieren, daß ein immer größerer Anteil der ‚Kosten‘ des Wachstums durch technischen Fortschritt nicht von den Unternehmern selbst, sondern von der öffentlichen Hand getragen wurden“ (65).

**Das heißt: Der Staat zahlt der Privatwirtschaft auch im Forschungsbereich umfangreiche Alimente: — Steuervergünstigungen für Forschungs-**

**und Entwicklungsvorhaben der Industrie;**

- **Auftragsvergabe und Absatzsicherung insbesondere im Bereich der Rüstungsforschung und -produktion (66);**
- **die kostenlose Bereitstellung der Hochschulinstitute, des Personals und seiner Arbeitsergebnisse für privatwirtschaftliche Auftraggeber;**
- **der Verweis der Hochschulforscher an die Privatindustrie durch gezielte „Verknappung“ der ordentlichen Hochschulhaushalte;**
- **die Einrichtung überregionaler Forschungsförderungsorganisationen (Wissenschaftsrat, Deutsche Forschungsgemeinschaft, Max-Planck-Gesellschaft, Fraunhofer Gesellschaft etc.), deren Organisationsform eine vorrangige Berücksichtigung der Interessen einzelner Kapitalien garantiert;**
- **die Umstrukturierung der Wissenschaftsbetriebe, insbesondere der Hochschulen durch die Verabschiedung von Gesetzen als politische Steuerungsinstrumente für eine reibungslose Koordinierung von in öffentlichen Institutionen betriebene Ausbildung und Forschung mit den entsprechenden privatwirtschaftlichen Anforderungen:**

*Es ist „verfehlt, die Förderung der Wissenschaft durch den Staat nur auf finanziellem Gebiet zu suchen. ... Diese muß in organisatorischen Maßnahmen zum Ausdruck kommen, ohne daß eine Bevormundung der Wissenschaft durch den Staat eintritt. Das gute Verhältnis zwischen Wissenschaft und Wirtschaft ist ein Vorbild dafür, wie es auch in den Beziehungen zwischen Wissenschaft und Staat aussehen muß“ (67).*

Kurz: Der Staat trägt zur finanziellen Entlastung der Privatwirtschaft bei; mit öffentlichen Mitteln wird der private Kapitalverwendungszusammenhang dieser Forschung. den sozialisiert, die Gewinne jedoch privat angeeignet; das Halbdunkel, in dem dieser Prozeß vollzogen wird, ist eine seiner not-

(62) „DER SPIEGEL“, 23. Jg., Nr. 40, S. 92

(63) SÖLTER, A., „Technischer Fortschritt und Unternehmensgröße“ — in: „Berichte des Deutschen Industrieministeriums zur Wirtschaftspolitik“, Jg. 3/1969, Nr. 6, S. 25 (Hervorhebungen im Original); im folgenden zitiert als „Deutsches Industrieministerium“  
(64) KRAUCH, H. — in: R. Jungk u.a., „Der Griff nach der Zukunft“, 1964, S. 358

(65) OFFE, C., „Hochschulforschung im Spätkapitalismus“, Vortrag, gehalten zur Hochschulwoche Darmstadt, 1968, Manuskript S. 3; neuere Zahlen nennt U. Rödel, „Forschungsprioritäten und technische Entwicklung“, Frankfurt/Main, 1972, S. 49ff  
(66) Vgl. „Materialien zu Rüstungsforschung, -produktion und Imperialismus“, Projektgruppe Technologie Darmstadt, 1970

(67) BALKE, S., zitiert nach „Mitteilungsblatt der Fraunhofer-Gesellschaft“, 3. Jg., Nr. 2, S. 3, München, August 1965

(68) VILMAR, F., „Rüstung und Abrüstung im Spätkapitalismus“, Frankfurt/Main, 1965, S. 83

(69) ebenda, S. 83/84

(70) KOECK, W., zitiert nach „DER SPIEGEL“, 23. Jg., Nr. 40, S. 103

wendigen Voraussetzungen und symptomatisch für den privatwirtschaftlichen Verwendungszusammenhang dieser Forschung.

Aus guten Gründen stellt der Staat finanzielle Mittel insbesondere für „unrentable Sektoren der Gesamtwirtschaft“ (68) zur Verfügung: „Es hat sich in den letzten Jahrzehnten immer deutlicher gezeigt, daß ein einzelnes Unternehmen gar nicht, ja, selbst ein großer Konzern kaum noch in der Lage ist, die immer gewaltiger anwachsenden Kosten für (den) technologischen Fortschritt im Rahmen kapitalistisch kalkulierbarem Risiko zu finanzieren. Das heißt, die hier im vorhinein zu leistenden Investitionen und die Ungewißheit ihrer Rentabilität haben sich angesichts der kostspieligen modernen Forschungs- und Entwicklungsverfahren derart gesteigert, daß immer weniger privatwirtschaftliche Unternehmen sich in der Lage sehen, diese Kosten mit dem Prinzip der Profitmaximierung zu vereinen. Da andererseits aber die Durchführung eben dieser technologischen Forschungs- und Entwicklungsinvestitionen für die entscheidenden Produktionszentren der Industrieländer zur wesentlichen Voraussetzung ihrer Existenzfähigkeit . . . geworden ist, . . . ergab sich zwangsläufig der immer lautere Ruf nach dem Staat als Kostenträger“ (69).

Das kostspielige Gebiet der „Big-Science“ soll über das Steueraufkommen finanziert werden, zum Nutzen der privaten Kapitalisten, denn — so der Geschäftsführer des Verbandes der Chemischen Industrie, W. Koeck: „Läßt sich nicht klar erkennen, ob ein bestimmtes Forschungsvorhaben . . . innerhalb eines nicht zu langen Zeitraumes . . . in der Bilanz eines Unternehmens einen positiven Niederschlag finden wird, dann ist eine solche Forschung der Privatwirtschaft nicht zuzumuten“ (70).

Berücksichtigt man die breite von vornherein nicht voll überschaubare Anwendungsmöglichkeit von Ergebnissen der „Grundlagenforschung“ — „das Forschungsrisiko ist um so größer, je ungewisser der Ausgang eines

Forschungsvorhabens ist. Je größer das Risiko ist, umso größer muß auch die Kapitalkraft (das ‚Risikokapital‘) sein, die es abzudecken vermag. Kein noch so großer Ideenreichtum kann die Kapitalkomponente ‚ersetzen‘“ (71) — und berücksichtigt man außerdem das Ausmaß an späterer angewandter Forschung, die zur Realisierung von Ergebnissen der „Grundlagenforschung“ erforderlich ist — „ein Hauptübel der heutigen Industrieforschung wird vielfach darin gesehen, daß ein neues Erzeugnis außerordentlich lange Zeit benötigt, um vom Entwicklungsstadium ausgehend die produktionsreife und sodann die Marktreife zu erlangen. Überhaupt dürfe das Versagen eines neuen Produktes am Markte nicht immer, wie es oft geschehe, der Forschungsabteilung angelastet werden. Verantwortlich dafür sei vielmehr oft die falsche Einschätzung des Marktpotentials, hervorgerufen durch quantitativ und qualitativ unzureichende Marktstudien; Produktmängel technischer Art sowie zu hohe Entwicklungskosten für die industrielle Fertigung. Weitere Gründe, die ebenfalls nicht die Forschung betreffen und ein neues Erzeugnis zur ‚Lemon‘, zum ‚Nicht-Erfolg‘ stempeln, sind: das Nichtbeachten saisonaler Zyklen, bessere Angebote der Konkurrenz, unzureichende Handelskette“ (72). Berücksichtigt man also all diese Momente, so ist plausibel, daß eine industrie-eigene „Grundlagenforschung“ für ein Einzelunternehmen unrentabel ist. Fusionen, d. h. wachsende Kapitalkonzentration sind die Folge: „Der technische Fortschritt ist die Quelle des Wohlstandes, aber auch starker Strukturwandel in der Wirtschaft. . . . In dieser Tatsache liegt der wesentlichste Grund für den Zugang der modernen westlichen Industriegesellschaft zur diversifizierenden Unternehmenszusammenfassung. Chancenwahrnehmung und Risikominderung durch Mischfertigung ist ihre Devise, der Tausendfüßler kann leichter lahme Beine abstoßen als der Zwei- oder gar Einbeiner! Die ständig zunehmenden Ausgaben für Forschung und Entwicklung lassen keinen anderen Weg als die Zusammenfassung der

Kräfte offen. Damit wird die Konzentration zu einem echten Zwang.“ (73) So werden in der Bundesrepublik inzwischen schon „fast 86% der gesamten industriellen Forschungsaufgaben von den 100 größten Unternehmen aufgebraucht“ (74).

Wie gesagt: abgesehen von solchen Unternehmensabsprachen und -zusammenlegungen einzelner Kapitalisten werden diese verstärkt von ihrem Staat versorgt — „so beträgt auch 1971 innerhalb der staatlichen Ausgaben für Forschung und Entwicklung der Anteil für Grundlagenforschung immerhin über 40%“ (75); mit Hilfe eigens für die kostspielige und risikoreiche „Grundlagenforschung“ eingerichteter Institute der Max-Planck-Gesellschaft und über die Finanzierung von Sonderforschungsbereichen durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft; „wird „Wissen . . . privatwirtschaftlich produziert, dann verhindert die Monopolisierung (durch Patente usw.) seine breite Anwendung. Ist eine Monopolisierung nicht möglich, dann wird Wissen nicht privatwirtschaftlich produziert“ (76). Letzteres trifft für einen großen Bereich der „Grundlagenforschung“ zu.

Die genannten überregionalen Forschungsorganisationen fungieren durch Zusammensetzung und Satzung im Grunde genommen als „Umschlagplätze privatwirtschaftlicher Einwirkung“ (77) auf die Forschung. Durch sie kann die Industrie mittelbar oder auch unmittelbar Kontrolle über die beantragten und finanzierten Forschungsprojekte ausüben, wie sich schon aus einer Bestandsaufnahme der von der DFG geförderten Vorhaben ergibt — die DFG wird zu fast 93% staatlich finanziert (78): „Der Anteil der von der DFG im ‚Normalverfahren‘ abgelehnten Forschungsgelder (durchschnittliche Rate 24%) war am höchsten auf Gebieten, die nicht kurzfristig profitträchtig erscheinen — etwa Architektur, Städtebau und Landesplanung (53% abgelehnt)“ (79). Bei den sogenannten Schwerpunktprogrammen sieht es nicht anders aus: „Für alle Vorhaben auf den Gebieten Frühinvalidität, der Luft-

(71) „Deutsches Industrieinstitut“ a.a.O., S. 37

(72) „Macht sich die Industrieforschung in Amerika bezahlt?“ — in: „Frankfurter Allgemeine Zeitung“ vom 13. 1. 1969, S. 10, zitiert nach „Deutsches Industrieinstitut“ a.a.O., S. 36/37

(73) „Deutsches Industrieinstitut“, a.a.O., S. 43

(74) „DER SPIEGEL“, 26. Jg., Nr. 6, S. 33

(75) LEUSSINK, H., a.a.O.

(76) ALTVATER, E., „Krise und Kritik — Zum Verhältnis von ökonomischer Entwicklung und Bildungs- und Wissenschaftspolitik“ — in: S. Leibfried (Hrsg.), „Wider die Untertanenfabrik“, Köln, 1967, S. 59

(77) „auditorium“, Hamburg 1968, Nr. 5

(78) DEUTSCHE FORSCHUNGSGE-

MEINSCHAFT, „Berichte für 1969“, Bad Godesberg, 1969, S. 130

(79) „DER SPIEGEL“, 23. Jg., Nr. 40, S. 98

reinhaltung, des Lärmschutzes, der Fremdstoffschäden, der Gesundheitsgefährdung . . . und der Krebsbekämpfung zusammengekommen (insgesamt 2,4 Mio DM) zahlte die DFG 1968 weniger als für die zweifellos auch sehr wichtigen Arbeiten in einem einzigen Bereich der Ingenieurwissenschaften (Hochspannungs-Gleichstrom-Übertragung): 2,8 Mio DM“ (80).

Der „Spiegel“ folgert: „Wo immer in der Bundesrepublik zwar Nutzen für die Allgemeinheit aber nicht gleichzeitig für die Privatwirtschaft verspricht, wird sie vernachlässigt“ (80a) — dem ist nichts hinzuzufügen.

## Fazit

Die Auswirkungen dieser kapitalistisch orientierten Forschungsorganisation und ihrer Absicherung und Regulierung durch den Staat als Agentur des Kapitals sind evident; zusammenfassend ist folgendes festzuhalten:

- Die gegenwärtige Organisation von Wissenschaft bedingt eine totale Abhängigkeit der „Produktion“ neuer Erkenntnisse, der Richtung wissenschaftlicher Forschung und ihrer Verwendung von den Anforderungen und Bedürfnissen der kapitalistischen Industrie, das heißt, von deren kurzfristiger („marktaktueller“) Rentabilitäts- und Profitkalkulation. Im Hinblick auf die der kapitalistischen Produktionsweise eigentümliche Verkehrung von Arbeitsintention und -verwendung reduziert sich die vermeintliche „Freiheit des Forschers“ auf die Freiheit, sich in gewissem Umfang noch die Institution oder das Unternehmen aussuchen zu können, die seine Wissenschaft für privatwirtschaftliche Zwecke vereinnahmt.
- Maßstab des Fortschritts ist allein die kurzfristige Umsetzbarkeit wissenschaftlicher Erkenntnisse in die kapitalistische Produktion und damit in Profit zur Absicherung der herrschenden politischen und ökonomischen Verhältnisse. Gesellschaftlich relevante, aber nicht gewinnbringende Bereiche werden blockiert (Infrastruktur, Bildung- und Gesundheitswesen etc.). In diesem Sinne machte sich der ehemalige Staatssekretär im Bundesforschungsministerium, Cartellierie, bereitwillig zum Sprecher der Unternehmer:

*„Der Wunsch des Staates, bestimmte Fachbereiche zu fördern, beruht oft auf Überlegungen, die nicht aus dem wissenschaftlichen, sondern aus dem wirtschaftlichen Bereich stammen, aus der die Abwägung von Investitionen und späteren Nutzen der Rendite“ (81).*

- Eine gesellschaftlich optimale Nutzung möglicher technischer Neuerungen wird behindert durch die Geheimhaltungsinteressen der Industrie (Publikationsbeschränkungen und -verbote), durch Sperrpatente aus Konkurrenzgründen (82) und schließlich durch eine Verzögerung von Innovationen (Innovationssteuerungen): „Die aus dem technischen Fortschritt hervorgegangene Innovation erfordert im allgemeinen die Einrichtung neuer maschineller Ausrüstungen; das bedeutet für den Betrieb einen Verlust in der Höhe des Wertes der noch nicht amortisierten alten Anlagen“ (83). Aus Rentabilitäts- und Profitgründen werden also Innovationen bis zu dem Zeitpunkt aufgeschoben, wo die Einführung einer neuen Technologie trotz der damit verbundenen Kosten einen höheren Profit verspricht als die weitere Anwendung einer alten.
- Der Öffentlichkeit erscheinen diese Vorgänge und Maßnahmen als gesellschaftlich vernünftig, weil sie vom Staat und unter dem Hinweis auf den volkswirtschaftlichen Nutzen ergriffen bzw. unterstützt werden. Eine grundsätzlich positive Bewertung jedes „technischen Fortschritts“ dürfte schon dadurch gesichert sein, daß dieser nur noch an der Rentabilität für „unsere (!) Marktwirtschaft“ gemessen wird — „es gibt Worte, die an sich selber hell wirken. . . Ihre Bedeutung, also ihr Begriff, schein so klar, auch schlicht zu sein, daß es nichts weiter daran zu fragen gibt. Zu diesen Wörtern gehört in vorderster Reihe der Begriff Fortschritt. . .“ (84).
- Durch die private Aneignung der Forschungsergebnisse wird der Zusammenhang von Wissenschaftsverwendung und privater Kapitalverwertung einer gesellschaftlichen Kontrolle entzogen. Die zudem noch konstatierbare Auslagerung wichtiger Forschungsbereiche aus den Hochschulen

in staatlich geförderte Institute der Privatwirtschaft und der überregionalen Forschungsorganisationen, hat die völlige Aufhebung der ursprünglich als permanente und gegenseitige Überprüfung wissenschaftlichen Arbeitens konzipierten Einheit von Forschung und Lehre zur Folge.

- Die Monopolisierung der Forschungsergebnisse in den Händen und zur alleinigen Verfügung der Kapitalien, wie auch der in der wissenschaftlichen Entwicklung von zu produzierenden Gütern eingeleitete Verschleiß als Voraussetzung erneuter Produktion (Absatzsicherung) und damit neuer Gewinne stellen zusammen mit der aus Konkurrenzgründen notwendigen Parallelforschung eine Vergeudung wertvollen Forschungspotentials dar, und damit eine Zerstörung gesellschaftlichen Reichtums im Interesse und zugunsten privater Profitmaximierung.

(80) ebenda

(80a) ebenda, S. 97

(81) ebenda, S. 100

(82) Zur Entstehung und zur Funktion von Patenten als Mittel zur Monopolisierung von Wissen, „damit es als Produkt verkauft werden kann“, vgl. E. Altwater, „Krise und Kritik . . .“, a.a.O., S. 58ff

(83) NAPOLEONI, C., „Grundzüge der modernen ökonomischen Theorien“, Frankfurt/Main, 1968, S. 81f

(84) BLOCH, E., „Differenzierungen im Begriff Fortschritt“ („Tübinger Einleitung in die Philosophie“) — Nachdruck, Zürich, 1970, S. 7



# Interview

**Wie ein SPD-Oberbürgermeister von der CDU in die rechte Ecke gedrängt wurde und dann vergeblich versucht, sich mit „linken Argumenten“ zu verteidigen.**

**dsz:**

Herr Sabais, Sie haben die Räumung der Villa mit der Gefährdung ihrer Bewohner begründet. Haben Sie dieses gegenüber der Öffentlichkeit vertretene Argument jemals selbst geglaubt?

**Sabais:**

*Ja, selbstverständlich. Ich habe die Berichte der Feuerschutzpolizei und des Bauaufsichtsamtes vorliegen. Nur deshalb haben wir gehandelt. Diese Berichte haben wir mit dem Vorstand des Stadtjugendrings auch erörtert. Das ist der Grund zur Räumung der Oetingerschen Villa. Die Wohnungen sind gefährdet; die Wohngruppen, die dort Besitz ergriffen hatten, sich die Villa angeeignet hatten, waren leider in ihrer Struktur nicht, anscheinend nicht geeignet, die Sicherheitsmaßnahmen, die in einem so alten Gebäude angebracht sind, selbst zu beachten. Nach wie vor stehe ich auf dem Standpunkt, daß die Villa zum Jugendzentrum ausgebaut werden soll. Auch das, dieser Ausbauwunsch, diese Ausbaubestimmung stellt die Voraussetzung, sie vorher freizumachen.*

**dsz:**

Nun hat vorher die biologische Bundesanstalt diese Räume im Besitz gehabt und hat zweifellos — wenn man bedenkt, daß dort Holztafelung und ähnliches anzutreffen ist — nicht gerade ungefährliche Versuche gemacht mit offenen Bunsenbrennern und so weiter. Meinen Sie nicht, daß es schon vorher nötig gewesen wäre, eventuell zu einer Räumung, natürlich einer friedlichen Räumung, der Villa zu kommen, um diese Gefährdung auszuschalten?

**Sabais:**

*Wir hatten auch Bedenken gegen den Betrieb der biologischen Bundesanstalt. Solche Bedenken sind von unserem Brandschutzamt öfter vorgebracht worden. Aber ein wissenschaftliches Institut und eine unstrukturierte Wohngruppe, in der niemand Verantwortung trägt, sind in der Nutzung zweierlei, sind grundverschieden voneinander. Die Gefahren traten erst auf, als eben eine Wohngruppe, bei der niemand Verantwortung übernimmt, die Villa genutzt hat.*

**dsz:**

Wie verträgt sich das damit, daß die Stadt zu dem Zeitpunkt bereit war, wenn die Gruppe auf die Vertragsbedingungen eingegangen wäre, einen Vertrag abzuschließen. Man hätte feste Fakten gehabt, so daß die Gruppe die darin ge-

wohnt hätte, vertraglich abgesichert gewesen wäre. Dann wäre von Sicherheitsbedenken keine Rede mehr gewesen.

**Sabais:**

*Nein, das ist leider falsch. Das ist auch eine irriige Darstellung, die in der Öffentlichkeit immer wiederholt wird. Die Stadt war zu keinem Zeitpunkt bereit, mit der Gruppe einen Mietvertrag abzuschließen. Sie hat ihre Bereitschaft erklärt, mit dem Studentenwerk einen Vertrag abzuschließen. Die Gruppe selbst, aber auch die Gruppe in der Traube, hat eine ganze Zeit lang darauf bestanden, daß mit ihr direkte Verträge abgeschlossen würden. Dazu waren wir nie bereit. Jetzt hat sich die Gruppe in der Traube — und das auch erst in den letzten Tagen — bereit gefunden, mit dem Studentenwerk entsprechende Untermietverträge abzuschließen. Wir schließen in der Traube mit dem Studentenwerk ab. Die gleiche Position haben wir in der Oetingerschen Villa eingenommen.*

**dsz:**

Gut, das ist aber dann ziemlich egal. Wenn der Vertrag mit dem Studentenwerk abgeschlossen worden wäre, wäre auch von Sicherheitsbedenken keine Rede gewesen.

**Sabais:**

*Ja!*

**dsz:**

Zu dem Zeitpunkt.

**Sabais:**

*Aber der Vertrag mit dem Studentenwerk ist eben nicht zustande gekommen. Er scheiterte an der Forderung der Gruppe, unmittelbar als Mieter der Stadt aufzutreten.*

**dsz:**

Gut, und dann führte man die Sicherheitsbedenken ins Spiel.

**Sabais:**

*Die Sicherheitsbedenken sind natürlich gewachsen in dieser Zeit. Sie wissen, daß dann noch die Release-Gruppe (ein eingetragener Verein, dessen Mitglieder versuchen, Drogensüchtigen zu helfen; d. Red.) dazukam, mit der wir in Verhandlungen eine andere Möglichkeit gefunden haben. Die Release-Gruppe hat die Villa freiwillig verlassen. Die Release-Gruppe war, das werden Sie sicherlich auch nicht von der Hand weisen können, nicht der beste Nachbar für die Jugendgruppen, die dort ebenfalls tätig wurden.*

(Fortsetzung Seite 26)



# Man nehme oder erfinde einige Details...

## Notizen zum Interview

Gegen OB Sabais, Polizeipräsident Bernet, Polizei-Oberrat Metz und andere haben die ehemaligen Bewohner der Oetingerschen Villa Strafanzeige erstattet wegen Verdachts des schweren Hausfriedensbruchs, der Körperverletzung und der Freiheitsberaubung im Amt; außerdem wurde Strafantrag gestellt wegen gemeinschaftlich begangenen Hausfriedensbruchs und Sachbeschädigung. In der Begründung heißt es unter anderem, daß es sich bei der Räumung der Villa „um einen organisierten, rechtswidrigen Angriff auf die Bewohner des Hauses“ gehandelt habe.

Von der anderen Seite werden die ehemaligen Bewohner des Hausfriedensbruchs und der Sachbeschädigung beschuldigt. Die Räumung wird also ein gerichtliches Nachspiel haben, weshalb über die juristische Fragwürdigkeit der Berechtigung und Art des Vorgehens hier nichts weiter gesagt werden soll.

Gewisse bauliche und andere technische Mängel hat die Villa. Das weiß die Stadt seit vielen Jahren, und das wissen besser die, die dort drei Monate gewohnt haben. Trotzdem wollten sie dort wohnen bleiben.

Und sie waren bereit, mit dem Studentenwerk einen Vertrag abzuschließen; allerdings nicht einen Vertrag, der mit einschloß, daß sie jeden Tag vor die Tür gesetzt werden konnten, und nicht einen Vertrag, der beschränkt blieb auf die zum Wohnen wenig geeigneten Säle und Räume im Erdgeschoß. Weshalb auch sollten ihnen die anderen Zimmer vorenthalten werden, obwohl sie leerstanden? Glaubt man Sabais's erster Interpretation, daß Leute, „die nicht befugt sind, so heißt der juristische Ausdruck“, nicht auf einer Baustelle herumlaufen dürfen und daß deshalb die gesamte Villa habe geräumt werden müssen, dann hätte es keinen Grund gegeben, bis zum Beginn der Renovierung, alle Zimmer zu vermieten. Aber wer wollte das glauben, wo doch wenige Spalten später derselbe Sabais sagt, daß zunächst 30 000 DM bewilligt worden seien, „um die am leichtesten zu renovierenden Teile der Villa baldmöglichst wieder in Gebrauch zu nehmen“. Also, und dafür gibt es ja auch genügend andere Beispiele, ist es nicht „nicht möglich“, daß Teile einer solchen „Baustelle“ weiter benutzt werden. Ganz abgesehen davon, daß die Sorge, den Bewohnern könne ein Schaden zustoßen, zynisch wirkt angesichts des vorauszusehenden Schadens, den über 200 behelmte und bewaffnete Polizisten ange richtet haben. In der Begründung der Anzeige gegen Sabais und Co. heißt es dann auch folgerichtig: „Bei den Planungen und Anweisungen, die dem Einsatz vorausgingen, haben die Beschuldigten eine Vielzahl von Körperverletzungen, Festnahmen (Freiheitsberaubungen) sowie Sachbeschädigungen zumindest billigend mit in Kauf genommen.“

Das Zweite ist, daß die Bewohner der Villa, obwohl sie – und nicht nur sie – die Notwendigkeit nicht einsahen, durchaus bereit waren, vorübergehend ganz auszuziehen. Sie waren mit dem Stadtjugendring überein gekommen, daß trotz des Wohnungsmangels der Ausbau der Villa zum Jugendzentrum nicht behindert werden dürfe.

Deshalb standen sie wegen Ersatzwohnraum in Verhandlungen mit dem Liegenschaftsamt. Und es ist eine Zwecklüge, wenn Sabais in seinem Februar-Rundbrief behauptet, „es ist eine Zwecklüge, daß zugleich verhandelt worden sei“. Wenn der Magistrat die gewaltsame Räumung be-

schlossen hat, ohne sich über den Stand aller Verhandlungen zu informieren, oder wenn der Magistrat lieber mit Polizeieinsatz „dem Spuk ein Ende bereiten“ wollte, als weiter nach einer friedlichen Lösung zu suchen, dann ist das übel genug und gewiß kein Grund, sich an die Brust zu schlagen und der Initiativgruppe mangelnde Einsicht vorzuwerfen.

Aber so übel ist es wohl tatsächlich. Und damit beginnt dann – analog zu der Sabais'schen Erklärung – der zweite Teil dieser Bemerkungen.

Der Grund für die Räumung war letztlich nicht der bauliche Zustand der Villa. Letzten Endes, das gibt Sabais recht unumwunden zu, war ausschlaggebend die politische Strukturierung der Gruppe. Und die faßt Sabais – für die Öffentlichkeit – einprägsam in einer Gleichung zusammen:

Villa-Besetzer = Initiativgruppe = Traube-Besetzer = Stalin-Bild = Stalinisten = reaktionärer Schwachsinn und latenter Terrorismus

und  
latenter Terrorismus = latente Kriminalität  
also

Villa-Besetzer = latente Kriminelle; daraus folgt: Villa muß geräumt werden!

Da mag Sabais dann im Interview noch so sehr herausstreichen, daß nur ein Teil der Traube-Besetzer Stalinisten seien – einige kennt er ja persönlich, die Stalinisten nicht mal vom Hören-Sagen, sondern vom Sehen, vom Sehen zweier Stalin-Bilder nämlich –; wenn er im gleichen Atemzug mutmaßt, es handele sich um diejenigen, „– da ich Stalinisten ganz genau kenne –, die sich da in Führungspositionen gesetzt haben“, disqualifiziert er die anderen bestenfalls zu billigen Mitläufern, jedenfalls zu Helfern der zielangebenden Stalinisten.

Der einzige fixe Punkt der bürgermeisterlichen Kombinationen, so stellt es sich trotz mehrfachen Nachhakens dar, sind also zwei Bildreihen jener „5 aufrechten Genossen“ – eine im Taschenbuch-, die andere im Wandkalenderformat – aufgehängt im Keller der Traube. Nicht nur die Jungsozialisten aus Darmstadt Nord fanden diese verwegene Ideenreihung absurd; sie verwiesen auf die bibliophilen Schätze des OB, die bei solcher Hand-Habung des Denkens vergleichbare Schlüsse nahelegten.

Ernst zu nehmen – das wurde schon im Interview gesagt – ist nicht, wie die vermeintliche Kausalkette zusammen gebastelt wurde, sehr wohl aber, daß es geschah. Das Rezept ist einfach und nicht in Darmstadt erfunden.

Die Initiativgruppe Wohnen hat von Anfang an klar gestellt, daß es ihr um zweierlei bei der Besetzung ging:

- Um eine Wohnung. Das wird von Sabais in der Lokalpresse gerne in den Hintergrund gedrängt, denn sie wissen genau, daß nicht nur Studenten mißmutig über mangelnden und schlechten Wohnraum sind. Sabais versuchte, die Wohnungsnot zu vertuschen, indem er mehrfach darauf hinwies, daß 19 der Traube-Besetzer vorher mit anderem Wohnsitz in Darmstadt gemeldet waren. Das ist – falls die Zahl stimmt – so wahr wie nichtssagend; denn diejenigen, die schon vorher in Darmstadt studiert oder gearbeitet haben, haben natürlich auch dort oder in der Umgebung gewohnt. Die

Frage unter welchen Umständen und bis wann, wollte sich Sabais offenbar nicht stellen. Wer die Diskussionen der InWo um die Bedürftigkeit potentieller Bewohner verfolgt hat, weiß wie hart dort – eben wegen der Zimmerknappheit – gesiebt werden mußte.

- Das weitere Ziel der Besetzer war und ist, die Bevölkerung auf die Ursachen der Wohnmisere aufmerksam zu machen. Da geht es um die Frage der Boden- und Mietspekulation und darum, wer für welche Interessen Prioritäten in den öffentlichen Haushalten setzt; schließlich um das Erarbeiten von Möglichkeiten sich dagegen zum Vorteil des großen Teils der Bevölkerung zu wehren. Das konnte den Stadtherren am wenigsten einerlei sein; weiß doch selbst die ihnen wohlgesonnene Lokalpresse, dazu des öfteren Merkwürdiges (im Sinne des Wortes) zu melden.

Das erwähnte Rezept mußte also gewährleisten, daß die anfängliche Sympathie der Bevölkerung für die Besetzer nachließ, möglichst ins Gegenteil umschlug und andere politisch engagierte Gruppen, die sich vergleichbare Ziele gesetzt haben, gleich mit getroffen wurden.

Zunächst als Vorbereitung der Räumung die sonst anderen Zeitungen vorbehaltene beispiellos primitive Berichterstattung der Lokalpresse über Nachttöpfe, Scheiße und Strichlisten in der Traube; das ganze mehrfach aufgewärmt, um für die Traube-Räumung, die nach Meldungen der Frankfurter Rundschau ebenfalls schon geplant war, gleich auch einen Grund zu haben: Ein halbes Jahr später hätten wir die Traube nur noch als Schweinestall vermieten können.

Daß es so schlimm nicht gewesen sein kann bestätigt ein Protokoll, das anlässlich einer Besichtigung der nun vermieteten 17 Traube-Zimmer vor einigen Tagen von den Begutachtern der Hotel-Gesellschaft erstellt wurde: Für fünf Zimmer ist festgehalten „Zustand wie vor der Besetzung“, für die restlichen, daß sie renoviert worden seien.

Dann kam die Räumung der Villa – bei der offenbar absichtlich so viel zerstört wurde, daß sie nun tatsächlich unbewohnbar ist –, „begründet“ mit der hinlänglich bekannten Erklärung des OB.

Es ist ein – neben Frontalangriffen wie das Berufsverbot – vor allem in letzter Zeit sehr beliebtes Rezept, linke Gruppen zu diffamieren, – so durchsichtig, daß die „liberale“ Presse schon beginnt, sich daran zu stoßen:

● Man nehme oder erfinde einige Details, die – entsprechend zubereitet – negative Assoziationen bei der Bevölkerung hervorrufen; gegebenenfalls steigere man das ganze, bis die Bevölkerung bereit ist, Selbstjustiz zu üben. Man gehe bei der Stimmungsmache ruhig etwas zu weit, um dann, kritisch darauf angesprochen, einiges einschränken zu können – „Ich habe das Wort in diesem oberflächlichen Sinne gebraucht. Ich gebe gern zu, daß ich mich hier hätte vielleicht etwas deutlicher ausdrücken können“ –; man sichere aber mit leeren Worten ab, daß an beabsichtigter Wirkung nichts verlorengeht“ – „deutlicher hätte aber heißen: schärfer!“ Auf alle Fälle verweise man auf die Mündigkeit der Bevölkerung – „Ich halte eigentlich die politische Urteilsfähigkeit der Bevölkerung für ziemlich weit entwickelt“ –, die schon zu verstehen wissen, wie alles gemeint sei.

Der Arbeiter, der Angst hatte, die Tür mit aufzubrechen, meinte denn auch, es richtig verstanden zu haben. Natürlich, Herr Sabais, ein Arbeiter ist nicht die Bevölkerung; aber ein Bachmann auch nicht! Und Sie werden nicht bestreiten wollen, daß die Schüsse auf Rudi Dutschke – wie auch immer die persönliche Problematik des Attentäters Bachmann aussah – nicht gefallen wären, wenn Politiker und Presse nicht eine sie mindestens begünstigende Stimmung in der Bevölkerung hervorgerufen hätten.

## Vorurteil Nr.5



**Krankenkassen  
sind wie Hamster.  
Nehmen. Nehmen.  
Nehmen. Setzen  
Fettpolster an.  
Und nicht zu knapp...**

Nicht einmal vor Studierenden machen sie halt. Auch bei denen wollen sie einhamstern. Dabei weiß jeder, wie schwer gerade die Studenten es haben. Die DAK weiß es auch. Darum hat die Vertreterversammlung der DAK mit Wirkung vom 1.1.1972 Beiträge beschlossen, die den Studenten angemessen sind.

**Mit 11,- DM monatlich sind Sie dabei – Für 1,- DM mehr auch Ihre Familie.**

Studenten können Mitglied der DAK werden, sobald sie eine vorübergehende Angestelltentätigkeit ausüben, z. B. als Werkstudent.

Diese Information glauben wir allen schuldig zu sein.

Das Zeichen für Vertrauen und Leistung

**DAK**  
DEUTSCHE ANGESTELLTEN-KRANKENKASSE



**dsz:**

Heißt dieser Standpunkt, den Sie eben vertreten haben — daß Sie zwar mit dem Studentenwerk nicht aber mit den Bewohnern abschließen — daß Sie nur Mietverträge abschließen mit Leuten, die entsprechend Kapital im Hintergrund haben, um eventuelle Schäden bezahlen zu können?

**Sabais:**

*Nein, das heißt es nicht. Wir wollen einfach nicht als Hausverwalter auftreten gegenüber Studenten. Dazu ist ja die soziale Organisation Studentenwerk da. Im übrigen haben wir dem Studentenwerk keinerlei Bedingungen gestellt, mit wem es seine Untermietverträge abschließt. Es wäre also auch möglich gewesen, daß die Gruppen in der Oetingerschen Villa so wie jetzt in der Traube vorübergehende Mietverträge mit dem Studentenwerk hätten abschließen können, wenn Sie dazu bereit gewesen wären. Allerdings ist eben die Lage in der Villa eine grundsätzlich andere, weil die Bedenken unserer technischen Ämter hier gravierend und durchschlagend sind.*

**dsz:**

Sie sprachen vorhin von der Umstrukturiertheit der Gruppe in der Villa. Nun war in der Zeit vor der Räumung — schon ab Mitte Dezember ungefähr — eine intensive Kampagne in der Presse zu lesen, insbesondere forciert von seiten der CDU, daß dem Spuk, so wurde teilweise gesagt, ein Ende zu bereiten sei und es wurde unverhohlen zur Aktion aufgefordert, Aktionen von seiten der Stadt, die in der Presse durchaus politisch begründet waren. Ist diese Umstrukturiertheit, die Sie genannt haben, nicht letzten Endes das Eingeständnis der politischen Absicht?

**Sabais:**

*Nein. Ich habe gegen die Unstrukturiertheit einer Wohnkommune nichts einzuwenden, wenn die entsprechenden Sicherheitsmaßnahmen, auf denen die Stadt bestehen muß als Eigentümer dieser Gebäude, hätten eingehalten werden können. Auch in der Traube sind solche unstrukturierten Gruppen untergekommen. Dort ist dann die Lage eine vollkommen andere gewesen — von Anfang an — als in der Oetingerschen Villa. Es ist vielleicht überflüssig zu erwähnen, daß ich den CDU-Standpunkt während der gesamten Zeit der Auseinandersetzung nie geteilt habe, sondern eine differenzierte Betrachtung wohl immer zum Ausdruck gekommen ist.*

**dsz:**

Dazu später! Die Räumung hat stattgefunden am Dienstagmorgen um 7.30 Uhr. Am Tage zuvor, war vereinbart worden, zwischen der Initiativgruppe Wohnen und einem Vertreter des Liegenschaftsamtes, daß am Dienstag zwischen 9 und 10 Uhr Verhandlungen stattfinden sollten, zwischen beiden einen Vertragsabschluß betreffend. Eingeschlossen wurden die Möglichkeiten, daß die Gruppe sich vorübergehend zurückzieht, um eine Renovierung zu ermöglichen und so weiter. Durch das Verhalten der Demonstration am Montagabend, 17. 1., dem Tag vor der Räumung, war ja sicherlich auch deutlich geworden, daß man von studentischer Seite her an einer Regelung interessiert war. Ist es nicht so, daß Sie offensichtlich, der Aufforderung der Jungen Union folgend, dem Spuk ein Ende zu bereiten, geräumt haben, um in letzter Minute einen Vertragsabschluß und damit das Bewohnen der Villa durch eine politische Gruppe zu verhindern?

**Sabais:**

*Nein, das ist nicht der Fall. Da könnten Sie vielleicht mein Verhalten gegenüber den Traube-Besetzern einmal in Betracht ziehen. Ich habe dort 5 Räume räumen lassen, die gegen die Abrede besetzt worden sind. Das heißt also, ich habe dort gezeigt, daß ich mich an Abreden halte. Wenn die andere Seite die Abreden nicht hält, dann allerdings muß ich die, gemäß meiner Verantwortung, einzusetzenden Machtmittel auch einsetzen. Die Verhandlungen des Liegenschaftsamtes waren mir ganz unbekannt. Sie können auf keinen Fall mit dem Ziele geführt worden sein, direkte Verträge mit der Gruppe abzuschließen, sondern sie können nur den Zweck gehabt haben, die Gruppe, die wir ja schriftlich unterrichtet hatten von der Notwendigkeit der freiwilligen Räumung, noch einmal darauf hinzuweisen, daß die Räumungsfrist, die bis Sonntag gesetzt gewesen war, einzuhalten sei. An diese Räumungsfrist hat sich die Release-Gruppe gehalten. Wir haben sie auch anderwärts untergebracht und wir hätten auch der studentischen Wohngruppe in der Oetingerschen Villa andere Raumangebote gemacht. Es ist leider so, daß offensichtlich die Besetzer-Gruppe „Oetingersche Villa“ das falsche Objekt besetzt hat und diese falsche Entscheidung für ein ungeeignetes Objekt nicht rückgängig machen wollte.*

**dsz:**

Mindestens zum Zeitpunkt der Besetzung

konnte das Objekt noch nicht falsch sein, weil sie ja anschließend noch Mietverträge bzw. Nutzungsverträge angeboten haben.

**Sabais:**

*Ja, das waren vorübergehende. Sie sollten nur vorübergehend sein, bis andere oder bessere Unterbringungsmöglichkeiten gefunden werden.*

**dsz:**

Bis 31. März war die Frist.

**Sabais:**

*Ja. Bis andere Unterbringungsmöglichkeiten gefunden wurden. Das hat aber an unserer Absicht nichts geändert, daß diese Villa geräumt werden muß, damit sie überhaupt renoviert werden kann.*

**dsz:**

Hätte man denn die Renovierung nicht durchführen können, wenn die eine Etage besetzt ist?

**Sabais:**

*Das ist nicht möglich. Das ist aus technischen Gründen nicht möglich, das ist auch aus Haftpflichtgründen nicht möglich. Diese Haftpflichtgründe gelten vor allen Dingen gegenüber der Kindergruppe. Sie können — ich weiß nicht, ob Sie Techniker sind — Sie können doch an einem Bau oder einer Baustelle nicht Leute, die nicht befugt sind, so heißt der juristische Ausdruck, herumlaufen lassen. Eventuell könnten Sie zu Schaden kommen. Also das ist nicht möglich!*

**dsz:**

Sie sprachen von Raumangebot, das von der Stadt an die Bewohner der Oetinger Villa gegeben worden ist. Uns ist vom Liegenschaftsamt bekannt, daß diese Raumangebote nicht bewohnbar sind. In dem einen Haus, das angeboten worden war, ist in letzter Zeit ein Rohrbruch gewesen, so daß es total unbenutzbar ist, und die anderen Räume, wurde gesagt, haben schiefe Wände und ähnliche Mängel, sind an sich nicht bewohnbar, aber für Studenten kurzfristig genüge.

**Sabais:**

*Ich kenne die Räume nicht, die angeboten wurden. Es waren jedenfalls eine Vielzahl von Räumen, die angeboten worden sind und sie können jedenfalls in ihren Wohnverhältnissen nicht schlechter sein als die Oetingersche Villa.*

**dsz:**

Aber auch nicht besser!

**Sabais:**

*Das ist das eine. Das zweite ist, daß die Stadt Darmstadt ja überhaupt nicht der Kompetenzträger für die Unterbringung von Studenten ist, sondern daß wir hier nur Hilfsmaßnahmen treffen können. Verantwortlich dafür ist die Technische Hochschule selber und das Land Hessen.*

**dsz:**

Auf einem der Teach-Ins, die stattgefunden haben, ist mal gefallen, daß durchaus auch andere Mitbürger dieser Stadt – und insbesondere ausländische Mitbürger, Gastarbeiter – in Wohnungen, in Baracken hausen, muß man da schon sagen, in denen sicherlich mindestens genauso unzureichend Sicherheitsbestimmungen befolgt sind, wie in der Villa. Ist Ihnen überhaupt mal bekannt geworden, daß eventuell Ihre Polizei in solchen Fällen vorgegangen ist?

**Sabais:**

*Mir ist das nicht nur bekannt geworden, sondern ich habe in einigen Fällen veranlaßt, daß das Amt für Öffentliche Ordnung gegen solche unzulänglichen Unterkünfte vorgeht. Es sind auch Prozesse in solchen Fällen eingeleitet worden.*

**dsz:**

Wissen Sie die Zahl dieser Einsätze?

**Sabais:**

*Das kann ich Ihnen nicht sagen, kann ich Ihnen aber nachliefern.*

**dsz:**

Wissen Sie einige Einsatzpunkte?

**Sabais:**

*Durchaus, durchaus. Zum Beispiel in der Kasinostraße. Aber das will, aber das kann ich Ihnen nicht genau sagen, das ist nicht meine Sache. Es ist nämlich keine Polizeiangelegenheit, sondern eine Sache des Amtes für Öffentliche Ordnung.*

**dsz:**

linwiefern war dann die Räumung der Villa eine Polizeiangelegenheit und nicht auch eine Angelegenheit des Amtes für Öffentliche Ordnung?

**Sabais:**

*Das Amt für Öffentliche Ordnung kann nicht räumen. Räumen kann nur die Polizei. In allen anderen Räumungsfällen etwa un-*



*zulängliche Gastarbeiterunterkünfte, wird auf dem Wege der Verfügung, der Ordnungsverfügung, gegen den Vermieter vorgegangen. Der Vermieter wünscht keine Polizeikonfrontation, weil er keine politischen Motive hat, sondern nur wirtschaftliche.*

**dsz:**

Wir möchten dann noch auf einen anderen Punkt zurückkommen. Sie sagten vorhin, Sie seien nicht davon unterrichtet gewesen, daß das Liegenschaftsamt in Verhandlungen stand, die – so haben Sie sie es ja wohl etwa gekennzeichnet – nicht die unmittelbare Sache der Räumung betreffend gewesen sind. Es ist aber hier dennoch festzustellen, daß da irgendwelche Reibungen da sind in der Verwaltung. Wie meinten doch, es wäre sinnvoll gewesen, sich in der Verwaltung Klarheit zu schaffen wie sämtliche Verhandlungen stehen und erst dann zur

Räumung zu schreiten. Ist es nicht ein eigenmächtiges Vorgehen Ihrerseits gewesen? Ist das nicht unzureichend abgeklärt gewesen?

**Sabais:**

*Ich glaube nicht, denn alle beteiligten Verwaltungen sind vorher von mir in einer gemeinsamen Besprechung unterrichtet worden von der Räumungsabsicht. Infolgedessen hätten sich auch alle daran halten können.*

**dsz:**

Warum hat sich denn das Liegenschaftsamt nicht daran gehalten?

**Sabais:**

*Nun, ich sagte ja, das kann nur eine Verhandlung gewesen sein, um die Räumung doch noch gütlich herbeizuführen. Eine Verhandlung mit dem Ziel von direkten Mietverträgen kann nicht möglich gewesen sein.*



**dsz:**  
Heißt das, daß von Ihnen nicht alle Möglichkeiten wahrgenommen worden sind, eine friedliche Lösung zu erreichen?

**Sabais:**  
*Diese Möglichkeiten sind wahrgenommen worden. Sie sind ja auch teilweise durchaus zum Ziel gelangt. Unsere Verhandlungen mit der Release-Gruppe haben zum Ziel geführt. Diese Gruppe hat die Villa freiwillig verlassen. Die Verhandlungen, die das Liegenschaftsamt — das übrigens zuständig ist — mit der Initiativgruppe geführt hat, haben eben leider nicht zum Ziel geführt.*

**dsz:**  
Sie waren doch noch im Gange!

**Sabais:**  
*Nein, der Magistrat hat schriftlich erklärt, daß er räumen würde, wenn bis zu einem bestimmten Termin nicht die freiwillige Räumung eingetreten sei. Mehr konnte nicht sein! Das Liegenschaftsamt ist selbstverständlich auch an Magistratsbeschlüsse gebunden. Wenn Herr Keil (Leiter des Liegenschaftsamtes; d. Red.) noch einmal versucht hat, evtl., nachdem diese Frist ja überschritten war, am Sonntag lief die Frist aus, für eine gütliche Räumung einzutreten, dann ist das seine Sache gewesen. Verhandlungen konnte er entgegen dem Magistratsbeschuß nicht führen.*

**dsz:**  
Das heißt also, der Magistrat erkundigte sich nicht welche Verhandlungen noch geführt werden, sondern beschließt und zwingt anderen auf, daß sie keine Verhandlungen mehr zu führen haben.

**Sabais:**  
*Der Magistrat beschließt. Der Magistratsbeschuß ist bindend für alle Ämter. Auch für Herrn Keil.*

**dsz:**  
Nun hat es nicht nur Reibungen innerhalb der Verwaltung gegeben. Sie sind Mitglied der SPD. Der SPD-Ortsverein Martinsviertel hat sich von Ihren Vorgehen und auch von Ihren anschließenden Erklärungen distanziert. Der Ortsverein Martinsviertel ist genau in dem Viertel, indem auch die Villa liegt. Meinen Sie nicht, daß es vielleicht sinnvoll gewesen wäre, sich dort bei Ihren eigenen Genossen — um mal den Begriff zu wählen — zu erkundigen, wie

nun sie die Situation in der Villa einschätzen. Wäre es nicht sinnvoll gewesen, eventuell über ein solche politische Klärung hinweg zu einer Entscheidung zu kommen.

**Sabais:**  
*Sie meinen, es gäbe also in der SPD mehrere Dutzend Ober-Oberbürgermeister, die mir meine Handlungsweise vorschreiben könnten. Das ist nicht der Fall. Zum andern aber, habe ich selbstverständlich mit den Stadtverordneten aus dem Martinsviertel über die Sache gesprochen. Mir wurden gerade von dieser Seite Bedenken wegen der Verhältnisse in der Villa geltend gemacht. Hier mußte ein akuter Gefahrenzustand beseitigt werden, und da gibts keine politische Debatte. Wenn ein akuter Gefahrenzustand nicht beseitigt wird, dann liegt ein eklatanter Gesetzesverstoß von meiner Seite vor, und wenn die Villa etwa in Brand geraten und Menschen dabei zu Schaden gekommen wären, und ich hätte sie nicht geräumt, obwohl das Brandschutzamt das für erforderlich gehalten hat, dann hätte ich mich strafbar gemacht. Die Verantwortung trägt nicht der Ortsverein der SPD Martinsviertel in diesem Falle, sondern ich. Auch der Ortsverein Martinsviertel geht dann nicht ins Gefängnis, sondern ich. In der Demokratie gibt es ganz genaue präzise Kompetenzbestimmungen.*

**dsz:**  
Wir hatten schon mal darauf hingewiesen, daß dieser akute Gefahrenzustand unseres Wissens acht Jahre lang bestand.

**Sabais:**  
*Nein. Die Initiativgruppe Wohnen ist nicht acht Jahre dort wohnhaft gewesen.*

**dsz:**  
Das allerdings nicht!

**Sabais:**  
*... sondern die Nutzungen sind sehr unterschiedlich und dieser Unterschiedlichkeit der Nutzung müssen Sie bei der kritischen Beurteilung dieser Frage doch sehr stark beachten.*

**dsz:**  
Sie haben bisher nur technische Mängel angesprochen. Sie haben eine Erklärung am 18. Januar (dem Tag der Räumung) abgegeben zur Räumung der Oetingerschen Villa, und dort ist nachzulesen — ich darf das zitieren: „Dieser Mißbrauch

des Hauses ist deutlich darin zu erkennen, daß erklärte Feinde des sozialen und demokratischen Rechtsstaates auf Kosten der von ihnen radikal bekämpften Gesellschaft eine Art roten Hauptquartiers eingerichtet hatten“. Meinen Sie nicht — es ist ja nun Ihre eigene Erklärung —, daß das deutlich genug macht, daß über die technischen Mängel hinaus letzten Endes Ausschlag gegeben hat die politische Strukturierung dieser Gruppe.

**Sabais:**  
*Ja. Diese Gruppe ist der Auffassung, daß Hausfriedensbruch nicht Hausfriedensbruch sei. Sie hat versucht, uns ihre Bedingungen aufzuzwingen. Sie hat unseren Kompromißvorschlag nicht akzeptiert. Unser Kompromißvorschlag — ich erinnere noch einmal daran — war der, daß mit dem Studentenwerk ein Vertrag geschlossen wird.*

**dsz:**  
Dadurch werden sie aber nicht zu erklärten Feinden unseres Staates!

**Sabais:**  
*Die Konfrontation wurde gesucht. Und da die Initiativgruppe Wohnen mit der Traube ja zusammenhängt und ich selbst in der Traube in der „Bar Zu Den Fünf Aufrechten Genossen“ zweimal ein Stalin-Bild vorgefunden habe — muß ich den Schluß ziehen, wer ein Stalinist ist, ist sicherlich nicht loyal gegenüber unserem Staat. Stalinisten sind nicht einmal loyal gegenüber der Idee des Sozialismus. Das hat für mich auch ein auslösendes politisches Moment gehabt.*

**dsz:**  
Sie schließen jetzt von einem aufgehängten Stalinbild darauf, daß die Bewohner der Traube Stalinisten sind.

**Sabais:**  
*Ein Teil, ein Teil!*

**dsz:**  
Das ist doch nicht ernst zu nehmen!

**Sabais:**  
*Ich habe mich da ganz deutlich ausgedrückt; es handelt sich um einen Teil der Bewohner, und ich fürchte, es waren vor allen Dingen diejenigen — da ich Stalinisten ganz genau kenne —, die sich da in Führungspositionen gesetzt haben.*



**dsz:**  
Haben Sie in der besagten Bierstube „Zu den Fünf Aufrechten Genossen“ nicht auch die Bilder von Marx, Engels, Lenin und Mao Tse Tung und Angela Davis gesehen?

**Sabais:**  
*Ganz recht, habe ich gesehen, ja. — Wollen Sie dazu noch etwas wissen?*

**dsz:**  
Wir wollten das nur bestätigt haben.

**Sabais:**  
*Die habe ich auch gesehen. Ich halte die Gesellschaft, in der Marx hier steht, Marx und Engels hier stehen, nicht für die adäquate Gesellschaft.*

**dsz:**  
Sie haben dann in Folge der Auseinandersetzung zwei Veröffentlichungen gehabt in der Darmstädter Tagespresse und heute morgen (26. 1.) stand von der CDU eine Erklärung. Ist Ihnen beim Lesen der Zeitung heute morgen nicht aufgefallen, daß Sie sich letzten Endes zum Sprecher der CDU gemacht haben? Denn die CDU benutzt nun teilweise wortwörtlich dieselben Argumente wie Sie. — Kritische Äußerungen sind aus ganz bestimmten Teilen der SPD gekommen, und es sind kritische Äußerungen vor allen Dingen aus den Kreisen der Jungsozialisten gekommen. Einhelliger Beifall ist bislang festzustellen von Seiten der CDU.

**Sabais:**  
*Mich kümmert selbst der Beifall der CDU nicht. Wenn ich einen Rechtsstandpunkt zu wahren habe — das gehört zu meinen Amtspflichten.*

**dsz:**  
Sie haben in diesen Veröffentlichungen

in der Presse bestimmte Ausdrücke benutzt. Auf einem Teach-In ist klargestellt worden, daß Theodor W. Adorno den Sprachgebrauch — und er hat da sehr scharfe Kriterien angelegt, nachzulesen beispielsweise im „Autoritären Charakter“ — als faschistisch bezeichnet.

**Sabais:**  
*Welcher Sprachgebrauch?*

**dsz:**  
Speziell gemeint ist damit das Zitat: „Das kennzeichnet den reaktionären Schwachsinn, den latenten Terrorismus, der in einigen dieser Köpfe brodelte“.

**Sabais:**  
*Nun, das wurde auf dem Teach-in ja weiter ausgeführt. Ich habe diese Äußerung in einer ganz bestimmten politischen Absicht getan. Nämlich in der Absicht, daß sich in der Gruppe und in der interessierten Studentenschaft auch eine Abgrenzung vollzieht zwischen denjenigen, die links oder sozialistisch oder meinetwegen auch radikal sind und denen, die dort offensichtlich als Stalinisten virulent sind. Insofern sehe ich hier überhaupt keinen faschistischen Sprachgebrauch. Die Sprache der politischen Auseinandersetzung ist scharf und wenn Sie die Sprache der politischen Auseinandersetzung gerade in der sozialistischen Bewegung kennen, wissen Sie, daß ich mich außerordentlich präzise ausgedrückt habe, wenn ich von reaktionärem Schwachsinn gesprochen habe, — das ist, wie ich finde, der Stalinismus —, und wenn ich auf den latenten Terrorismus hingewiesen habe, der gerade die Stalinisten, wo sie nicht an der Macht sind, — auszeichnet.*

**dsz:**  
Wir können nicht Ihre Ansicht teilen, daß das nun sehr präzise Ausdrücke seien, die gerade die sozialistische Bewegung kennzeichnen. Ist es nicht vielmehr so,

daß Sie versuchen, den politischen Gegner von der politischen Ebene hinwegzuzerren auf eine kriminelle und auf eine der Unzurechnungsfähigkeit. Meinen Sie nicht, daß das ein unadäquates, ein sehr unbrauchbares und auch gefährliches Mittel ist, sich mit Gruppierungen auseinanderzusetzen, denen Sie den Stalinismus versuchen anzuhängen?

**Sabais:**  
*Ich versuche nicht, ihnen den Stalinismus anzuhängen, sondern die aufgehängten Stalinbilder deuten ganz eindeutig daraufhin, daß es sich hier um Stalinisten handelt. Ich wiederhole, daß ich von einem Teil der Besetzer gesprochen habe, nicht von allen — einige sind mir ja persönlich bekannt.*

**dsz:**  
Es ist aber nicht sehr komisch, wenn Sie sagen, es ist ein Teil und — unterscheiden wir einmal, es wäre ein Teil der Traube, — dann die Villa zu räumen.

**Sabais:**  
*Dieser Schluß ist mir jetzt also von einer viel zu kühnen Dialektik. Ich habe Ihnen ja gesagt, daß die rein örtlichen Verhältnisse in der Oetingerschen Villa andere sind als in der Traube. Und gemäß diesen unterschiedlichen örtlichen Verhältnissen habe ich auch gehandelt.*

**dsz:**  
Hier entsteht bloß der Eindruck, daß Sie von dem Stalin-Bild in der Traube auf die Kriminalität der Besetzer der Oetinger Villa schließen.

**Sabais:**  
*Ich habe von Kriminalität nicht gesprochen. Wenn Sie das beunruhigt, bin ich gern bereit zu sagen, daß es sich nicht um Auseinandersetzungen mit Kriminellen handelt und es auch nicht in meiner Absicht liegt, selbst die Stalinisten zu kriminalisieren. Ich weiß nur, daß mit Stalinisten die härteste politische Auseinandersetzung angebracht ist, und die führe ich.*

**dsz:**  
Muß nicht, wenn Sie von latentem Terrorismus sprechen, dann natürlich auch latente Kriminalität gemeint sein?

**Sabais:**  
*Terrorismus ist kriminell, ja.*

**dsz:**  
Greifen Sie nicht genau bestimmte Begriffe, die ganz bestimmt besetzt sind, auf, um damit der Bevölkerung einen Eindruck zu vermitteln, von dem Sie

dann nachher uns gegenüber sagen können: Das ist ja gar nicht damit gemeint! Aber wichtig ist das, was an Eindruck zurückbleibt!

**Sabais:**

*Ich halte eigentlich die politische Urteilsfähigkeit der Bevölkerung für ziemlich weit entwickelt. Ich greife nicht Begriffe auf, sondern Indizien. Über diese Indizien habe ich mich eigentlich ziemlich genau ausgedrückt. Ich habe den Eindruck, daß ich bei Ihnen durchaus verstanden werde.*

**dsz:**

Es geht da um Begriffe wie eben genau „reaktionärer Schwachsinn“. Denn Sie tun nun gewisse linke Gruppierungen ab mit als schwachsinnig zu Bezeichnende. Der Begriff Schwachsinn hat doch eigentlich eine ganz andere Bedeutung. Schwachsinnig wurden auch schon mal ganz andere Leute bezeichnet – da brauchen wir nur in unsere jüngste Vergangenheit schauen. . .

**Sabais:**

*Ja, zum Beispiel Faschisten würde ich auch als von reaktionärem Schwachsinn geschlagen bezeichnen.*

**dsz:**

Schwachsinnige wurden auch mit der Bezeichnung in die Gaskammer geschickt. Kann man dann solche Begriffe überhaupt noch verwenden, sind sie nicht schon von einer ganz bestimmten politischen Richtung besetzt? Um es noch klarer zu sagen: Meinen Sie, daß man jetzt – nach 12 Jahren Hitler-Faschismus und einer 20jährigen CDU-Herrschaft – daß man dann jetzt diese Begriffe kehren kann gegen Gruppen auf der Linken, mit denen die Auseinandersetzung zweifellos zu suchen ist, aber mit denen auf diese Art und Weise keine Auseinandersetzung stattfindet? Allenfalls wird eine Atmosphäre in der Bevölkerung geschaffen, die beispielsweise 1968 zu einem Attentat auf Rudi Dutschke geführt hat. Meinen Sie nicht, daß Sie damit zum Federführer eine Gruppe von – um es ganz klar zu sagen – von Scharfmachern werden, die hier eine ähnliche Situation zu schaffen versucht.

**Sabais:**

*Sie haben da sehr tief gegraben, in Ihrer kritischen Anmerkung, die Sie jetzt machen. Selbstverständlich ist ein Ausdruck wie „reaktionärer Schwachsinn“ nicht zu ver-*

*wechseln mit angeborener oder erworbener Debität, Das möchte ich hier klarstellen. Man spricht auch unter Freunden in Auseinandersetzungen gelegentlich davon, daß diese oder jene Gründe schwachsinnig seien. Ich habe das Wort in diesem oberflächlichen Sinne gebraucht. Ich gebe gern zu, daß ich mich hier hätte vielleicht etwas deutlicher ausdrücken können; deutlicher hätte aber heißen: schärfer!*

**dsz:**

Haben Sie nicht genau diese Begriffe gewählt, um eine Gruppe in eine bestimmte Richtung zu drängen, die der Bevölkerung dann den Eindruck vermittelt, daß hier eine ganz klare Gefahr für ihre persönliche Situation gegeben sei?

**Sabais:**

*Stalinisten, wenn wir davon reden, braucht man nicht in die Position zu drängen, in der sie als eine Gefahr für jeden demokratischen, aber auch für jeden sozialistischen Staat erscheinen, sie sind eine Gefahr. Die anderen habe ich, wie ich deutlich gemacht habe in beiden Erklärungen, nicht gemeint.*

*Und ich bin, muß ich sagen, etwas befremdet und enttäuscht, daß manche Leute offensichtlich meine Erklärungen nicht genau gelesen haben. Ich differenziere hier ganz genau zwischen Leuten, die in Selbsthilfeaktionen demonstrativ Mittel gebrauchen – das halte ich nicht für undemokratisch –, und solchen Leuten, die von ihrer politischen Ideologie her nicht emanzipatorische politische Aktionen wollen, sondern genau das Gegenteil davon, nämlich diktatorische und entmündigende gegenüber Gesellschaft und Staat.*

**dsz:**

Meinen Sie, daß sie emanzipativ wirken, indem Sie das was brodelt noch weiter zum Brodeln bringen.

**Sabais:**

*Ja, man kann, wenn es solche Stalinisten gibt, nicht zeitig genug die härteste politische Auseinandersetzung mit ihnen aufnehmen.*

**dsz:**

Ja, sicherlich eine politische Auseinandersetzung! Aber Sie schließen von diesem besagten Stalin-Bild dann auf die ideologische Haltung der Bewohner, . . .

**Sabais:**

*Eines Teils!*

**dsz:**

. . . und differenzieren dann wiederum, es sei ja nur ein kleiner Teil. Die Hälfte der Presseerklärung hängt sich an diesem einen Bild auf, wobei Sie dann nämlich nicht mehr differenzieren und über einen Kamm scheren. Es heißt hier zum Beispiel: „ . . . die ideologischen Spinnweben aus den Augen reiben; es gibt Alt- und Jung-Stalinisten wie es Alt- und Jungfaschisten gibt.“ Auch das wird wieder über einen Kamm geschoren und sie werden dann wirklich in eine Ecke getrieben. Wobei Sie nicht differenzieren, daß zum Beispiel Marx-, Engels-Bilder dort auch hängen.

**Sabais:**

*Jung-Faschisten und Jung-Stalinisten gehören für mich in den gleichen Topf. Das ließe sich weitläufiger ausführen, das ließe sich auch von der politischen Theorie her gut begründen. Ich muß Ihnen sagen, daß das Stalin-Bild an der Tür der Bar und das Stalin-Bild in Marshall-Uniform in der Bar für mich viel aufregender gewesen ist, als die Besetzungen selbst.*

**dsz:**

Apropos „ein Topf“. Sie sprachen davon, daß 25 Kinder mißbraucht wurden. Sie sprachen damit den Roten Punkt Martinsviertel an, eine Gruppe, zweifellos links stehend, die sich in großem Maße um soziale Belange der Bevölkerung kümmert und auch ein positives Echo gefunden hat in der Bevölkerung. Indem Sie so etwas nebeneinander stellen: ein Bild in der Traube, die von Stalin mit Blut besudelte Rote Fahne, die in der Oetinger Villa gehißt worden sei; 25 Kinder, die mißbraucht worden seien – wobei dann nicht mehr im Zusammenhang klar wird, wie nun mißbraucht, politisch mißbraucht? – . . .

**Sabais:**

*Doch, doch. Das wird klar!*

**dsz:**

. . . indem Sie das so nebeneinander stellen, werfen Sie da nicht etwas in einen Topf?

**Sabais:**

*Politisch mißbraucht, ja ja. Das sind zwei verschiedene Dinge, das sind ja auch zwei verschiedene Absätze in meiner Erklärung, das wollen Sie bitte beachten. Sie lesen doch sonst so sehr genau, mit Recht. Ich halte es für einen politischen Mißbrauch von Kindern, wenn man Kinder sozusagen als Schutzschild vor sich hält, um die politische*

## Theorie einig."

*Konfrontation zu suchen. Das muß ich sagen, dafür fehlt mir jedes Verständnis.*

**dsz:**

Augenblick! Wo hat der Rote Punkt versucht, die Kinder als Schutzschild für seine Aktion zu benutzen? Der Rote Punkt hat ja nie die Konfrontation mit ihnen gesucht, sondern ganz klar gesagt: Wir brauchen für diese Kinder Räume, und die Räume sind in der Villa da, wir bauen sie uns aus! Das ist vom SPD-Ortsverein Martinsviertel auch begrüßt worden; er fordert sogar, man hätte dieser Gruppe Mittel geben sollen, damit sie die Oetinger Villa im Keller besser ausbauen könnte. Denn diese Räume werden nicht genutzt, aber gebraucht.

**Sabais:**

*Die Oetingersche Villa kann von einer Kindergruppe nicht ausgebaut werden. Das kann nur die Stadt tun. Wir haben auch der Gruppe Roter Punkt mitgeteilt, daß sie die Villa räumen müsse, damit wir überhaupt etwas mit ihr anfangen können. Es ist also nicht so, daß ich — das ist eine Unterstellung übrigens in manchen Erklärungen — daß ich die sozialpädagogische Arbeit dieser Gruppe mißbilligte, ganz im Gegenteil, würde ich eher sagen.*

**dsz:**

Wo ist dann aber der Mißbrauch der Kinder?

**Sabais:**

*Dadurch, daß sie von denjenigen, die ihnen Anleitung geben, auch als Hausbesitzer mißbraucht worden sind. Obwohl bekannt war, daß wir diese Villa zum Jugendzentrum ausbauen wollen. Das ist doch nichts als ein Schutzschild gewesen.*

**dsz:**

Wann können Sie denn die Villa ausbauen? Wann haben Sie die 300 000 Mark, die dafür mindestens notwendig sind?

**Sabais:**

*Erst mal haben wir sofort 30 000 Mark bewilligt, um die am leichtesten zu renovierenden Teile der Villa baldmöglichst wieder in Gebrauch zu nehmen, das ist das eine. Das zweite ist, daß im Magistrat — daran hat übrigens der Stadtjugendring teilgenommen mit seinem Vorstand — eine Planung vorgelegt werden muß, und zwar in Höhe von 300 000 Mark. Wenn diese Planung vorliegt, müßte Magistrat und Stadtverordnetenversammlung, der ja das Bewilligungsrecht zusteht, darüber disku-*



*tieren. Es ist nicht so, daß ich die 300 000 Mark etwa selbst bewilligen könnte.*

**dsz:**

Halten Sie es bei der sehr angespannten Finanzlage der Stadt Darmstadt überhaupt für möglich, diese 300 000 Mark in absehbarer Zeit aufzubringen?

**Sabais:**

*Die 300 000 Mark müßten obnebin — wie alle städtischen Investitionen — auf dem Darlehensmarkt beschafft werden. Und insofern ist der Betrag von 300 000 kein großer Betrag, wir werden größere Darlehen aufnehmen müssen, für größere Investitionsvorhaben.*

**dsz:**

Hätte man also nicht warten können mit der Räumung der Villa oder — der Begriff Räumung wäre dann sicherlich falsch — mit einem Verlassen der Villa durch die Gruppen, die darin waren, bis klar ist, wann renoviert werden kann?

**Sabais:**

*Man hätte nicht warten können. Ich habe eigentlich erwartet, daß die Besetzer, die Initiativgruppe Wohnen vor allem, aus eigener Einsicht die Villa verlassen würden. Das ist leider nicht geschehen. Warten hätte bedeutet, daß bei jedem Zwischenfall, vor allen Dingen bei der Brandgefahr, die gegeben war, die von den Sachverständigen — von den Sachverständigen! — gutachtlich an den Magistrat gegeben war. . .*

**dsz:**

Sie wissen doch, daß man mit Gutachten alles beweisen kann!

**Sabais:**

*Nein, nein — ja mit Professorengutachten, allerdings — aber wenn ein Feuerwehrmann, wenn ein Brandschutzamt ein Gutachten abgibt, dann habe ich zu handeln, oder ich mache mich strafbar. Wenn in der Villa ein Brand ausgebrochen worden wäre,*

*wäre ich vor Gericht gestellt worden, und das mit Recht. Das ist keine politische Frage.*

**dsz:**

Es ist nun am Montag vor der Räumung angeboten worden, daß ein Gutachten gemacht werden könnte von seiten der TH.

**Sabais:**

*Die TH ist nicht das städtische Brandschutzamt. Ein Gutachten der TH ist irrelevant.*

**dsz:**

Meinen Sie, daß die Kompetenz, der Sachverstand, entsprechender Fachbereiche der TH nicht ausreicht?

**Sabais:**

*Nein, nicht der Sachverstand, vom Sachverstand aus gesehen — ich weiß nicht, ob Sie einen Brandschutzprofessor haben an der TH — jedenfalls ist das zuständige Amt das Brandschutzamt der Stadt Darmstadt. Das hat das vom Gesetz her zu begutachten und ich habe dann gemäß der gesetzlichen Verpflichtung zu handeln.*

**dsz:**

Wir sollten nochmals zum Abschluß auf einige Punkte zu sprechen kommen. Insbesondere der Punkt, daß Arbeiter der Stadt offensichtlich den Einsatz verweigert haben. Beunruhigt Sie das nicht?

**Sabais:**

*Dahinter stehen keinerlei politische Motive, sondern der Arbeiter, der nicht tätig werden wollte beim Aufbrechen der Tür, der hat einfach befürchtet, daß er sich Repressalien aussetzt von radikaler Seite. Für Angst, wenn jemand Angst hat, dafür habe ich menschliches Verständnis.*

**dsz:**

Ist das nicht ein Ergebnis eben dieser Presserklärungen und -berichte, die vor der Räumung abgedruckt wurden?

**Sabais:**

*Ich glaube nicht. Es gibt ja solche Vorfälle*



nicht nur in Darmstadt, sondern man hört von recht subtilen Terrormaßnahmen aller Orten.

**dsz:**  
Man hatte gerade vorher, da ja immerhin die Gefahr der Räumung deutlich vor Augen stand, von seiten der Initiativgruppe öffentlich gesagt, daß es zu einer Schlägerei oder ähnlichen Sachen überhaupt nicht kommen sollte. Man wollte es nur der Polizei nicht sehr leicht machen. Sie selbst sprachen vorher das ‚ausgeprägte politische Urteilsvermögen‘ der Bevölkerung an. Widerlegt die ‚Angst des Arbeiters‘ nicht Ihre Ausführungen?

**Sabais:**  
*Ein Arbeiter ist nicht die Bevölkerung. Es gibt ängstliche und weniger ängstliche Menschen.*

**dsz:**  
Sie gehören zu den Nichtängstlichen?

**Sabais:**  
*Ich glaube das bewiesen zu haben, ja.*

### Exkurs über den Roten Punkt, die Schule und den erziehungsfreien Raum

**dsz:**  
Sie haben in Ihrer zweiten Presseerklärung nochmals betont, daß die Räume in der Niebergall-Schule hervorragend geeignet seien für die Arbeit des Roten Punktes. Das ist vom pädagogischen Standpunkt aus nicht haltbar.

**Sabais:**  
*Das scheint mir sehr haltbar!*

**dsz:**  
Das ist eine Einstellung Ihrerseits, die unserer entgegensteht. Man kann nicht,

## „Ein Arbeiter ist nicht die Bevölkerung.“

wenn Schüler die Schule schon eh nicht mögen, sie dann noch nachmittags, während ihrer Freizeit, in die Schule zwingen und ihnen sagen: Hier, wir bieten Euch Räume an, aber in der Schule. Da stoßen wir, vor allen Dingen bei den Betroffenen selbst, auf totales Unverständnis.

**Sabais:**  
*Warum bauen wir dann eigentlich so viele Schulen? — . . . frage ich mich.*

**dsz:**  
Bauen wir die richtigen?

**Sabais:**  
*Ich kenne die Ideen von Herrn von Hentig auch. Ich meine, es ist überhaupt die Frage: Ich selbst bin als unterprivilegiertes Kind aufgewachsen und ich finde das allerwichtigste — um das pädagogisch auszudrücken — in einer solchen Situation ist der erziehungsfreie Raum. Ich habe mit meinen Freunden — und das war nicht Watzeviertel, das war wesentlich finsterner, — ich habe mich allen Erziehungsversuchen von irgendwelchen Ideologen, seien sie nun religiös oder politisch bestimmt gewesen, mit Fleiß entzogen. Und die Erziehung, die wir uns selbst in der Gruppe haben angeeignet lassen, war die wichtigste für mich, nicht die in der Schule. Pädagogische Assistenten als. . .*

**dsz:**  
Und Sie bieten dann Räume in der Schule an?

**Sabais:**  
*Ja, Räume sind wertneutral! Worauf ich hinauswill: pädagogische Assistenten als Gruppenleiter, das halte ich also nun wirklich für lachhaft für unterprivilegierte Kinder! Meist Leute aus bürgerlichen Verhältnissen und in einer sozial-sentimentalen Weise tätig, die den Kindern überhaupt nichts hilft.*

**dsz:**  
Wenn Sie sagen, diese Kinder können sich viel besser selbst erziehen, dann restaurieren Sie damit natürlich die Pädagogik der letzten hundert Jahre, wo man sich genau auf diesen Standpunkt gestellt hat, . . .

**Sabais:**  
*Der erziehungsfreie Raum ist wichtig. . .*

**dsz:**  
Von der Gesellschaft?

**Sabais:**  
*. . . nicht die totale pädagogische Nötigung.*

**dsz:**  
Sollen sich die Kinder diesen erziehungsfreien Raum schaffen?

**Sabais:**  
*Na sicher!*

**dsz:**  
Zum Beispiel, indem sie Häuser besetzen?

**Sabais:**  
*Kinder Häuser besetzen? Ich bitte Sie, das ist eben falsch, das halte ich für unpädagogisch.*

**dsz:**  
Nun, wenn die Kinder auf sich allein angewiesen sind, dann werden sie nicht lange reflektieren über Pädagogik.

**Sabais:**  
*Ja, gut. Wir haben in Eberstadt ja den ähnlichen Fall gehabt. (Gemeint ist die Hausbesetzung durch Studentinnen des Fachbereichs Sozialpädagogik der Fachhochschule, die dort unter sogenannten Asozialen arbeiten wollen und sich lange Zeit vergeblich um eine Wohnung in dieser Gegend bemüht hatten; d. Red.) Schließlich haben wir bessere Möglichkeiten stellen können, als die jungen Sozialpädagoginnen sich selbst vorstellen konnten.*

**dsz:**  
Sie haben aber den Leuten nicht gesagt, sie sollten die Kinder ruhig allein lassen, wie Sie das eben ausgeführt haben!

**Sabais:**  
*Als Junge des Watzeviertel würde ich mich solchen Gruppen überhaupt nicht anschließen; das sind doch Indoktrinationsgruppen.*

**dsz:**  
Der Rote Punkt?

**Sabais:**  
*Ja! Pädagogik! Mein Gott, ist das eine Wissenschaft?*

**dsz:**  
Darüber könnte man länger reden.

**Sabais:**  
*Jedenfalls glaube ich, hat mir der erziehungsfreie Raum und sein pädagogischer Nutzen nicht geschadet. Ganz im Gegenteil!*

# Die Freiheit vom Denken – ein Blick in die Leistungsgesellschaft der Deutschen Industrie

Im Herbst letzten Jahres legte der Bundesverband der Deutschen Industrie e. V. (BDI) der Öffentlichkeit ein Papier vor, mit dem er die „Sorge“ der Industrie um die Entwicklung der Hochschulen zum Ausdruck brachte. Das Papier fand reichlich Beachtung, ist es doch als der offiziöse Beitrag des Industrieverbandes zur Diskussion des Entwurfs zum Hochschulrahmengesetz anzusehen. Kernpunkte der BDI-Forderungen zur Entwicklung von Forschung, Lehre und Studium ist die nach „leistungsfähigen“ Hochschulen und nach Hochschulabsolventen, die — entsprechend ausgebildet — „leistungsfreudig“ den Erwartungen der Industrie entgegenzusehen werden.

*„Es ist ein furchtbares Los für eine freie Unternehmerwirtschaft, wenn bei großen Gruppen das Verständnis dafür verloren geht, daß allgemeine Einkommenssteigerungen nicht vor allgemeinen Leistungssteigerungen realisiert werden können; ein furchtbares Los, das in diesen trüben Herbsttagen die Bundesrepublik ereilt zu haben scheint.“*

So charakterisierte Prof. Dr. Erich Streissler, Universität Wien, vor dem Arbeitskreis „Einkommen – Leistung – Eigentum“ der Mitglieder-Versammlung 1971 der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände am 7. 12. 1971 in Bonn-Bad Godesberg die gegenwärtige gesellschaftspolitische Situation. In eben jenen trüben Herbsttagen, im Oktober 1971, trat der Bundesverband der Deutschen Industrie e. V. mit seinem Papier „Zur Lage von Forschung, Lehre und Studium an den Hochschulen der Bundesrepublik 1971“ an die Öffentlichkeit – ein Papier, von dem selbst das offiziöse Organ der Technischen Hochschule Darmstadt, „Die Hochschule“, schreibt: „Versucht man die Vorstellungen des BDI im Klartext zu formulieren, so könnte das, natürlich weniger industriefreundlich ausgedrückt, etwa fol-

gendermaßen klingen: in unserem wachstumsorientierten, sich schnell ändernden Industriestaat hat die Hochschule den Auftrag, die in hierarchische Qualifikationsstufen hineinwachsenden Funktionsebenen zu befähigen, kooperativ, konstruktiv zu gehorchen, mitzumachen und zu managen.“ Was die Industrie so trübe stimmte, gerade im letzten Herbst, das waren die Zustände an den Hochschulen, die sie – wie sie selbst sagt – „mit großer Sorge verfolgt“ und die sie als „krisenhaft“ bezeichnet.

Es sind wesentlich zwei Gesichtspunkte, nach denen der BDI die Lage der Hochschulen und die seiner Ansicht nach anzustrebende Entwicklung betrachtet. Beide Punkte sind unmittelbar miteinander verknüpft: Zum ersten will er den wissenschaftlichen output der Hochschulen – Jungakademiker und „know how“ – verbessert und vermehrt sehen; er führt dazu eine Äußerung des Bundeskanzlers an:

*„Bildung und Wissenschaft . . . sind zugleich Maßstab für den Stand einer Gesellschaft und Voraussetzung für die Jahr um Jahr notwendigen Steigerungen von Produktivität und wirtschaftlicher Leistung.“*

Wichtig erscheint dem BDI dabei die Steigerung der Leistungsfähigkeit der Wissenschaftler, die Einsicht in die Notwendigkeit des Leistungsprinzips, das – womit der zweite Punkt angeschnitten ist – er gefährdet sieht durch „die Anwendung eines falsch verstandenen demokratischen Prinzips auf die Hochschulen“.

Dem Bestreben von Bund und Ländern, eine Neuorganisation der Hochschule durch gesetzliche Maßnahmen zu vollziehen, steht der BDI skeptisch gegenüber. Nach seinen Vorstellungen müssen sehr bald – neben gesetzlichen Maßnahmen – „praktische Verbesserungen“ erzielt werden. Verbesserungen, die – so der BDI – selbstverständlich „der

Gesellschaft“ zugute kommen und natürlich „der Wissenschaft“, denn *„ . . . das Wesen der Wissenschaft (bedingt) absolute Freiheit von ideologischer Voreingenommenheit.“*

Es ist die alte Phraseologie der Industrie, mit der sie ihre eigenen Interessen denen der Gesamtgesellschaft gleichsetzt. Das Gerede von „unserer Industrie“ (die beispielsweise von Streik „bedroht“ ist), „unserer Wirtschaft“, die dem Wohle aller dient – und dann die Gewinne selbst einstreicht. Und was die Wissenschaft angeht, dazu sagt die Bundesassistentenkonferenz (BAK) in ihrer Stellungnahme zum BDI-Memorandum: „Die Forderung des BDI nach Modernisierung entlarvt sich aber als eine Forderung nach Anpassung an einen veränderten Bedarf der Industrie. Nicht Sorge um ‚die Wissenschaft‘, sondern die Angst vor einer den Interessen der Industrie kritisch gegenüber stehenden Wissenschaft erfüllt den BDI in eine Situation, in der die Wirtschaft in der Ausbeutung der Arbeitskraft der unzureichend Ausgebildeten ihre Grenzen sieht.“

Seine Forderungen zur Klärung der Situation an den Hochschulen faßt der BDI in fünf Punkten zusammen: Steigerung des Wirkungsgrades der Hochschule, Einrichtung neuer praxisbezogener Ausbildungsgänge, Verhinderung der Politisierung, Eingrenzung unnötig langwieriger Diskussionen in zahlreichen Hochschulgremien, Kampf der Leistungsfeindlichkeit.

*„Bedenkliche Symptome für die Krise der Hochschulen sind die zunehmende unsachliche Polemik gegen den sogenannten Leistungszwang und die um sich greifende Resignation bei einem Großteil der Professorenschaft.“ (BDI)*

Aus den allgemeinen Forderungen und der Einschätzung einer krisenhaften Lage der Hochschulen entwickelt der BDI ein



Elf-Punkte-Programm notwendiger Maßnahmen zu ihrer „Reformierung“. Grundlage sämtlicher Überlegungen sind ein Leistungs- und Effektivitätsbegriff, der selbst die im übrigen nur halbherzig argumentierende Westdeutsche Rektorenkonferenz (WRK) erschauern läßt. Die WRK schreibt in ihrer Stellungnahme zum BDI-Memorandum: „Die Darlegungen des Arbeitskreises lassen . . . die Deutung zu, daß von einem sehr engen Leistungs- und Effizienzbegriff ausgegangen worden ist, bei dem der technische und wirtschaftliche Fortschritt im Vordergrund steht. . . . Eine technisch und wirtschaftlich perfektionierte Gesellschaft kann zutiefst inhuman und ungerecht sein.“ Begründet wird die Forderung des BDI nach Leistung und Effizienz von diesem ganz allgemein mit der Notwendigkeit einer leistungsfähigen Wirtschaft und leeren Sätzen wie:

*„Auf individuelle, transparente und objektive Leistungsnachweise kann dabei — ganz im Interesse der Studierenden selbst — nicht verzichtet werden.“*

Über darart allgemeine Formulierungen geht das BDI-Memorandum nicht hinaus — aus gutem Grunde auch. Denn schließlich sollte das Memorandum nicht das Volk verschrecken, sondern einige Essentials der Industrie in die im letzten Herbst (und immer noch!) verfahrene Diskussion um das Hochschulrahmengesetz einbringen. Wichtig war nicht die Entwicklung des Leistungs- und Effektivitätsverständnisses der Deutschen Industrie, sondern vielmehr der Hinweis auf konkrete Interessen, die „notwendigen Maßnahmen“, die Details, die gefälligst im Hochschulrahmengesetz zu berücksichtigen seien. So bleibt denn auch die Kritik der WRK im Stadium der „Deutung“.

Deutlich wird das BDI-Memorandum in einem Bereich, der unmittelbar durch Studien- und Prüfungsordnungen, Satzungen und Gesetzesparagrafen zu erschließen ist. Will man allerdings etwas über die Grundlagen seiner Überlegungen erfahren, ist man auf die einschlägigen Publikationen der Industrieverbände angewiesen. Verwendet zum Beispiel der BDI die vorsichtige Formulierung, daß „die ohnehin nicht zahlreichen Spitzenbegabungen durch ideelle und materielle Anreize besonders zu fördern“ seien, so wird in anderen Veröffentlichungen, die keiner so großen Öffentlichkeit wie das BDI-Memorandum

zugeführt werden, offen von der „Elimination des Untüchtigen“ gesprochen. Doch darauf soll später zurückgekommen werden.

### Die „notwendigen Maßnahmen“ des BDI

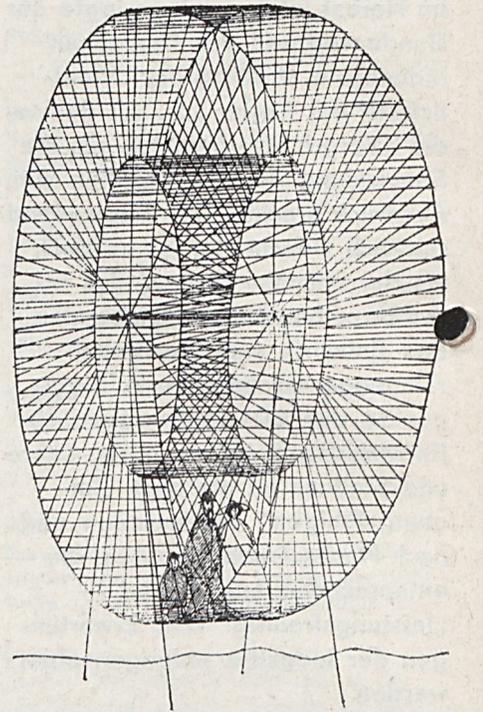
An den Anfang seiner Forderungen stellt der BDI die nach der Freiheit von Forschung und Lehre, denn *„ohne geschützte Freiräume . . . versiegt die Kreativität.“*

Dazu macht er sich zum Hüter der Einheit von Forschung und Lehre, da sie *„die Grundlage für die Ausbildung des zu selbständigem wissenschaftlichem Denken und Arbeiten befähigten Nachwuchses“* sei. Und die Ziele des Studiums seien denn unter anderem auch:

*„Schulung zum selbständigen Denken“, „Persönlichkeitsbildung“ und „Wecken der Bereitschaft zur ständigen Fortbildung“.* *„Daraus resultiert die Fähigkeit zum selbständigen Erkennen, Formulieren und Lösen von Problemen in Wissenschaft und Praxis.“*

Das alles will der BDI erreichen durch ein Studium, das *„die grundlegenden Gesetze und Zusammenhänge des Wissens und die Methodik wissenschaftlicher Arbeit“* vermittelt, in dem der Student *„exemplarisch gelernt hat“.* *„Die Industrie hält deshalb ein einseitig auf Fachwissen ausgerichtetes Studium für unzureichend.“* Zwar wird am Rande auch auf den Nutzen für die Wirtschaft verwiesen, doch wird ein direkter Zusammenhang zwischen diesem und der „Reform“ nicht hergestellt.

Es scheint, als wolle sich der BDI an die Spitze der Studienreformer stellen — das nun sicherlich nicht. Die Bundesassistentenkonferenz (BAK) spricht in ihrer Stellungnahme von einer „Pervertierung des allgemeinen Sprachgebrauchs“. Sie behauptet, der BDI übernehme den Jargon der Hochschullinken und pflanze ihm einfach seine eigenen Zielvorstellungen auf. Damit verfehlt sie aber den inneren Zusammenhang, der zwischen der Forderung des BDI nach Reform und der wirtschaftlichen Bedeutung dieser Reform besteht. Indem sie den BDI der Lüge bezichtigt, fällt sie auf seine Argumentationsweise herein. Winfried Schlawke vom Deutschen Industrieinstitut kennzeichnet diesen Zu-



### Es lebe der Fortschritt!

sammenhang in seinem Aufsatz „Das Hochschulrahmengesetz — Ein Wegweiser im Irrgarten der Bildungspläne?“ so: *„Die kreative Leistung, das Wissen und Können werden heutzutage in der Wachstumstheorie bereits mit den traditionellen Produktionsfaktoren auf eine Stufe gestellt. Der Besitz hochqualifizierter Arbeitskräfte bedeutet also ein Geistkapital, daß das wirtschaftliche Wachstum vorantreibt.“* Die Spielwiese ‚Hochschule‘, die die Kreativität des einzelnen zur vollen Entfaltung bringt, ist also durchaus erwünscht. Nur ist die Hochschule so zu organisieren, daß es der Industrie nach dem Studium möglich ist, die so befähigten Absolventen eben halt in „Besitz“ zu nehmen, sie als ein Kapital einzusetzen — oder auch wieder zu entfernen, gerade wie es die Lage des jeweiligen Unternehmens oder die allgemeine Konjunkturlage erfordert.

Der scheinbaren Progressivität entledigt sich der BDI selbst sehr schnell in seinem Memorandum, indem er eine große Gefahr darin sieht, *„daß durch eine einseitige Ausrichtung der Ausbildung an unseren Gymnasien auf das Hochschulstudium und eine zu starke Er-*

*schwerung der Zugangsvoraussetzungen zu den Fachhochschulen praxisbegabten kaufmännischen und technischen Fachkräften der berufliche Aufstieg versperrt wird.“*

Das heißt nichts anderes, als daß die Trennung in anwendungs- und forschungsbezogene Studiengänge, so wie sie seit Jahren zwischen Ingenieurschulen und Universitäten besteht, beibehalten werden soll. Der BDI drückt sich hier ganz klar aus:

*„Es sollte unbedingt vermieden werden, daß bei dem berechtigten Streben nach Gleichwertigkeit und Durchlässigkeit der praxis- und forschungsorientierten Studiengänge die Vorzüge der inhaltlichen Differenzierung verlorengehen. . . Der zweite Bildungsweg . . . sollte unbedingt erhalten bleiben.“*

Nicht die Fähigkeit eines jeden einzelnen gilt es demnach soweit wie möglich zu entwickeln. Vielmehr beharrt die Industrie auf dem bisherigen System, ein Großteil der Fähigkeiten nur teilweise zu entwickeln, um die somit nur teilweise gebildeten und sehr fungiblen Absolventen 2. und 3. Bildungswege in zweit- und drittklassigen Funktionen ausbeuten zu können. Die zu Anfang dargestellten „Reform“-vorstellungen des BDI gelten somit zweifelsfrei nur für einen Teil der Auszubildenden. Es ist sicherlich nicht falsch, an dieser Stelle auf die Empfehlungen des Wissenschaftsrates von 1966 zu verweisen, der schon damals für nur

10% aller Studierenden ein forschungsorientiertes Langstudium und für die restlichen 80% ein praxisorientiertes Kurzstudium vorschlug. Das Modell einer integrierten Gesamthochschule (siehe dazu auch dsz Nr. 123, S. 34: „Gesamthochschule – Möglichkeit der Emanzipation oder Zwang zur Anpassung“) ist mit diesen Vorstellungen unvereinbar. Der BDI geht darauf nicht weiter ein, warnt aber vor einer

*„vorschnellen Festlegung auf einen bestimmten Organisationstyp.“*

Schlaffke vom Deutschen Industrieinstitut drückt sich klarer aus:

*„Es gilt . . . , mit der Hochschulreform einen neuen und eigentlichen Anfang zu machen und von vornherein dafür zu sorgen, daß die Forderung nach Chancengleichheit mit der Notwendigkeit von qualitativen Mindestanforderungen an jeden einzelnen verbunden wird. Die in letzter Zeit unermüdlich von den Massenmedien propagierte These, im Bildungswesen werden Quantitäten auf jeden in Fall in Qualitäten umschlagen, könnte eines nahen Tages*

*dazu führen, daß wir vor drittrangigen und ineffektiven Hochschulen stehen. . . Für welches Modell einer Gesamthochschule man sich auch immer entscheidet, die Forderung nach Gleichheit der Bildungschancen und nach Durchlässigkeit darf nicht so verstanden werden, daß man eine Leistungsnivellierung in Kauf nimmt, um jedem ein ‚Einheitsstudium‘ bieten zu können.“*

Die ersten Erfahrungen mit der seit Anfang dieses Semesters arbeitenden Gesamthochschule Kassel weisen darauf hin, daß sich die Industrie mit ihren Vorstellungen durchzusetzen weiß. Unter dem Stichwort Leistungsprinzip geht der BDI nicht auf die Bedeutung dieses Prinzips ein. Wissend darum, schon an richtiger Stelle verstanden zu werden, droht er ganz unverhohlen mit Selbsthilfemaßnahmen, sollten die Hochschulen und Gesetzgeber den studentischen Forderungen nach Abschaffung des individuellen Prüfungsterrors nachgeben:

*„Wenn eine objektive Leistungsprüfung im Rahmen der Hochschule nicht mehr möglich sein sollte, hätte dies die von uns nicht gewünschte aber unausweichliche Folge, ersatzweise Prüfungen bei Eintritt in das Berufsleben vorzunehmen.“*

Sicherlich kann eine derartige Entwicklung von der Industrie nicht gewünscht sein. Denn bislang erscheint die Prüfung als aus der Lehrstoffvermittlung sich notwendig ergebend. Sie gehört zur Hochschule wie das miese Essen in der

Mensa. Schicksal – so denken die meisten Studenten; das Abitur hat man schließlich auch geschafft. Träte dagegen die Prüfung an den Anfang der beruflichen Tätigkeit, würde ihre tatsächliche Aufgabe, die der sozialen Auslese, allen nur zu offensichtlich.

Eine allzugroße Negativ-Auslese ist dem BDI unerwünscht. Ihm ist daran gelegen, *„daß junge Menschen eine Ausbildung bekommen, die eine spätere Wertschöpfung in unserer Gesellschaft durch berufliche Tätigkeit sicherstellt.“*

Er spricht daher auch ganz offen von der „Bildungs- und Bedarfsberatung“.

Studiert werden soll, was die Industrie benötigt. Wobei, wollte man dem BDI glauben schenken natürlich alles der Allgemeinheit zugute kommt: Das Erstellen von Bedarfsprognosen

*„liegt sowohl im Interesse der Gesellschaft als auch im Interesse der Jugend selbst, weil die Transparenz verbessert und damit den individuellen Neigungen und Begabungen am besten Rechnung getragen werden kann.“*

Wie schön! – Wird so nicht verfahren, wird gar am Bedarf vorbeiproduziert, gewährleistet das – so der BDI – keine „Wertschöpfung“, denn Werte sind nur die, die der Industrie nützen, das heißt, Gewinn einbringen. Eine derartige Fehlproduktion von Jungakademikern beklagt der BDI in den nicht-technischen Fachrichtungen, was aber nicht heißt – wie vielfach geschlossen wird – daß der BDI die sozial- und geisteswissenschaft-

## Neptun bittet zu Tisch

**Fischrestaurant Hamburg**  
Darmstadt, Landgraf-Georg-Str. 17  
durchgehend warme Küche  
von 10.00 bis 24.00 Uhr

**Immer etwas Besonders**

**Alte Tenne**  
Darmstadt, Landgraf-Georg-Str. 7

**Alte Tenne**  
Darmstadt, Pallaswiesenstraße 19

**Die Restaurants mit besonderer Note**

lichen Studienzweige generell gering schätze. — Im Gegenteil. Die Industrie „ist nicht weniger auf die Sozial- und Geisteswissenschaften angewiesen, ohne die angesichts der allgemeinen Interdependenz der Wissenschaften ein hoher Stand von Forschung und Lehre nicht denkbar ist.“ Nur besteht nach Ansicht des BDI ein „Mangel an praxisnahen Studiengängen in nicht-technischen Fachrichtungen.“

Was er beklagt, ist nicht die Flut der Soziologen, sondern die der kritischen Soziologen, die nicht praxis-, das heißt industrienah ausgebildet worden sind, die, weil sie keinen Job bekommen, zur Negativ-Auslese gehören und die somit auf den Gedanken der Untauglichkeit des gesamten Systems kommen könnten. Keinen Deut am bisherigen System ändern will der BDI in der Frage der Forschungsorganisation. Insbesondere soll die

„entgeltliche Nebentätigkeit der Hochschul-lehrer . . . ausschließlich einer Mißbrauchs-kontrolle des Dienstherrn . . . unterliegen.“

In diesem Bereich des unmittelbaren Zugriffs der Industrie auf die Inhalte von Forschung und Lehre wird keinerlei Mitbestimmung geduldet. Dort sichert die Politik der verschlossenen Tür die größtmögliche Effizienz; will heißen: Die Industrie will sich aus wohlweislichen Gründen nicht in ihre Karten schauen lassen, will keine Diskussion darüber, warum nun gerade dieses oder jenes erforscht werden soll. Der BDI begründet es selbst:

„Die Auftragsforschung muß ihren legitimen Platz an der Hochschule behalten. Sie hilft der Industrie durch Heranführung an wissenschaftliche Problemlösungen und ermöglicht der Universität einen unmittelbaren Dialog mit der Unternehmenspraxis.“

Die Stellungnahme der Bundesassistentenkonferenz (BAK) geht in manchen Punkten an den Forderungen des BDI vorbei. Wenn der BAK-Vorsitzende — nach einem Bericht im TH-Organ „Die Hochschule“ — sagt, das Memorandum sei ein „Rückfall in bildungspolitische Steinzeit“, und wenn in der Stellungnahme der BAK unter anderem zu finden ist: „der Weg, den der BDI aufzeigt, führt zurück zur Ordinarien-Universität“, und der BDI kennzeichne „die Kapitalinteressen ausdrücklich als selbständig neben der Gesellschaft stehende Einzelinteressen“, so ist das schlichtweg falsch. Die BAK widerspricht sich da sogar selbst, wenn sie — wie schon zitiert — die Modernisierungsforderung des BDI klarstellt

„als eine Forderung nach Anpassung an einen veränderten Bedarf der Industrie.“ Die Ausbildung soll dem Zuwachs der Leistungsanforderungen der Industrie gerecht werden. Der BDI siedelt seine Interessen nicht außerhalb der Gesellschaft an; vielmehr hat er Angst, noch größere Kreise als bisher könnten durchschauen, daß die Kapitalinteressen nicht die der Allgemeinheit, die des größten Teils der Bevölkerung sind. Dem BDI schwebt eine Gesellschaft vor, die sich mit den Zielen der Industrie zu identifizieren vermag, diesen zumindestens aufgeschlossen gegenübersteht. Er verlangt daher ein Bildungssystem, das dem einzelnen die Einsicht vermitteln soll, daß Demokratie zwar wünschenswert, ja notwendig ist, daß aber der Demokratisierungsgrad je nach „Funktion“ verschieden in verschiedenen Bereichen der Gesellschaft sein müsse, daß Demokratie spätestens vor den Fabrikatoren stehe die sogenannte freie, risikobeladene unternehmerische Entscheidung. Das BDI-Memorandum ist nicht die Forderung nach dem Weg zurück in die feudale Ordinarien-Universität, die Demokratie überhaupt nicht gekannt hat, sondern es ist die Forderung nach einer Universität, die einüben soll „eine abgestufte Regelung von Mitsprache- und Mitwirkungsrechten“ je nach der unterschiedlichen Funktion von Lehrenden und Lernenden. Sind solcherart „Sachzwänge“ während des Studiums erst einmal anerkannt, werden sich die Absolventen mit Leichtigkeit den „Zwängen“ ihres Berufs fügen, sich mit der

Unternehmensentscheidung identifizieren und ihre Kreativität im Rahmen der gestellten Aufgaben verschwenden.

### „Freiheitliche Leistungsgesellschaft“

„Den Forderungen nach Aufhebung oder Minderung des Leistungsprinzips an den Hochschulen darf keinesfalls nachgegeben werden,

so das BDI-Memorandum. Und Schlawacke sagt, daß

„nach organisatorischen Tüfteleien mit unverständlichen demokratischen Proporzsystemen die Hochschulmisere größer denn je“ sei, daß staatliche Stellen

„tatenlos zusehen, wie die Hochschulen als schwächstes Glied in der Kette unserer gesellschaftlichen Institutionen von Extremisten systematisch zur Basis der Revolution ausgebaut wird“,

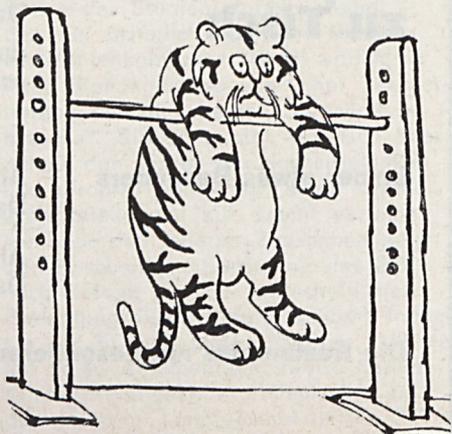
und daß eben diese

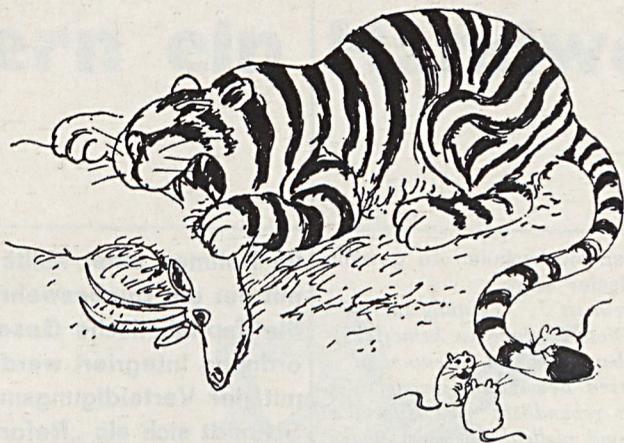
„extreme Linke über eine einfache Taktik (verfügt), um eine Antileistungskampagne als Vehikel zur Machtübernahme zu benutzen.“

Zum Beweis für die Richtigkeit seiner Vermutung, die Linke könne mit ihrer Methode auch wirklich Erfolg haben, führt dieser Berufs-Schreihals des Deutschen Industrieinstituts gar den — wie er sagt — „weisen Vorsitzenden“ Mao an. Anschließend beklagt er, daß den Bildungspolitikern Kraft und Mut fehle, und daß im übrigen deren Arbeit einem Kampf mit der Hydra gleiche: „Hat man einen Kopf abgeschlagen, wachsen augenblicklich zwei andere nach.“

Recht hat er!

Und er macht es den Studenten ja nun auch nicht sehr schwer, sich immer dort, wo ein linker Kopf abgeschlagen wird, zwei neue wachsen zu lassen. Denn wenn Herr Schlawacke meint, den zaghaften Versuch im hessischen Universitätsgesetz, mit dem Paragraphen 6 die Möglichkeit zu schaffen, das Handwerk der Kriegsforscher und ähnlicher Spezies der Öffentlichkeit aufzuzeigen, wenn er meint, diesen Versuch als „berüchtigten Denunziationsparagrafen“ bezeichnen zu müssen — wo doch zum Beispiel jedermann in Darmstadt beim Fall Fischer die Folgenlosigkeit dieses Paragraphen selbst feststellen konnte —, und wenn Herr Schlawacke dann noch sagt: „Mit solchen gefährlichen ‚Gummiparagrafen‘ wird der Politisierung und der Ideologisierung der Hochschule auf Kosten der





**Tja, das ist nun mal das Gesetz der Natur:  
Fressen oder gefressen werden**

wissenschaftlichen Effektivität Tür und Tor geöffnet.“ —

dann braucht er sich nachher nicht darüber zu beklagen, daß auch dem letzten Studenten das Fehlen jeglichen demokratischen Verständnisses in der Deutschen Industrie, deren hochschulpolitischer Sprecher Schlaffke ist, einsichtig wird. Der Leistungs- und Effektivitätsbegriff des deutschen Kapitals hat nichts mit Demokratie gemein; diese wird nur dort geduldet, wo Leistung und Effektivität durch Mitspracherechte nicht beeinträchtigt werden.

Welche Geringschätzung das Individuum, der einzelne Mensch, um den sich die Industrie — wie im BDI-Memorandum zu lesen — angeblich so große Sorgen macht, tatsächlich in diesem System von Leistungsforderung und Effizienzstreben erfährt, darüber gibt Aufschluß der Beitrag des eingangs zitierten Professor Streisslers auf der Mitgliederversammlung der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände am 7. 12. 1971, die unter dem Motto „Freiheitliche Leistungsgesellschaft“ stand. Schon das Motto gibt Hinweis auf das Verständnis der dort versammelten Herren: Denn diese Gesellschaft ist nicht frei, eben nur ein bißchen frei, halt freiheitlich! Dieser Streissler entblödet sich nicht, im Zusammenhang mit der Frage nach der für ihn unverständlichen Zunahme von Leistungsfeindlichkeit in der bundesrepublikanischen Gesellschaft über die „angeblich“ entfremdete Tätigkeit des Fließbandarbeiters zu sagen:

„... er (der Fließbandarbeiter; d. Red.) hätte wahrscheinlich auch ohne Fließband keinen Beruf mit Leistungserfüllung gekannt.“

Und damit keine falschen Hoffnungen

geweckt werden könnten, damit nicht jemand auf den Gedanken kommen könnte, daß doch schließlich der Anspruch dieser Gesellschaft die Gleichheit der Menschen und die Verwirklichung der Gleichheit ihrer Chancen, insbesondere ihrer Bildungschancen ist, weist Streissler die Möglichkeit der Individuen gleich in die wirtschaftlichen Schranken — Schranken, die so gesetzt werden, daß wirtschaftliches Wachstum — will heißen: die Steigerung des Gewinns — ständig gewährleistet ist. All das wird verbrämt mit einer biologistischen Ideologie der Guten und der Schlechten, der — so Streissler — „Leistungs- und Nichtleistungselemente“:

„Eine Leistungsgesellschaft führt nicht zu einer als gerecht empfundenen Einkommensverteilung . . . Eine Leistungsgesellschaft führt auch nicht notwendigerweise zu wirtschaftlicher Stabilität, zu Vollbeschäftigung und Geldwertstabilität. Denn ihre schöpferische Zerstörung, ihr dauernder Wandel kann zu Arbeitslosigkeit führen und gerade die Ansprüche, die in einer ambitionierten Gesellschaft gestellt werden, können zur Inflation führen. . . In einer Arbeitslosigkeit etwa sinkt der gesellschaftliche Wert der Arbeit rasch, solange die Gesellschaft in diesem Zustand der Arbeitslosigkeit verharrt. Das aber wollen die Arbeiter meist nicht einsehen. . . Wozu jedoch eine Leistungsgesellschaft mit großer Wahrscheinlichkeit führt, ist hohes Wirtschaftswachstum. Aus Leistungsstreben als Ursache resultiert Wirtschaftswachstum als Folge. . . Leistungswilligkeit wird im Wirtschaftsleben . . . anerzogen, ja erzwungen. Der persönliche Leistungswille wird durch das Leistungsprinzip als Ausleseprinzip ergänzt und verstärkt. Leistungsstreben heißt immer auch Mehrleistungsstreben, so daß der Geist des Wettbewerbes Leistungsgesellschaften inhärent ist. Zwangsläufig führt Leistungs-

streben zur Verdrängung der weniger Leistungsfähigen. Zum Wesen der Leistungsgesellschaft gehört aber gerade die Elimination des Untüchtigen. Nicht Darwin hat als erster dieses Prinzip als Lebensprinzip erkannt, sondern vielmehr die englischen Wirtschaftswissenschaftler des 18. Jahrhunderts. Darwin hat lediglich die Biologie als wirtschaftsgleich erkannt, als „Haushalt der Natur“ nach dem Ebenbild einer freien Leistungsgesellschaft. . . . Chancengleichheit (heißt) leider nicht, daß in einer Leistungsgesellschaft alle Menschen gleiche Chancen haben: es haben nur alle Leistungen gleiche Chancen. . . Erreicht man in einer Leistungsgesellschaft eine bestimmte Position nicht, bewährt man sich nur in untergeordneten Positionen der Gesellschaft, so muß man die Schuld hierfür vornehmlich bei sich selber suchen.“

Dem ist nicht viel hinzuzufügen. Das ist bitterster Zynismus, der nur zu vergleichen ist mit dem Zynismus der Schreibtischtäter im Tausendjährigen Reich, die mit einfachen Federstrichen die Untüchtigen, die Nichtleistungselemente — weil kritischen —, die Kranken zunächst ins KZ („Arbeit macht frei!“) und dann in die Gaskammer schickten. Nur mache sich der Leser deutlich, daß Streissler seinen Vortrag nicht 1933 sondern vor 2 Monaten in Bonn gehalten hat vor einer Vereinigung, in der das gesamte deutsche Kapital zusammengeschlossen ist und der er im übrigen geraten hat:

„Sind Sie über den Abfall der Leistungsmotivation im heutigen Deutschland entsetzt, dann rate ich Ihnen sehr, erhebliche Kräfte Ihres großen Verbandes der Schulpolitik zu widmen, dann rate ich Ihnen sehr, Ihre langfristig wichtigste Aufgabe im Schreiben von leistungsmotivierenden Fibeln für ABC-Schützen zu sehen!“

Die Industrie wird ein Opfer ihrer eigenen Wachstumstheorie, ihres eigenen Profitstrebens, sorgt sie nicht in zunehmendem Maße dafür, daß der ganze Unsinn dieses Systems nicht auffällt. Sehr richtig sagt — wie oben zitiert — die Bundesassistentenkonferenz (BAK), daß „die Wirtschaft in der Ausbeutung der Arbeitskraft der unzureichend Ausgebildeten ihre Grenzen sieht.“ Soll wirtschaftliches Wachstum, soll damit Profit auch weiterhin garantiert sein, muß — wie auch Schlaffke sagt — die Ausbildung verbessert werden, müssen die Kenntnisse einer jeden Arbeitskraft

erweitert werden. Allein schon die Anwendung immer komplizierterer Technologien macht diese Entwicklung notwendig. Der unerwünschte Nebeneffekt dieser Entwicklung von Fähigkeiten zum Verstehen immer komplizierterer Probleme — seien sie nun technologischer oder gesellschaftlicher Art — ist der, daß der so Ausgebildete auch durchaus in die Lage geraten kann, diese seine Fähigkeit auch außerhalb seines unmittelbaren Tätigkeitsbereichs, außerhalb der ihm vom Unternehmen gestellten Aufgaben anzuwenden. Er kann — und darin liegt für dieses bestehende Gesellschaftssystem, das des privaten Besitzes an Produktionsmitteln, eine ganz konkrete Gefahr — zur Einsicht in die Untauglichkeit des gesamten Systems gelangen. Dem muß die private Industrie — schon um ihrer Selbsterhaltung willen — entgegenzutreten.

Kenntnisse werden daher kanalisiert, sie sollen sich richten auf vorgegebene Ziele. Daher bereits frühzeitig „leistungsmotivierende Fibeln“, die erziehen sollen zur unbefragten Systembejahung; daher die Forderung des BDI nach praxisnahen Studiengängen, die Forderung nach dem „unmittelbaren Dialog mit der Unternehmenspraxis“ schon an der Hochschule. Nicht die „Indoktrination“ (beliebter Industriejargon) des Bewußtseins von den Widersprüchen dieser Gesellschaft soll an den Hochschulen geleistet werden, sondern die „Freiheit“ der unabhängig (voneinander!) Studierenden, die „Freiheit vom Denken“ über das eigene Handeln ist nach Vorstellung der In-

dustrie an den Hochschulen zu gewährleisten. Streissler sagt:

*„Eigentümer sein ist . . . Leistung für die Gesellschaft. Diese Leistung ist keinesfalls nur dann vorhanden, wenn Eigentum in einem besonderen Bewußtsein sozialer Verantwortlichkeit gehandhabt wird. Bewußte Sündenböcke sind vielleicht bessere Sündenböcke, aber auch unbewußte Sündenböcke erfüllen ihren Zweck. Sündenböcke, die freiwillig diese Rolle übernehmen, wie die Eigentümer, werden meist gut für diese ihre Rolle entlohnt.“*

#### Quellennachweis:

- BDI-Memorandum „Zur Lage von Forschung, Lehre und Studium an den Hochschulen der Bundesrepublik 1971“; zitiert nach: „Die Industrie pocht auf das Leistungsprinzip“; in: Frankfurter Rundschau, 27. 10. 1971, S. 12.
- Bundesassistentenkonferenz (BAK), „Angst vor einer kritischen Wissenschaft“; in: Frankfurt Rundschau, 1. 12. 1971, S. 18.
- Westdeutsche Rektorenkonferenz (WRK); zitiert nach „Rektoren klopfen Leistungsbezug ab“; in: Frankfurt Rundschau, 1. 12. 1971, S. 18.
- Winfried Schlawke, „Das Hochschulrahmengesetz — Ein Wegweiser im Irrgarten der Bildungspläne“ in: Berichte des Deutschen Industrieinstituts 1971/1; zitiert nach: gekürzte Fassung in „Hochschulrahmengesetz — Gesetzentwurf und Stellungnahmen“, herausgegeben von der Presse- und Informationsstelle der Universität Frankfurt, S. 181ff.
- Erich Streissler, „Einkommen — Leistung — Eigentum“; in: „Freiheitliche Leistungsgesellschaft“, Ergebnisse der vier Arbeitssitzungen der Mitgliederversammlung 1971 am 7. 12. 1971, Bonn herausgegeben von der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände, S. 9ff.

Im Rahmen einer Militärreform, mit der die Bundeswehr besser in die kapitalistische Gesellschaftsordnung integriert werden soll und mit der Verteidigungsminister Schmidt sich als „Reformer“ profilieren möchte, wurde eine „Kommission zur Neuordnung der Ausbildung und Bildung in der Bundeswehr“ gebildet.

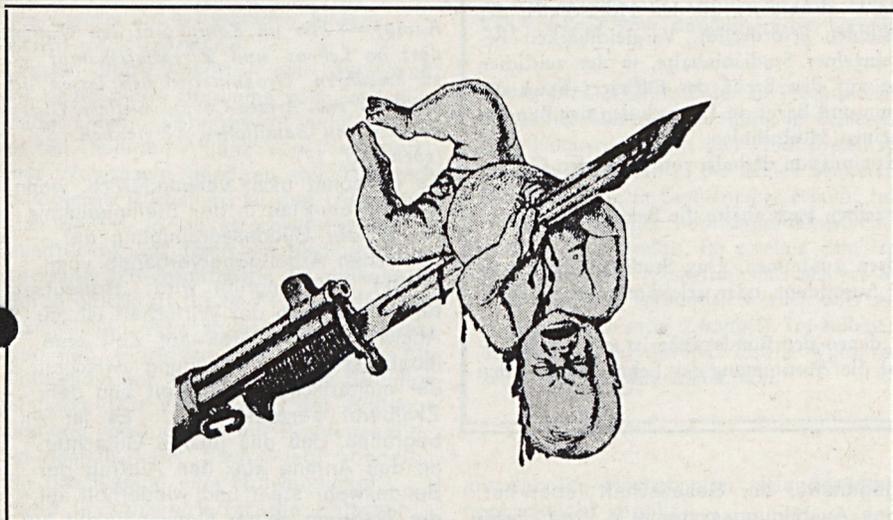
Mit der Berufung des ehemaligen Frankfurter Ordinarius für Politik — Thomas Ellwein — als Vorsitzenden dieser Kommission waren die Ergebnisse in ihrer Richtung bereits festgelegt.

Mitglieder dieser Kommission waren neben Prof. Ellwein, der zugleich Vorsitzender der Studienkommission beim Innenministerium zur Revision des Berufsbeamten-tums und der Beamtenlaufbahn und Direktor des wissenschaftlichen Instituts für Erziehung und Bildung in den Streitkräften und immer noch Vorsitzender des „Deutschen Studentenwerks“ ist, unter anderem mehrere ehemalige Wehrmachtsoffiziere und führende Wirtschaftsvertreter.

Es soll hier nicht in das Kampfgeschrei gegen die Militarisierung der Hochschulen miteingestimmt werden, sondern vielmehr der historische Hintergrund und die zur Zeit bestehenden „Sachzwänge“ aufgezeigt werden, die zu einer weiteren Isolierung der Bundeswehr von der Gesellschaft führt und ihren sichtbaren Ausdruck in der vorgeschlagenen Errichtung von bundeswehreigenen Hochschulen fand.



# Geh zur Bundeswehr, erlern ein Handwerk



Was den Jesuiten im Oktober 1971 Recht war — sie gründeten die erste private Hochschule der Bundesrepublik, die allen Studenten zugänglich ist und die akademische Titel verleihen darf — schien der am 11. Juni 1970 vom Bundesminister der Verteidigung berufenen „Kommission zur Neuordnung der Ausbildung und Bildung in der Bundeswehr“ nur billig. Dem Gutachten der Bildungskommission entsprechend sollen alle Offiziere innerhalb einer 5-jährigen Ausbildung ein 3-jähriges wissenschaftliches Studium an „Hochschulen der Bundeswehr“ durchlaufen.

Begründeten die Jesuiten ihre allen Studenten offenstehende Hochschule mit dem „Versuch, die akademische Landschaft in der Bundesrepublik zu beeinflussen — freilich nicht in gesellschaftlich reaktionärer Absicht“ (Spiegel Nr. 48/1971), so suchten sie damit über die Beziehung bewußt die „epochale ideologische Auseinandersetzung“. (ebenda) Von der Gesellschaft isoliert, können die Bundeswehrhochschulen diese ideologische Auseinandersetzung nicht führen. Was bleibt, ist dann ideologische Ausrichtung auf die „freiheitliche Grundordnung“; einer Grundordnung allerdings, die sich durch nichts von der kapitalistischen Wirtschaftsordnung unterscheidet.

„Die allen Soldaten gemeinsamen Grundlagen ihres Berufes hat der Gesetzgeber bestimmt. Sie beruhen auf der Pflicht zur Verteidigung und setzen die Anerkennung der freiheitlich demokrati-

schen Grundordnung und das Eintreten für diese Grundordnung voraus. Die Gegebenheiten der Zeit und die Lage unseres Volkes erfordern zur Erhaltung des Friedens einsatzbereite Streitkräfte. Ihre Einsatzbereitschaft aber ist abhängig von der Befähigung und der Bereitschaft der Soldaten zum Kampf.“ (Ellwein-Plan S. 19) Mit eben dieser Argumentation aber wurde 1953 — damals gegen die Mehrheit der SPD — die Wiederbewaffnung vorangetrieben. „Der Verteidigungswille eines Volkes ist die unerläßliche Voraussetzung für die Schlagkraft der Truppe. Diesen Verteidigungswillen zu stärken, ist deshalb eine Aufgabe der staatlichen Führung. Die Kraft des Verteidigungswillens ist davon abhängig, daß jedermann weiß, wofür und warum im Ernstfall gekämpft werden soll und was es zu verteidigen gilt.“ (Theodor Blank (CDU), am 1. 9. 1953 vor dem Bundestag zum Thema ‚Volksheer oder Reichswehr.‘) Das „Warum“ beschrieb Schöngest Kiesinger (CDU) während der Ratifizierungsdebatte über den Beitritt der BRD zur Nato am 15./16. 12. 1954 etwas genauer:

„... es sind zwei Dinge: das eine, sich mit Mut und Einsicht gegen die bolschewistische Ideologie zu wenden, und das andere, eine Politik zu treiben, die uns nicht der Gefahr aussetzt, daß wir eines Tages in den Sog der bolschewistischen Machtpolitik hineingerissen werden...“

Daß aber die „vermeintliche äußere Bedrohung der BRD während des kalten Krieges ... zugleich als eine sozial-

politische Bedrohung von links verstanden wurde“ (Eckehart Krippendorf, in: Freimut Duve: Restauration, S. 161) zeigen folgende Äußerungen maßgeblicher Politiker im Bundestag:

Dr. Dehler (FDP) am 15./16. 12. 1954 (Ratifizierungsdebatte):

„Es ist doch nicht möglich anzunehmen, daß mit dem Mai 1945 für Deutschland die Gesetze der Geschichte aufgehört haben. Es ist ein Gesetz der Geschichte, daß jedes Volk untergeht, das sich nicht behaupten will...“

Dr. Adenauer bei der 2. Lesung zu den Brüsseler Verträgen und zur Nato am 24. 2. 1955:

„Wenn wir diesen wesentlichen zusätzlichen deutschen Beitrag haben, werden wir mit dem Potential aller Waffen unseres Nato-Arsenals dann in der Lage sein, realistisch eine Strategie der vorderen Räume zur Verteidigung Westdeutschlands zu planen. — Jawohl mit den Atombomben!“

Dr. Hoegner, bayerischer Ministerpräsident, vor dem 1. Offiziers-Lehrgang der Bundeswehr am 15. 5. 1956:

„Wehrhaftigkeit eines Volkes ist seit uralten Zeiten ein notwendiger Bestandteil seiner Freiheit... Ich habe im bayerischen Landtag bereits im Jahre 1947 in einem Ausschuß erklärt, der Tag wird kommen, an dem die Leistungen des deutschen Volkes wieder mit anderen Augen, wieder gerecht betrachtet werden...“

Noch deutlicher sagte es dann Verteidigungsminister Theodor Blank in einer Rede vor freiwilligen Soldaten im Dezember 1955:

„Wenn es uns gelingt, den Dienst bei aller notwendigen, durch den Ernst der Verteidigungsaufgabe bedingten Härte der Gefechtsausbildung zu einem positiven Erlebnis zu gestalten, dann wird das unbegründete Schlagwort von der ‚verlorenen Generation‘ bald aus dem Sprachgebrauch verloren sein... Dabei wird es auch darauf ankommen, das richtige Verhältnis zu unserer Vergangenheit zu gewinnen und über der klaren, eindeutigen Ablehnung aller negativen Erscheinungen nicht die positiven Werte unserer Geschichte vergessen.“

Dieser, zur Zeit der Wiederbewaffnung, vor dem Bundestag offen vertretene völkische Nationalismus und blinde Anti-Kommunismus war das Ergebnis der „Konsolidierung der freiheitlichen Grundordnung. Basierend auf einem relativen Wohlstand aller sozialen Klassen bei weitgehender Aufrechterhaltung der sozialen Unterschiede, überwölbt von einer gegen den gemeinsamen äußeren

## Ellwein-Plan (Auszüge)

*Punkt 57:* ...Die Kommission begründet die Notwendigkeit der Einrichtung von Hochschulen der Bundeswehr mit der bereits angesprochenen Einheit von wissenschaftlicher und militärischer Ausbildung und führt dazu aus:

Ein erheblicher Teil der studierenden künftigen Offiziere wird in der Bundeswehr nur Dienst auf Zeit tun. Das Studium muß deshalb sowohl auf den Beruf des Offiziers wie auf einen künftigen zivilen Beruf vorbereiten. Wie in anderen Verantwortungsbereichen wird das um so eher zu erreichen sein, je mehr es gelingt, Studiengang und militärische Verwendung einander zuzuordnen, damit Studium und Berufserfahrung sich ergänzen und beides auch einem künftigen Zivilberuf zugute kommt. Dazu ist eine volle Vergleichbarkeit zwischen den Studiengängen und -abschlüssen an den Hochschulen der Bundeswehr und denen an allgemeinen Hochschulen erforderlich. Vergleichbarkeit bedeutet aber nicht Gleichheit. In der Auswahl einzelner Studieninhalte, in der zeitlichen Anlage des Studiums und in der Bezugnahme auf den Beruf des Offiziers kann der grundsätzlich geforderten Zuordnung von Studium und Beruf an Hochschulen der Bundeswehr besser entsprochen werden als an allgemeinen Hochschulen.

Für die Hochschulen der Bundeswehr geht die Kommission deshalb von folgenden Grundsätzen aus: (. . .)

- im Studium werden bei der Auswahl der einzelnen Fachinhalte die Belange der Streitkräfte berücksichtigt. (. . .)
- Militärische Ausbildung und Studium gehören zusammen. Das Studium übernimmt inhaltlich Teile der bisherigen militärischen Ausbildung oder erleichtert andere Teile durch die vorbereitende Grundlegung. (. . .)
- Zwischen den allgemeinen Hochschulen und denen der Bundeswehr ist eine enge Kooperation anzustreben, die sich besonders auf die Abstimmung der Lehrpläne und den Austausch des Lehrpersonals erstrecken soll.

*Kampf — hier im Kampf mit den Waffen, dort im Lebens- und Wirtschaftskampf — zu bewähren. Großunternehmen lassen sich durchaus mit Armee-Corps, mittlere Unternehmen mit Bataillonen vergleichen... (ebenda S. 17)*

Es ist somit nicht verwunderlich, wenn der Ellwein-Plan in der Stellungnahme Nr. 51 der Bundesvereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände vom 1. Okt. 1971 begrüßt wird: „Bedeutsam für den Bereich der Wirtschaft ist die Absicht, für Soldaten auf Zeit eine möglichst enge Verbindung zwischen der militärischen Dienstzeit und dem Zivilberuf herzustellen. ... Es ist zu begrüßen, daß das jetzige Gutachten an den Anfang klar den Auftrag der Bundeswehr stellt und wiederholt auf die Wahrung seiner Notwendigkeit hinweist, wozu ja letztlich eine solche Neuordnung förderlich sein soll. Gerade unter diesem Aspekt und dem der Effizienzsteigerung der Armee wird auf eine ausgewogene Berufsbezogenheit im Angebot der Bildungsprogramme und Studienfächer zu achten sein. Auch in diesem Zusammenhang, nicht zuletzt im Hinblick auf die politische Entwicklung an deutschen Hochschulen wird man der Dozentenauswahl (sic!) besondere Sorgfalt angedeihen lassen müssen.“ In dieser Hinsicht, nämlich der politischen Entwicklung deutscher Hochschulen, teilt der Arbeitgeberverband die Sorgen der SPD und der Bundeswehr. „Ein Teil der sozialdemokratischen Führungsgruppe ist der Meinung, daß die heutige Hochschule weg muß. Im Ellwein-Konzept sehen sie einen Hebel, die Uni kaputtzumachen.“ (GEW-Vorsitzender Erich Frister (SPD) in: Spiegel Nr. 4/1972 S. 25)

Die „akademische Lehre“ soll als „Führung des Studenten während seiner Ausbildung auf der Hochschule“ verstanden werden (Ministrialdirektor Dr. Pretsch vor dem Arbeitskreis für Wehrforschung am 24. 10. 68, unveröffentlichtes Manuskript S. 4).

„Die Führung unserer jungen Studenten während einer akademischen Ausbildung von vertretbarer Dauer, die Verknüpfung von Forschungstätigkeit des Hochschullehrers mit seiner Lehrtätigkeit, die doch nicht nur Wissensstoff vermitteln, sondern gleichermaßen die Persönlichkeit bilden und auf Führungsaufgaben in unserer Gesellschaft vorbereiten soll, sind brennende Fragen der Studienreform, der Hochschulreform geworden, die selbst nur Teile einer umfassenden

Feind gerichteten Gemeinschaftsideologie — nach deren Doktrin innere Konflikte aller Art letztlich nur den äußeren Gegner nützlich sein können“ akzeptierte auch die SPD „Stück für Stück diese freiheitliche Grundordnung, wobei Rechtsstaatlichkeit, Verfassungsmäßigkeit und liberal-demokratische Formalia des politischen Prozesses immer mehr identifiziert wurden mit der kapitalistischen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung der Bundesrepublik.“ (E. Krippendorf in: Restauration, S. 161)

### Profitinteressen in der Isolierung

Der Weg vom „positiven Erlebnis“ bis zur Forderung der „Attraktivität des Dienstes in den Streitkräften . . . durch eine verbesserte Ausbildung allgemein und durch die auf einen künftigen Zivilberuf vorbereitenden Maßnahmen im besonderen“ (Ellwein-Plan S. 25) war der konsequente Weg in die Isolierung, in der die am 1. August 1955 übernommene 40 613 Wehrmacht-Offiziere und 87 089 gedienten Unteroffiziere „ihre“ Bundeswehr aufbauten und in deren Schatten die Rüstungsindustrie enorme Profite machen konnte.

Über die Ausbildung der Offiziere an bundeswehreigenen Hochschulen will man diese Isolierung aus ideologischen Gründen aufrecht erhalten. Andererseits erhofft aber die SPD-Regierung über eine, der Wirtschaft angepaßte Ausbildung, den Soldaten größere Anerkennung zu verschaffen.

„Daß die Streitkräfte ihre Ausbildung in erster Linie auf die Aufgabe der Soldaten ausrichten müssen, bedeutet keine Isolierung ihres Ausbildungssystems

gegenüber der Gesellschaft (aber nur des Ausbildungssystems, d. Red.), eine solche Isolierung wird schon durch den wachsenden Bedarf von ‚Soldaten auf Zeit‘ verhindert, in deren Ausbildung auch der spätere Übergang in eine zivilberufliche Tätigkeit ermöglicht und vorbereitet werden muß. Aber auch unabhängig davon erfordert die politisch wünschenswerte und seit ihrer Aufstellung praktizierte ‚Integration der Streitkräfte‘ in die Gesellschaft, daß das **Ausbildungssystem der Streitkräfte als Teil des allgemeinen Ausbildungssystems verstanden wird** und gestaltet wird.

Dem steht nicht entgegen, wenn aus praktischen Gründen eine eigene Ausbildungsorganisation vorhanden sein muß. Auch dann gewährleisten Lehrkräfte (sic!), Ausbildungspläne und Prüfungsordnungen den Zusammenhang mit dem allgemeinen Ausbildungswesen.“ (Ellwein-Plan S. 24)

Die militärische Ausbildung als Teil des allgemeinen Systems heißt nichts anderes als Militarisierung der Ausbildung und damit Integration der Gesellschaft in die Bundeswehr.

Ein Konzept also, wie es in der „Akademie der Führungskräfte der Wirtschaft“ in Bad Harzburg seit langem praktiziert wird. So äußerte sich General Wolfgang Schall, Schüler dieser „als gemeinnützig anerkannten Kader-Schmiede der Reaktion“ (Konkret Nr. 1/1972 S. 16) in seinem Werk: „Führungstechnik und Führungskunst in Armee und Wirtschaft“ wie folgt:

„Ein Vergleich zwischen Armee und Wirtschaft ist besonders fruchtbar, da hier die Übereinstimmung im Grundsätzlichen besonders stark gegeben ist. ... Armee und Industrie haben die Bestimmung, sich im

den Reform unseres gesamten Bildungswesens sind.“ (ebenda S. 17)

Dieser elitäre Anspruch soll bzw. „muß“ im Laufe eines Studiums von „vertretbarer Dauer“ verinnerlicht sein, wenn es der ‚heiligen Allianz‘ von Wirtschaft und Wehrmacht genügen soll. Der technologische Rückstand zu den USA, der sich bereits in Absatzschwierigkeiten ausdrückte und damit die Bedeutung der „erzieherisch-vermittelten Qualifikation der Arbeitskraft für den Prozeß des wirtschaftlichen Wachstums“ offenbar werden ließ, führte zu einer stärkeren Einflußnahme der Industrie auf die Bildungsplanung. Die Verlagerung der Bildungsplanung von Landes- auf Bundesebene ist deshalb kein „Sachzwang“ sondern für das Kapital eine Notwendigkeit; denn je konzentrierter die Entscheidungskompetenzen, desto größer und effektiver kann der Einfluß der Arbeitgeberverbände sein (zitiert nach F. Huiskens: Lehrer und Schule im Spätkapitalismus, in: Ästhetik und Kommunikation Nr. 3, S. 25). Das Hochschulrahmengesetz (HSRG) als Ergebnis dieser Bemühungen soll die Universitäten langfristig den Interessen der Industrie anpassen (siehe dazu auch dsz Nr. 123), aber über die Bundeswehrhochschule soll bereits jetzt gezeigt werden, wie die „aus den Fugen geratenen Universitäten“ (SPD-Minister Schmidt, in: Spiegel Nr. 4 1972) wieder arbeiten sollen. Das im Ellwein-Plan vorgelegte Modell der „Hochschulen der Bundeswehr“ zeigt dann auch mit technokratischer Offenheit welche Möglichkeiten – im reaktionären Sinn allerdings – das HSRG bietet.

### Das Hochschulrahmengesetz als Mittel zur Einflußnahme

Wenn man sich jetzt noch § 54 Hochschulrahmengesetz anschaut, der den Bundeswehrhochschulen, als „staatlich anerkannten Hochschulen“ die Möglichkeit gibt Demokratisierungsversuche auch an staatlichen Universitäten und Hochschulen zu verhindern, dann erst erkennt man, was mit der „engen Kooperation“ gemeint ist. § 54 (3) HSRG: „Die staatlich anerkannten Hochschulen eines Landes sollen an der gemeinsamen Beratung bei der Aufstellung des Hochschulgesamtplans nach § 11 (1) beteiligt werden. . .“ § 59 (1), der das Zusammenwirken der staatlichen Hochschulen mit „staatlich

Punkt 58: Hinsichtlich der Organisation der Hochschulen der Bundeswehr schlägt die Kommission vor:

1. Träger der Hochschule der Bundeswehr ist der Bundesminister der Verteidigung. Die Hochschulen werden im Rahmen der gesetzlichen Bestimmungen errichtet. Gemäß § 54 des Entwurfs für ein Hochschulrahmengesetz können Hochschulen nach näherer Bestimmung des Landesrechts eine *staatliche Anerkennung* erhalten, wenn . . . die hauptberuflichen Lehrenden den an staatlichen Hochschulen geltenden Einstellungsvoraussetzungen gerecht werden, — die Angehörigen der Einrichtung „an der Gestaltung des Studiums in sinnvoller Anwendung dieses Gesetzes mitwirkten“.

2. Das Lehrpersonal wird vom Bundesminister der Verteidigung entsprechend den für Hochschullehrer geltenden Vorschriften berufen und ernannt. . . .

3. Die Leitung der Hochschule soll einem Hochschulpräsidenten obliegen (der wie das Lehrpersonal vom Bundesminister berufen und ernannt wird. d. Red.).“

Punkt 59: „Das Studium an Hochschulen der Bundeswehr dauert 3 Jahre, An die Stelle der bisher üblichen Einteilung in Semester tritt eine solche nach Studienjahren. Um eine enge Kooperation mit den Hochschulen zu ermöglichen, muß das Studienjahr zeitlich so gelegt werden, daß es die beiden Semester übergreift (z. B. 1. 11.—31. 6.).

Die Einteilung in Studienjahre erlaubt folgende Gliederung des Studiums: Im ersten Jahr erfolgt nach einer hochschuldidaktischen Einweisung eine breite Grundlegung des gewählten Fachbereichs. Im zweiten Jahr steht der Fachbereich als Ganzes im Mittelpunkt. Das dritte Jahr ermöglicht eine weitere Spezialisierung, die ggf. mit der anzufertigenden Prüfungsarbeit verbunden werden oder in diese einmünden kann. . . . Planung und Strafung bedeuten nicht Zwang(!). Im Rahmen des Möglichen sollen auch an den Hochschulen der Bundeswehr die individuelle Wahl von Vorlesungen und Übungen wie die freie Dozentenwahl gewährleistet sein.“

anerkannten Hochschulen“ (Bundeswehrhochschulen) regelt:

„Zur Erfüllung ihrer Aufgaben wirken Hochschulen zusammen. . . . Es erstreckt sich vor allem auf 1. gemeinsame Erarbeitung von Studien- und Prüfungsordnungen. . . . 2. Abstimmung oder gemeinsame Entwicklung von Schwerpunkten in Lehre und Forschung. . . . 5. Durchführung gemeinsamer Forschungsprogramme und gemeinsamer Lehrveranstaltungen. 8. Wechselseitige Mitarbeit des wissenschaftlichen . . . Personals in den beteiligten Hochschulen.“

Die schon angesprochene Einheit von wissenschaftlicher Forschung und militärischer Ausbildung wird über das HSRG so ausgelegt, daß die Belange der militärischen Ausbildung zugleich die Belange der wissenschaftlichen Forschung sind. Über „erarbeiten gemeinsamer Prüfungsordnungen; gemeinsame Lehrveranstaltungen; und Austausch des wissenschaftlichen Personals“ wird versucht, die ersten Ansätze emanzipatorischer Demokratisierungsprozesse wieder in technokratische, d. h. systemimmanente Bahnen zu lenken. Die „angestrebte Kooperation“ (siehe § 59 HSRG) bedeutet nicht anderes als eine, auf die speziellen Wünsche der Industrie ausgerichtete Disziplinierung und Reglementierung des Studiums; und begründet wird das alles mit der „angesprochenen Einheit von wissenschaftlicher und militärischer Ausbildung“, was nichts anderes heißt, als der Wunsch nach fachlich-kritischen — von gesellschaftlichen Zusammenhängen dieser kapitalistischen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung unbelegten — Absolventen, die Lernen sowie Gehorchen und Befehlen gelernt haben.

In der 91. Plenarsitzung der WRK begründete Prof. Ellwein diesen Wunsch der Industrie als den Wunsch der Auszubildenden selbst:

„Der später für einen großen Teil dieser Leute (die studierenden Zeitoffiziere, d. Red.) sich anschließende Zivilberuf nach 12 Jahren also, wobei nicht nur das Studium selbst natürlich in die Waagschale zu legen ist, sondern auch die pädagogischen, organisatorischen, koordinierenden und anderen Erfahrungen, die der betreffende Offizier als Einheitsführer dann in der Zwischenzeit gesammelt hat.“ (Unbereinigtes Tonbandprotokoll der Sitzung vom 4. 10. 71 S. 5). Hatte die Industrie frühzeitig erkannt, daß dem Bildungssystem, wegen der zunehmenden „Verwissenschaftlichung der Produktion“ (Marx) eine immer bedeutendere Funktion zukommt und entsprechend versucht, auch auf diesen Sektor Einfluß zu nehmen, so wird dieser Schritt von der Bundeswehr wegen der zunehmenden „Verwissenschaftlichung militärischer Ausbildung und Führung“ (Ellwein-Plan) mit dem vorgelegten Plan nachvollzogen.

Der plumpe Anti-Kommunismus aus der Zeit des „kalten Krieges“ wird über ein „erziehungs- und gesellschaftswissenschaftlich angeleitetes Fachstudium“ auf eine wissenschaftliche Ebene gehoben, ohne aber damit die Frage beantworten zu können, die Fritz Erler (SPD) am 6. 7. 1956 bei der Beratung des Wehrpflichtgesetzes der CDU stellte:

„. . . welche geistigen und politischen Parolen wollen Sie eigentlich den Wehrpflichtigen bieten, um ihnen die Notwendigkeit des Dienstes klarzumachen, in einer Situation, in der die Armee viel stärker als äußeres Symbol der Teilung unseres Landes empfunden würde denn

*Punkt 60:* „Den vorangestellten Grundsätzen folgend (S. 50 — Es werden nur solche Fachbereiche eingerichtet, die zu ihrem Teil sowohl zur Vorbereitung des Offizier-Berufs beitragen als auch — mit Rücksicht auf die Offiziere auf Zeit — den Übertritt ins zivile Berufsleben ermöglichen) soll an den Hochschulen der Bundeswehr eine ausgewählte Zahl von Fachbereichen angeboten werden. Diese werden den Bedürfnissen der Streitkräfte entsprechend auf die Bereiche Führung und Organisation sowie Technik ausgerichtet sein.“

*Punkt 61:* „Die Kommission schlägt vor, das Studium an den Hochschulen der Bundeswehr als erziehungs- und gesellschaftswissenschaftlich angeleitetes Fachstudium durchzuführen. Damit soll erreicht werden, daß der Studierende während des Studiums eine pädagogische und didaktische Hilfe erfährt und die Zeit des Studiums, in der er sich selbst in einer besonderen pädagogischen Situation befindet, nutzen kann, um in ihr Erfahrungen für die künftigen Aufgaben als Ausbilder zu sammeln; ... Das Studium dient der Ausbildung im weiteren Sinne. Diese Ausbildung ist an vorgegebenen Zielen orientiert und soll zu bestimmten Qualifikationen führen. ... An den Hochschulen der Bundeswehr soll in Zusammenhang mit dem Fachstudium im engeren Sinne dieser pädagogische Vorgang oder Prozeß dem Studierenden zugänglich gemacht werden, um ihn in die Lage zu versetzen, zum einen die Planung der Studiengänge selbst zu begreifen, zum anderen die eigenen Schwierigkeiten während des Studiums rechtzeitig selbst zu erkennen und sie dann zu überwinden und zum dritten — *entsprechend angeleitet* — dabei verallgemeinerungsfähige Erfahrungen zu sammeln. ... Wird in diesem Sinne das Studium auch gesellschaftswissenschaftlich angeleitet, so dient das der Vorbereitung auf den Beruf des Offiziers ebenso wie dem Verständnis für den Zusammenhang zwischen den Inhalten des jeweiligen Studienganges und übergreifenden wissenschaftlichen, politischen und sozialen Gegebenheiten von Entwicklungen.“

(SPD) am 26. 2. 54 vor dem Bundestag: „Wenn man schon an ein solches Übel herangeht — und wir gehören nun nicht einmal zu denen, die es zur höheren Würde der Menschheit zählen, daß man unbedingt bewaffnete Streitkräfte in allen Ländern unterhalten muß...“, das „zwar 1956 neu gegründet worden ist, und zwar im Rahmen einer sehr langen, in Deutschland sehr prägenden militärischen Tradition“ (Ellwein) soll endlich — nach dem Willen der CSU — den seiner Tradition entsprechenden anerkannten Platz in der Gesellschaft finden. Eine militärische Tradition, die die SPD im Sinne einer proletarischen „Volksbewaffnung“ (August Bebel, 1892) durchbrechen wollte, in die sie aber bereits 1914 mit der Zustimmung zu den Kriegsanleihen wieder einschwenkte. Wie sich allerdings die „Bewaffnung des Volkes im proletarischen Sinne“ (Viktor Adler auf dem Parteitag der SPO 1903; in: Karl Bauer „Deutsche Verteidigungspolitik 1945–1963“, Boldt-Verlag Boppard; S. 128) dann fürs Proletariat ausgewirkt hat, formulierte Dr. Jaeger (Kopf-Ab-Jaeger, CSU) in der schon erwähnten Wehrdebatte am 26. 2. 54:

*„Ich habe da gehört von dem alten Gegensatz zwischen der Arbeiterschaft und der Wehrmacht. Meine Damen und Herren (zur SPD), aus welcher Mottenkiste des 19. Jahrhunderts haben Sie denn diese Argumente hervorgeholt? Von der Pflichterfüllung, die die deutsche Arbeiterschaft in zwei Weltkriegen für ihr Vaterland geleistet hat, haben Sie vielleicht noch keine Kenntnis genommen...!“*

Es war aber genau diese „sozialdemokratische Pflichterfüllung“ die dazu führte, daß die Arbeiterschaft in zwei Weltkriege ziehen mußte, in Kriege, die sie nicht wollte aber bezahlen mußte — jedoch nicht fürs Vaterland, sondern für Kapitalinteressen der Herrn Flick, Krupp und Abs und wie sie sonst noch heißen mögen, die diese Kriege wollten, aber nicht bezahlen mußten. Und es war auch diese „sozialdemokratische Pflichterfüllung“, daß die Arbeiterschaft 1918 nicht verhinderte, daß das kapitalistische System unter einer sozialdemokratischen Regierung wiedererstarken konnte, einer SPD-Regierung, die sich nicht scheute, die Wehrmacht gegen Arbeiter einzusetzen, um jenes System zu retten, das sie vorgab, bekämpfen zu wollen. Aus dieser Tradition heraus — die Wehrmacht zur Absicherung der eigenen Herrschaftsposition — stimmte die SPD

als irgendetwas anderes...?“

Minister Schmidt, der die Frage der Bundeswehrhochschulen am 15. Januar bereits entschieden haben wollte (General Portmann in der 1. Sitzung der von der WRK einberufenen Arbeitsgruppe am 29. 11. 71) wurde aber gerade wegen „der unbestrittenen Notwendigkeit eines wissenschaftlichen Studiums“ (Ellwein-Plan S. 73) von der WRK, dem ‚Gralshüter‘ der Wissenschaft in seinem Elan gebremst.

„Zweifel besteht, ob die auf spezielle militärische Verwendung ausgerichtete Studiengänge und Studienordnungen an Hochschulen der Bundeswehr den Kriterien der wissenschaftlichen Lehre und des wissenschaftlichen Studiums entsprechen können.“ (WRK am 4./5. 10. 71) Einer Konkurrenz für ihre an der ‚alma mater‘ gepachteten Wissenschaft mochten die Herren Rektoren dann doch nicht zustimmen. Am 25. 1. 1972 sprach sich die WRK auf ihrer 94. Plenarsitzung gegen die Errichtung bundeswehreigener Hochschulen aus. „Mit ihrem Votum beharrt die WRK konsequent auf der von ihr schon früher befürworteten Gesamthochschule, die alle Bildungsgänge — also auch das Offizier-Studium — einschließen soll (Frankfurt Rundschau vom 26. 1. 72).“

„Damit scheint die wichtigste Reform aus dem Programm von Oberbefehlshaber Schmidt gefährdet.“ (Spiegel)

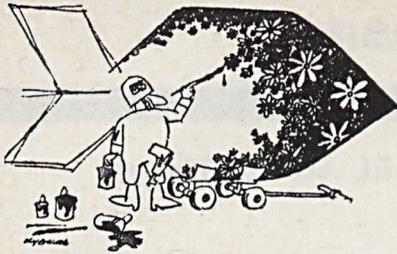
Mit der WRK-Forderung nach Integration, wie sie FU-Präsident Kreibich auf der 91. WRK-Sitzung formulierte: „Was ich insbesondere bei der Bundeswehr befürchten würde, ist ja doch eine Perpetuierung möglicherweise dessen, was sich in jahrhundertelanger Tradition darstellt, nämlich ein Denken in militärischen

Kategorien usw. ... Aber ich glaube, von uns aus gesehen, sollten wir eher alles daran setzen, Integration vorzunehmen, anstatt den Weg einzuschlagen, den Sie (Prof. Ellwein; d. Red.) hier uns vorgetragen haben“; mit dieser Forderung nach Integration waren die „ach so progressiven Liberalen“ wie Kreibich, Böhme und Fischer-Appelt unversehens zum Bündnispartner der CSU geworden, ... die sich auch gegen Bundeswehrhochschulen aussprach, allerdings nicht aus „liberalen“ Bedenken — d. h. keinen Staat im Staate —, sondern um den Militarismus in der Gesellschaft zu verankern, d. h. aber auch Akzeptierung einer militärischen Ausbildung an staatlichen Hochschulen, die den Anforderungen dieser Ausbildung ebend entsprechend geändert werden müßten.

Das Konzept der CSU erläuterte vor der WRK Dr. Jürgen Fischer, Generalsekretär der WRK und Mitglied der Bildungskommission der Bundeswehr:

*„Das Konzept der CSU lautete folgendermaßen, daß die CSU der Auffassung sei, daß die wissenschaftliche Ausbildung der militärischen Fachkräfte weitgehend an den öffentlichen Hochschulen durchgeführt werden sollte, denen die entsprechenden Einrichtungen und Lehrkräfte bereits jetzt zur Verfügung stehen. Eine solche Lösung würde nicht nur erhebliche Mittel sparen, sie würde auch der Forderung dienen, die soziale Integration der Bundeswehr in die Gesellschaft und die soziale Anerkennung des Soldatenberufes durch die Gesellschaft fortzuführen, was wiederum eine Anerkennung der beruflichen Eigentümlichkeiten der militärischen Existenz durch Abbau der an den Universitäten bestehenden Vorurteile zur Folge haben kann.“*

Das „Übel Bundeswehr“ (Fritz Erler,



## TH-intern

für die Notstandsgesetze und will nun Bundeswehrhochschulen „neben“ der Gesellschaft errichten. Nur in dieser Isolation kann die technokratische Bildungsreform der Bundeswehr mit **vorgegebenen** „gesellschaftskritischen“ Inhalten ohne „unnötige“ Diskussionen und Verzögerungen durchgeführt werden. Die Inhalte ‚gesellschaftskritischer Momente‘ nämlich möchte Herr Schmidt aber weder der Bundesassistentenkonferenz (BAK – „die Soldaten sollten ihre berufliche Funktion selbst nach ihrem Sinn, ihrer ideologischen Begründung und gesellschaftlichen Einordnung hinterfragen und ggfs. revidieren“ – in: Spiegel Nr. 4/72) noch den Hochschulen überlassen, die die BAK-Forderung sogar realisieren könnten. Dieser „Gefährdung des (Offizier)-Nachwuchses, daß 50% etwa oder wieviel auch immer der so Studierenden abspringen würden“ (Fischer-Appelt, in: WRK-Protokoll S. 36); der Gefährdung, „daß sie (die Offiziere, d. R.) einfach eine kritische Einstellung des Denkens, die sie vielleicht auch gegen die Bundeswehr selbst richten würden oder gegen Elemente in ihr, erwerben“ könnten, (dito); der Gefährdung, daß sie mit der „kritischen Intelligenz der Hochschulen“ zusammenkommen, mit „Leuten, . . . die die Grundlage des Systems in Frage stellen (dito); dieser Gefährdung mag die Bundeswehrspitze ihre auszubildenden Offiziere nicht aussetzen.

### Gewerbelehrer

„Das ist wie bei der Weltraumfahrt: Mit der ersten Mondrakete konnten auch nicht gleich alle auf den Mond fliegen!“ Mit diesem absurden Vergleich versuchte Ministerialdirigent Kollatz, auf einer Veranstaltung in Darmstadt von Gewerbelehrerstudenten zur Rede gestellt, den Numerus clausus für diese Studienrichtung zu rechtfertigen. Der Numerus clausus sieht vor, daß zwar alle Abiturienten, aber nur etwa 80% Nichtabiturienten pro Semester mit dem Studium für das Lehramt an beruflichen Schulen beginnen können.

In erster Linie davon betroffen sind graduierte Ingenieure, die sich zum Zweitstudium entschlossen haben. Ihnen war in einem Erlaß vom 18. 12. 70 wenigstens für dieses Fachgebiet das zugestanden worden, was von Studentenvertretern jahrelang gefordert wurde: Das Studium an der Ingenieurschule wird ihnen als ingenieurmäßiger Teil des Gewerbelehrerstudiums anerkannt. Somit brauchen sie laut Erlaß in mindestens vier Semestern nur noch den erziehungs- und gesellschaftswissenschaftlichen Teil und das Wahlfach nachzuholen.

Begannen bisher im Durchschnitt 33 Anfänger pro Semester mit dem Gewerbelehrerstudium, erhöhte sich im Jahr 1971

diese Zahl auf 339, mithin etwa das fünffache; 287 davon waren graduierte Ingenieure, die der „Ingenieurerauß“ zum Studium ermutigt hatte. Dieser Flut von Neuanmeldungen stand bis zum Beginn des vergangenen Wintersemesters keine entsprechende Ausweitung der betroffenen Fachbereiche – hauptsächlich der Fachbereich 3 (Erziehungswissenschaften und Psychologie) – gegenüber. Erst nach zähen Verhandlungen mit dem Kultusministerium wurde es der TH erlaubt, Gelder für bewilligte, aber nicht besetzte Stellen den Fachbereichen 2 und 3 für ein Notprogramm zur Verfügung zu stellen. Damit konnten akademische und studentische Tutoren eingestellt werden, um die ärgsten Engpässe zu überwinden. Dieses Notprogramm ist jedoch beschränkt auf das Wintersemester. Schon im November teilte das Kultusministerium der Hochschule mit, daß mit einem neuen für das Sommersemester nicht gerechnet werden könne. Selbst wenn das aber wider Erwarten der Fall sein sollte, und trotz der Beschränkung der Anfängerzahl qua Numerus clausus auf etwa 100 werden – das besagt eine Berechnung des Fachbereichs 3 – dort miserable Studienbedingungen herrschen. Nur für gut die Hälfte der durchzuführenden Veranstaltungen wird Lehrpersonal zur Verfügung stehen.

Um die Situation zu beraten und gemeinsam nach Protestformen zu suchen, fand am 3. 2. 72 eine Vollversammlung der Lehrerstudenten statt, die nahezu einstimmig zwei Resolutionen verabschiedete.

In der ersten fordert die Vollversammlung „das Kultusministerium auf, von jeglicher Form eines Numerus clausus für Gewerbelehrerstudenten abzusehen und zugleich

- bei den Regierungen der anderen Bundesländer darauf hinzuwirken, daß die hessische Regelung (bezüglich der Anerkennung des Ingenieurstudiums; d. Red.) übernommen wird,
- den Ausbau der Lehrerausbildung und des gesamten Ausbildungswesens im Interesse der unterprivilegierten Schichten des Volkes mit allen Kräften voranzutreiben.“

Dazu sei es, so heißt es in dieser Resolution weiter, unbedingt notwendig, das Notprogramm im Sommersemester zu

## SOMMER 1972

bitte fordern Sie unseren neuen Prospekt an.

FERIENREISEN  
STUDIENREISEN  
SPRACHKURSE  
STÄDTEREISEN  
FERNFLÜGE  
INTERNATIONALE BEGEGNUNGEN  
ISRAEL-BAUKASTEN

Information und Anmeldung bei

STUDENTENREISEN DARMSTADT

Zweigstelle der Auslandsstelle  
des Deutschen Bundesstudentenringes GmbH.

61 Darmstadt, Alexanderstraße 22, Telefon: 16 27 18

etatisieren und die Forderungen der Fachbereiche 2 und 3 nach Hochschul-lehrerstellen, Sachmitteln und Räumen zu erfüllen.

Diese Resolution wurde von der Fachbereichskonferenz des Fachbereichs 3 vollinhaltlich unterstützt. Weiterhin sprach die Fachbereichskonferenz eine Empfehlung an die Lehrenden des Fachbereichs aus, alle Seminare im kommenden Sommersemester unter das Gesamtthema „Bildungspolitik in der BRD“ zu stellen. Ein solches Veranstaltungsprogramm war in der zweiten Resolution der studentischen Vollversammlung gefordert worden.

Auf Veranlassung der Fachbereichskonferenz lud Dekan Gamm für den 10. 2. zu einer Vollversammlung aller Mitglieder des Fachbereichs 3 ein. Bei der Vorstellung der Seminarthemen für das Sommersemester zeigte sich, daß alle Fachgebiete mit Ausnahme der Sportler sich an die Empfehlung der Fachbereichskonferenz gehalten haben.

Zu Beginn der Veranstaltung hatte ein studentisches Mitglied der Fachbereichskonferenz noch einmal die Forderung nach dem bildungspolitischen Sommersemester begründet. Zweierlei Gründe seien es, die die Studenten zu dieser Forderung veranlaßt hätten:

„Das Erste: Lehrer sind nicht nur hier an der Hochschule als Studenten, sondern ihr Leben lang im Beruf mit dieser Bildungspolitik konfrontiert. Sie werden dort an der Schule genauso wie hier täglich von dieser Politik und ihren Folgen betroffen sein. Mit unserer Forderung wollen wir Voraussetzungen schaffen, die es uns ermöglichen, die Hintergründe unserer jetzigen Studien- und späteren Berufssituation zu hinterfragen, also uns bewußt zu machen, von wem, mit welchen Mitteln und in wessen Interessen Bildungspolitik gemacht wird. Nur so können wir Stellung zur Bildungsplanung beziehen, nur so können wir Möglichkeiten entwickeln, uns diesen Interessen – soweit sie nicht die der Allgemeinheit sind – entgegenzustellen...

Zum Zweiten soll diese Maßnahme eine Protestaktion gegen den Numerus clausus und gegen die hiesigen Zustände in der Ausbildung sein. . . . Andere Protestformen – wie etwa Streik oder eine Demonstration nach Wiesbaden – sind wenig aussichtsreich; wir wissen aus der Vergangenheit, wie gering sie beachtet werden.

## Rektorwahl im Konvent am 22. 2. 72

Rektorwahlen sind lustig. Die Erinnerung an die Wahl von Ackermann und Wagner im WS 70/71 ist bestimmt noch bei manchen Studenten wach. Damals waren die FDP und Sälzerfreunde in Schwierigkeiten gekommen, weil die von ihnen unterstützten Kandidaten ziemlich chaotisch und eben auch belustigend gegen die reformfreudigen Kandidaten Ackermann und Wagner agierten.

Die reaktionären Dozenten waren auch bei der Konventswahl in einer schlimmen Situation. Den Fortschrittlicheren wollte man listig und trickreich ein Bein stellen. So wurde ein sich als fortschrittlich gebender Dozent, Fachbereichsleiter Portmann aus der Architektur, das Zugpferd der „progressiven Realisten“. Sein Prorektor sollte Herr Frank werden, der „unheimlich“ gute Erfahrungen im Kultusministerium gesammelt hat, die er natürlich nur zum Nutzen der Studenten anwenden wollte.

Der desolate Zustand in den Reihen der „Realisten“ zeigte sich dann in aller Deutlichkeit am Wahltag, als die Kandidaten Portmann und Frank gegen Geil und Warkehr antraten, die die Reformpolitik von Ackermann und Wagner fortsetzen wollten.

In der inneren Widersprüchlichkeit, sich zwischen gezwungener Reformfreudigkeit und persönlichem Interesse so zu artikulieren, daß wenigstens die eigenen Reihen richtig wählen würden, fielen die Wahlkampfreden der Herren Portmann und Frank so kläglich aus, daß Geil und Warkehr selbst mit Stimmen der „progressiven Realisten“ gewählt wurden.

---

Diese von uns gewählte Protestform ist – das zeigte sich in dem Versuch einer Diskussion mit Kollatz – dem Kultusministerium durchaus nicht recht. Denn das Kumi weiß sehr wohl, daß sie – natürlich auf längere Sicht – für die Bildungspolitik unangenehmere Folgen haben könnte als zum Beispiel ein Streik. . . .

Wenn wir das kommende Semester mit der genannten Thematik angehen, dann aus der Konsequenz, daß politisch verursachte Mißstände nicht durch technokratische Tricks, sondern einzig und allein durch ebenfalls politische Maßnahmen bekämpft werden können.“

## Der Fall Dr. Lee

Dr. Franz J. T. Lee, z. Zt. Lehrbeauftragter an der FH Darmstadt soll zum 1. 4. 72 als Fachhochschullehrer im Fachbereich SuK (Sozial- und Kulturwissenschaften) als Politologe eingestellt werden. Der Südafrikaner, 1962 über ein Stipendium des AstA Tübingen in die BRD gekommen, studierte in den folgenden Jahren bei Bloch, Fetscher u. a. die Fächer Philosophie und Politik.

Nach einer Aufenthaltszeit von über 9 Jahren erhielt Lee am 19. 1. 72 eine Verfügung der Frankfurter Polizei und Ordnungsbehörde, in der ihm mitgeteilt wurde, daß sein Antrag auf Verlängerung der Aufenthaltserlaubnis nicht genehmigt werden könne und er die BRD innerhalb einer Woche zu verlassen habe.

Die Begründung der Behörde, daß Dr. Lee in sein Herkunftsland zurückkehren solle, „damit er seiner Fähigkeiten zum Nutzen seines Volkes einsetzt“, ist deshalb eine Farce, weil Lee auf Grund seiner politischen Tätigkeit gegen die Apartheidspolitik in Südafrika hohe Zuchthausstrafen zu erwarten hat.

Im Gegensatz zur weiteren Begründung der Ausländerbehörde kann Lee mit seinem Tunesischen-Ersatzpaß nicht viel anfangen. Dieser wurde ihm ausgestellt, als Südafrika 1968 seinen Paß nicht verlängerte und Tunesien ihm mit einem Ersatzpaß einen weiteren Aufenthalt in der BRD ermöglichte. Lee spricht weder die Landessprache noch war er selbst einmal in Tunesien.

Der Fall Lee ist in der Praxis der Deutschen Ausländerbehörde leider kein Einzelfall. Wieder einmal zeigt sich, daß die BRD auf Grund undemokratischer Ausländergesetze eher einen faschistischen Staat wie Südafrika unterstützt als einen Mann, der gegen die Unterdrückung seines Volkes kämpft.

Durch zahlreiche Proteste fühlte sich der hess. Innenminister gezwungen, die Ausweisung aufzuheben und Lee bis „auf weiteres“ den Aufenthalt in der BRD zu „erlauben“. Das bedeutet aber nicht, daß die Ausweisung aufgehoben ist. Dies ist lediglich eine Verzögerung der Entscheidung, um den Fall Dr. Lee aus der öffentlichen Diskussion zu bringen.

# Solidarität mit Peter Brückner

Rede Prof. Dr. Jürgen Seiferts am 25. 1. 1972 an der TH Hannover

Am 22. Juni 1926 mußte aufgrund eines Erlasses des Preußischen Ministers für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung der als Privatdozent an der Technischen Hochschule lehrende Professor Dr. Theodor Lessing seine Lehrtätigkeit einstellen. Theodor Lessing war Philosoph, Psychologe und Publizist. Der damalige Erlaß war das Produkt einer beispiellosen Hetze gegen Theodor Lessing. An dieser Kampagne waren Presse und Justizbehörden, Hochschullehrer und Studentenschaft in gleicher Weise beteiligt. Zwar kennen wir aus der damaligen Zeit einen Aufruf des Sozialistischen Studentenbundes, des Internationalen Sozialistischen Kampfbundes und der niedersächsischen KPD an die Einwohner Hannovers in dem es heißt „Laßt Euch diesen Hochschulschandal nicht gefallen“, aber am Ende dieser Affäre steht die Ermordung von Theodor Lessing durch Schergen des NS-Systems am 31. August 1933 in Marienbad. Am 20. Januar 1972 hat der Niedersächsische Kultusminister den Kollegen Peter Brückner von seinen Amtspflichten suspendiert. Noch ist der Fall Peter Brückner kein Fall Theodor Lessing. Die vorläufige Suspendierung ist kein endgültiges Lehrverbot; denn eine Suspendierung ist kein Straftat. Wir sind hier zusammengekommen, damit aus der vorläufigen Maßnahme des Kultusministers vom vergangenen Donnerstag nicht ein neuer Fall Theodor Lessing wird.

Wir sind hier zusammengekommen, um den Hochschullehrern und Studierenden dieser Universität, um allen Bürgern unseres Landes, die ihren Stab über Peter Brückner bereits gebrochen haben, zu sagen: Wie haltet Ihr es denn nun mit dem Rechtsstaat, dessen fundamentales Prinzip lautet: Niemand darf als schuldig behandelt werden, solange seine Schuld nicht durch ein Gericht rechtskräftig nachgewiesen ist. Wir sind hier zusammengekommen, um all denen zu sagen, die eine vorläufige Entbindung von den Amtspflichten als Strafsanktion handhaben oder darzustellen versuchen: Eine solche Suspendierung darf nicht mehr sein als eine Schutzmaßnahme der Staatsgewalt gegenüber einem ihr unterstellten Beamten. Wir sind hier zusammengekommen, um denjenigen entgegenzutreten, die bei der Suspendierung Brückners Hosianna schreien, die aber Politikern ihrer Couleur jubeln, wenn diese sich bei

dubiosen Affären an ihr Amt krallen, das sie dann zur Vertuschung mißbrauchen können.

Der Fall Brückner macht deutlich, daß in diesem Staatswesen mit zweierlei Maß gemessen wird: Brückner wurde suspendiert, aber der damalige Verteidigungsminister Strauß nicht, obwohl dieser sein Amt nachweislich dazu ausnutzte, um mit einem Zeugen zu reden, der in dem gegen Strauß eingesetzten Fibag-Untersuchungsausschuß auszusagen hatte. — Brückner wurde suspendiert, aber der Bundestagspräsident Eugen Gerstenmaier nicht, trotz der Gerstenmaier schwer belastenden Tatsachen. — Brückner wurde suspendiert, aber der Berliner Polizeipräsident Hübner nicht, obwohl Hübner die Verantwortung trägt für die vertuschenden Berichte der Berliner Polizei bei der Erschießung Georg Rauchs und die bis heute noch nicht geklärten Umstände. Im Falle Hübner geht es um einen Toten, im Fall Brückner um die Verteidigungsstrategie eines Angeklagten.

Ich bin aber auch deshalb hierher gekommen, weil ich folgendes sagen will: Diejenigen, die mich kennen, wissen, daß ich nicht erst heute der politischen Analyse der Gruppe Baader-Meinhof entgegentrete und ihre Praxis als falsch bezeichne. Eine Gruppe, die sich Rote Armee Fraktion nennt, hat seit etwa zwei Jahren den Versuch gemacht — wie sie sagt — „praktisch zu ermitteln, ob es richtig ist, den bewaffneten Kampf jetzt zu organisieren.“ Diese Gruppe sollte, wenn sie noch zu einer politischen Analyse fähig ist, ihr Scheitern endlich zugeben. Sie sollte — meinetwegen vom Ausland aus — die Arbeit der Roten Armee Fraktion für beendet erklären und alle Nachahmer auffordern, dasselbe zu tun. Ein solcher Akt wäre die wirksamste Prozeßhilfe für ihre inhaftierten Genossen.

Nun sagt man: In dieser Situation gibt es nichts anderes als Solidarität. Aber — so frage ich —: was ist das für eine Solidarität?

Für politische Organisationen und für den politischen Menschen kann es politische Solidarität nicht geben mit einer Praxis, die man für falsch hält und die auf einer falschen Analyse aufbaut. Die Rote Armee Fraktion verkennt den fundamentalen Unterschied zwischen einem offen faschistischen System und einem zwar autoritären, aber nicht faschistischen Verfassungsstaat. Sie meint,

auf eine Zuspitzung des Klassenkampfes auch dann nicht verzichten zu können, selbst wenn diese Form der Zuspitzung offenen Faschismus produziert.

Obwohl ich der Auffassung bin, daß man sich nicht politisch mit der Roten Armee Fraktion solidarisieren kann, halte ich es angesichts der augenblicklichen Hexenjagd für notwendig und sinnvoll, für die Baader-Meinhof Gruppe etwa in der Weise einzutreten, in der sich Heinrich Böll im Spiegel engagiert hat. Nur wenn wir sagen, daß es keine politische Solidarität mit der Praxis der Roten Armee Fraktion geben kann, dann hat die Aussage Gewicht, daß die politischen Motive einer Ulrike Meinhof der Praxis derjenigen hundertmal mehr vorzuziehen sind, die durch die Art der gegenwärtigen Verfolgung dazu beitragen, daß in diesem Lande erneut Gestapo-Methoden für legitim gehalten werden können. Nicht die Rote Armee Fraktion mit an den Fundamente des Staatswesens Bundesrepublik gerüttelt, sondern eine Praxis der Strafverfolgung, die im Kampf gegen die Gruppe Baader-Meinhof die rechtsstaatliche Ordnung Stück für Stück ausgehöhlt hat. Was bleibt von den nach 1945 mühselig aufgebauten institutionellen Sicherungen dieses politischen Systems, wenn in Zukunft die bloße Behauptung genügt, dieser oder jener habe Kontakt zu jemand gehabt, der ein Staatsfeind sei, um ihn in Acht und Bann zu tun, um ihn öffentlich zu diskriminieren?

Im Jahre 1925 hat eine systematisch angelegte Kampagne dazu geführt, daß kein Student dieser Hochschule es noch wagen konnte, die Vorlesung von Theodor Lessing aufzusuchen. Nach 1933 wurden nicht nur Juden verfolgt, sondern auch diejenigen, die den Kontakt zu Juden nicht abbrachen; damals galt der Satz: „Wer beim Juden kauft, ist wie ein Jude zu behandeln!“ Ende der 50er Jahre entstand im Zusammenhang mit der Verfolgung der KPD der Begriff der Kontaktschuld: der bloße Kontakt konnte unabhängig von der Absicht zu strafrechtlicher Verfolgung und zur Gefährdung der wirtschaftlichen Existenz führen. Sollen diese Zeiten, gegen die Gustav Heinemann und Diether Posser einst gekämpft haben, heute unter veränderten Umständen wiederkehren? Der Düsseldorf Prozeß gegen Karl-Heinz Ruhland ist — das sollte auch Diether Posser erkennen — einzigartig in der deutschen Rechtsgeschichte. In

diesem Prozeß ist alles verkehrt: Der Angeklagte tritt als Ankläger auf; er belehrt den Vorsitzenden und sagt: „In dieser Frage wird noch ermittelt“; beschuldigt werden die von der Anklage benannten Zeugen, die vom Gericht geladen worden sind, obwohl der Angeklagte Ruhland – wie immer betont wird – voll geständig ist und man ihm voll vertrauen könne; Vorsitzender, Staatsanwalt und Pflichtverteidiger helfen dem Angeklagten Ruhland – wenn dieser sich einmal verheddert – im seltenen Einklang auf die Sprünge: „Irren Sie da nicht?“ – „War es nicht so ...“ Der Pflichtverteidiger tut sich hin und wieder – so behaupten jedenfalls die Betroffenen – durch falsche Zitate aus den Vernehmungsprotokollen Dritter hervor. Die Springer-Presse stellt in ungewöhnlicher Weise die menschliche Seite in der Person des Angeklagten heraus. Wie kommt es dazu?

Es gibt im Strafgesetzbuch und zwar in der Bestimmung deretwegen Karl-Heinz Ruhland unter anderem vor Gericht steht, den Satz:

„Das Gericht kann die Strafe nach seinem Ermessen mildern oder von einer Bestrafung nach dieser Vorschrift absehen, wenn der Täter sich freiwillig und ernsthaft bemüht, das Fortbestehen der Vereinigung oder die Begehung einer ihren Zielen entsprechenden Straftat zu verhindern...“

So erzählt Karl-Heinz Ruhland eifrig davon, daß Bundeskanzler Brandt entführt und Horst Mahler und andere befreit werden sollten. Wer kann das nachprüfen? Wer weiß, ob sich der Angeklagte nicht durch derartige Ausführungen und durch die Beschuldigung Dritter verspricht, mit einem blauen Auge wegzukommen. Schließlich befindet sich der Angeklagte nun schon seit über 13 Monaten in Untersuchungshaft. Bei einer Verurteilung kann die Haft auf die verhängte Strafe angerechnet werden. Ruhlands Verhalten ist verständlich; unverständlich aber ist, daß nicht einmal die liberale Presse diese Hintergründe aufzeigt!

Noch eine andere Besonderheit zeichnet diesen Prozeß aus. Im deutschen Strafprozeß gilt der Grundsatz, daß Zeugen dann nicht gehört werden, wenn der Angeklagte geständig und der Tathergang eindeutig ist. Jedem Juristen wird es sonst als schwerer Fehler angekreidet, wenn er Dinge behandelt, die von der Sache her nicht notwendig sind, die nicht zur Sache gehören. Alles das gilt nicht im Düsseldorfer Prozeß!

Zeugen werden geladen, die der Angeklagte nach seinen eigenen Ausführungen nur aus Angaben Dritter her kennt. Der Vorsitzende scheut sich nicht, den Angeklagten danach zu fragen, bei wem hat dieser oder jener bei einem Dritten in dieser oder jener Nacht übernachtet. Fast immer fällt ein Name, immer ist ein Dritter diskreditiert oder diskriminiert. So genügt ein Satz, den Ruhland von Gudrun Ensslin gehört haben will, sie könne jederzeit Auskunft einholen über den Stand von Ermittlungen, um die Direktorin eines Frauengefängnisses – hier fällt der Name nicht, aber unzählige können sich denken, wer gemeint ist – zu belasten.

Was hat das alles mit der Wahrheitsfindung im Ruhlandprozeß zu tun? Wo ist die liberale Presse, die sagt, das läuft ab wie ein Schauprozeß: der Düsseldorfer Prozeß enthält wenigstens im Ansatz die Verfahrensweisen, die die von Stalin inszenierten Schauprozesse kennzeichnen.

In diesem Prozeß geht es denjenigen, die für dieses Verfahren verantwortlich sind, in erster Linie nicht um den Angeklagten Ruhland, sondern um die Diffamierung und Kriminalisierung Dritter und der politischen Linken insgesamt. Die Ermittlungsbehörden haben selbst zugegeben, daß sie in der Mehrzahl der Fälle nicht in der Lage sind, die von Ruhland namentlich genannten Personen strafrechtlich zu verfolgen. Nun wird diesen Personen auf anderer Weise der Prozeß gemacht. Die FAZ hatte schon am 15. Januar dieses Jahres angekündigt, daß man sich „einen Effekt auf diejenigen“ erhofft, „von denen anzunehmen ist,“ – ich wiederhole: „anzunehmen ist!“ – „daß sie Gruppenmitglieder decken und beherbergen“. Am 21. Januar schrieb dieselbe Zeitung über die Personen, die in Düsseldorf auf unrechtsstaatliche Weise diffamiert werden in aller Offenheit:

sie „haben nichts zu tun mit dem vielgenannten ‚harten Kern der Bande‘, aber sie sind der leider bisher viel zu selten genannte harte Kern des Problems.“

Peter Brückner ist das erste Opfer dieser großangelegten Kampagne. Springer-Presse – aber nicht nur sie – und Justizbeamte spielen einander in die Hände – wie einst zu Zeiten der Kommunistenverfolgungen.

Wenn es jetzt nicht gelingt, die liberale Öffentlichkeit gegen diese Kampagne und gegen diese Prozeßführung zu mobilisieren, werden morgen erneut verzweifelte Sozialisten diesen Prozeß

als Beweis dafür ansehen, daß wir in einem faschistischen System leben. Jeder, der sich nicht jetzt gegen diese Prozeßführung wendet, ist mitverantwortlich dafür, wenn sich dieser oder jener zu fragen beginnt: was bleibt in einem solchen System noch anderes als der bewaffnete Kampf.

Der Ruhland-Prozeß zeigt, daß die vom liberalen Bürgertum und von der revolutionären Arbeiterbewegung erkämpften Rechtspositionen, die nach 1945 erneut besetzt werden konnten, bedroht sind und in der Gefahr stehen, ausgehöhlt zu werden. Das ist keine zufällige Erscheinung. Doch in dieser Situation ist es ebenso falsch, Rechtspositionen als liberale Illusionen abzutun, wie zu versuchen, solche Rechtspositionen allein durch politische Aktionen zu sichern oder – wie manche es heute nennen – „demokratisch zu erneuern“. Die politische Aktion muß einhergehen mit einer Revolutionierung des Alltags; einer permanenten Aktivität in allen Bereichen der Gesellschaft. Es bedarf des Kampfes – wenn man so will: des kulturrevolutionären Kampfes – um ein verändertes Verhalten jedes Einzelnen ebenso wie des steten Kampfes gegen das Prinzip der Lohnarbeit insgesamt.

Peter Brückner ist in der gegenwärtigen Phase das Objekt einer Kampagne. Er ist eine Symbolfigur für den „linken“ Professor, der bereit ist, gemeinsam mit seinen Assistenten und Studenten eine nicht-hierarchische, sondern kooperative Form in Forschung und Lehre zu praktizieren. Peter Brückner ist ein Symbol für den von konservativer Seite beklagten sogenannten Einbruch in die traditionelle konservative Hochschule. Peter Brückner ist aber auch der Sündenbock, den Minister Genscher braucht, um von seinen Mißerfolgen gegenüber der Roten Armee Fraktion abzuleken. Peter Brückner soll gerichtet werden – und wie viele haben ihn nicht schon heute gerichtet? – um andere abzuschrecken, um uns alle einzuschüchtern!

Deshalb verdient Peter Brückner unsere Solidarität. Wir dürfen nicht zulassen, daß Peter Brückner in einer Hysterie schuldig gesprochen wird, und daß er stellvertretend büßen soll, nur weil diese Gesellschaft eines solchen Blutopfers bedarf.

Peter Brückner bedarf unserer Solidarität, damit aus dem Fall Brückner kein Fall Theodor Lessing wird. Die Kampagne gegen Brückner ruft uns alle auf, für eine Gesellschaft zu kämpfen, die so frei ist, daß sie keine Sündenböcke mehr braucht.